5. Neues System, neue Geschlechterordnung? Paradoxien der Emanzipation im Neoliberalismus (1991–2004)

Die letzte Legislaturperiode der Volksrepublik war zugleich die erste des postsozialistischen Polens. Im Sejm setzte sich die starke Zersplitterung des Parteiensystems, die zwischen 1989 und 1991 begonnen hatte, bis 2004 fort. Weiterhin existierten (vereinfacht gesagt) auf der einen Seite Parteien, die aus der Solidarność hervorgegangen waren und deren Spektrum von rechtsextrem bis linksliberal bzw. sozialdemokratisch reichte. Auf der anderen Seite standen sozialistisch bzw. sozialdemokratisch orientierte Gruppen, die aus der PZPR hervorgegangen waren, sowie andere ehemalige Blockparteien wie die PSL. Auch hier reichte das politische Spektrum von (rechts)konservativ oder agrarisch bis hin zu sozialistischen Überzeugungen. Nach jeder Legislaturperiode kam es zu einem Machtwechsel, im Zuge dessen das jeweils andere Lager an die Macht zurückkehrte. Nach den Wahlen 1993 bildete das Bündnis der Demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD), das vor allem aus der PZPR hervorgegangen war, zusammen mit der agrarisch orientierten PSL eine Regierung. Zum Wahlerfolg der SLD hatten einerseits die katastrophale Wirtschaftslage, andererseits die Sorge vor der Allmacht der katholischen Kirche beigetragen, die sich vor allem in den ersten Jahren nach der Staatsgründung zu einer Art Staat im Staat entwickelt hatte.[1] 1997 gelang es den rechtskonservativen politischen Nachfolgern der Solidarność, sich in der Wahlaktion Solidarność (Akcja Wyborcza Solidarność, AWS)[2] zusammenzuschließen und die Wahl zu gewinnen. Sie bildete zusammen mit der liberalen Freiheitsunion (Unia Wolności, UW) eine Koalition. Jedoch zerfiel die AWS noch vor dem Ende der Legislaturperiode allmählich an inneren Konflikten, beispielsweise an der Frage des EU- und NATO-Beitritts. Bereits im Jahr 2000 war die UW aus der Regierung ausgeschieden, die damit im Sejm keine eigene Mehrheit mehr hatte. Aus der AWS gingen neue Parteien wie die liberalkonservative Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO) und die Partei Recht und Gerechtigkeit (Pra-

1 Borodziej: Geschichte Polens, S. 392f.

2 Die AWS bestand aus insgesamt 40 bis 50 sehr heterogenen Gruppierungen aus dem Post-Solidarność-Lager. Ihre Ausrichtung reichte von liberal bis christlich-konservativ und in Teilen nationalistisch.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wo i Sprawiedliwość, PiS) hervor.[3] Zwischen 2001 und 2005 regierte wiederum die SLD zusammen mit der PSL und der Arbeitsunion (Unia Pracy), wobei auch hier die politische Schlussbilanz in den Augen vieler Wähler:innen katastrophal ausfiel, da die Regierung von Leszek Miller vor allem durch Korruptionsaffären auf sich aufmerksam machte.[4] Es ist augenfällig, dass keine der Regierungen wiedergewählt wurde. Zudem zeichnete sich die Republik Polen durch eine niedrige Wahlbeteiligung aus, die zwischen 1991 und 2005 zwischen 40 % und knapp 55 % schwankte.[5] Die polnische Parlamentswahl im Oktober 2023 war auch deshalb etwas Besonderes, da sich die Wahlbeteiligung massiv auf fast 75 % erhöhte und damit alle bisherigen Wahlen seit 1989 weit übertraf.

Trotz der häufigen Machtwechsel änderten die verschiedenen Regierungen nur wenig an der grundsätzlichen Ausrichtung der Politik. Außenpolitisch bewegte sich Polen in Richtung NATO (Beitritt 1999) sowie Europäischer Union (Beitritt 2004). Innenpolitisch gelang es trotz einiger Schwierigkeiten, demokratische Institutionen zu etablieren und 1997 eine neue Verfassung zu verabschieden.[6] Wirtschaftspolitisch setzten alle Regierungen auf marktwirtschaftliche Reformen, Privatisierungen und fiskalpolitische Rigidität. Die Folgen dieser Politik, insbesondere die ›Schocktherapie‹ Balcerowiczs, werden bis heute kontrovers diskutiert. Einerseits wuchs die polnische Wirtschaft nach zwei Rezessionsjahren ab 1992 wieder, und bis zum Ende des Jahres 1996 gelang es, die Wirtschaftsleistung von 1989 zu übertreffen. Bis zum Beitritt des Landes zur Europäischen Union 2004 hatte sich das BIP mehr als verdoppelt.[7] Mit diesen Zahlen war Polen in Ostmitteleuropa die ökonomische Avantgarde und wuchs deutlich schneller als Ungarn oder die Tschechische Republik. Deshalb ist Philipp Ther zuzustimmen, wenn er sagt: »Im Aufschwung Polens liegt, gemessen an den Ausgangsbedingungen, die positive Überraschung der neunziger Jahre.«[8] Andererseits genoss das Land auch einen entscheidenden Vorteil gegenüber seinen ostmitteleuropäischen Nachbarn: einen deutlich umfangreicheren Schuldenerlass. Der Grund hierfür war wohl die größere strategische Bedeutung Polens.[9]

Die 1990er und frühen 2000er Jahre waren von einer tiefen sozioökonomischen Krise geprägt. Trotz massiver Auswanderung und Frühverrentungsprogrammen stieg die Arbeitslosigkeit Anfang der 2000er Jahre auf über 20 %, bevor sie nach dem Beitritt zur Europäischen Union langsam zu sinken begann.[10] Die regionalen Unterschiede waren dabei enorm. Herrschte in Städten wie Warschau bald ein Mangel an Arbeitskräften, so waren manche ländliche Regionen, vor allem im Nord- und Südosten Polens, von Massenarbeitslosigkeit geprägt. Insbesondere junge Menschen und solche ohne höhere Bil-

3 Borodziej: Geschichte Polens, S. 395f.
4 Ebd., S. 396f.
5 Porter-Szűcs: Poland, S. 354.
6 Borodziej: Geschichte Polens, S. 396f.
7 World Bank: GDP, PPP (current international $) in Poland. URL: https://datatopics.worldbank.org/world-development-indicators/ [Abgerufen: 17.06.2024].
8 Ther: Neue Ordnung, S. 118.
9 Ebd., S. 120f.
10 Główny Urząd Statystyczny: Stopa bezrobocia rejestrowanego w latach 1990–2023. URL: https://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/rynek-pracy/bezrobocie-rejestrowane/stopa-bezrobocia-rejestrowanego-w-latach-1990-2023,4,1.html?pdf=1 [Abgerufen: 07.02.2024].

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dung sowie Frauen waren davon betroffen.[11] Eine Folge dieser Entwicklung war eine drückende Armut. Der Anteil der Bevölkerung, der unterhalb des absoluten Existenzminimums[12] lebte, stieg 2005 auf ein Maximum von 13 % an. Die Landbevölkerung war, verursacht durch die niedrigen Einkommen der Landwirt:innen, besonderes arm. Außerdem waren viele Arbeitslose sowie Kinder bzw. kinderreiche Familien von sozialer Deprivation betroffen.[13] Schließlich wuchs im Zuge einer zunehmenden Differenzierung der Einkommen die Ungleichheit stark, insbesondere zu Beginn der 1990er Jahre.[14] Dies schlug sich vor allem im Bildungs- und Gesundheitssystem nieder. Der Zugang zu Bildungseinrichtungen hing immer öfter vom Einkommen ab, zumal Privatschulen wie Pilze aus dem Boden schossen, während an den staatlichen Schulen gespart wurde. Gleiches gilt in noch stärkerem Ausmaß für das Gesundheitssystem, das bis heute von einer Zweiteilung in vielfach unterbesetzte staatliche und besser ausgestattete private Einrichtungen geprägt ist. Daten der OECD für 2007 zeigen, dass vor allem im niedrigsten Einkommensquintil über 10 % der Pol:innen notwendige ärztliche Leistungen aus finanziellen Gründen nicht in Anspruch nehmen konnten. In Ungarn traf dies nur auf 5 % und in Tschechien auf nicht einmal 2 % der Bevölkerung zu.[15]

Włodzimierz Borodziej spricht für die erste postsozialistische Phase bis 2004 davon, dass rund 25 % der Bevölkerung – vor allem gut ausgebildete Stadtbewohner:innen – vom Systemwechsel (sozioökonomisch) profitiert hätten. Die Hälfte der Bevölkerung, vor allem auf dem Land oder in Kleinstädten sowie ohne höhere Bildung, gehöre hingegen tendenziell zu den Verlierer:innen.[16] Unabhängig von der Bewertung der Reformen und ihrer Folgen ist festzuhalten, dass die Architekt:innen der sogenannten Schocktherapie ganz bewusst auf eine breite gesellschaftliche Debatte über die zukünftige Gestaltung des Staates verzichteten.[17] Insofern ist Philipp Ther zuzustimmen, wenn er feststellt: »Die neoliberalen Reformen im östlichen Europa beruhten auf einem Defizit an Demokratie.«[18] Die Folge war eine Entfremdung der Bevölkerung vom politischen System. Vor allem habe es, so die Politikwissenschaftlerin Christiane Frantz, vonseiten der Politik weder eine verbalisierte noch eine reale Alternative zu dieser Art des Reformprozesses gegeben.[19]

Die im Sejm verhandelten Geschlechterrollen lassen sich nur vor dem Hintergrund der ökonomischen und politischen Krise interpretieren, zu deren Lösung vermeintlich

11 Szylko-Skoczny, Małgorzata: Arbeitsmarktlage und Arbeitsmarktpolitik, in: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): Länderbericht Polen. Bonn 2009, S. 294–308, hier: S. 298f.

12 Gemeint ist damit, ob ein Mensch genügend Geld zur Verfügung hat, um selbst sein biologisches Überleben zu sichern.

13 Piotrowska, Maria: Die soziale Lage, in: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): Länderbericht Polen. Bonn 2009, S. 282–293, hier: S. 288f.

14 Vgl. Bukowski, Paweł/Novokmet, Filip: Between Communism and Capitalism: Long-Term Inequality in Poland, 1892–2015, in: *Journal of Economic Growth* Vol. 26 (2/2021), S. 187–239.

15 OECD: Gesundheit auf einen Blick 2009. OECD-Indikatoren. Berlin/Paris 2010, S. 142f.

16 Borodziej: Geschichte Polens, S. 402.

17 Vgl. dazu: Klein: Shock Doctrine.

18 Ther: Neue Ordnung, S. 93.

19 Frantz, Christiane: EU-Integration als Transformationsrahmen? Politische Konsolidierung in Polen durch die Europäische Union. Opladen 2000, S. 201.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

alternativlose radikal marktwirtschaftliche Reformen implementiert wurden.[20] So lässt sich kaum übersehen, dass die ökonomische und sozialpolitische Verfasstheit des neuen Staates nicht die primäre politische Konfliktlinie war, über die im Sejm diskutiert wurde. Dies zeigt sich insbesondere an der Verhandlung geschlechterpolitischer Themen. So wurde beispielsweise über die Frage diskutiert, ob eine alleinerziehende Mutter eine ›normale‹ Familie bilden könne oder ob ein Kind ausreiche, damit von einer ›normalen‹ Familie die Rede sein könne. Zwar ging es dabei oft auch um soziale Themen, die Armut Alleinerziehender oder von Familien, doch wurden diese ›Phänomene‹ meist ›kulturell‹ diskutiert und nicht sozialpolitisch. Mit anderen Worten wurden Familien mit nur einer Erziehungsperson als moralisches Problem behandelt, das es zu lösen gelte, und nicht als sozialpolitisches; es wurde mehr darüber diskutiert, wie Scheidungen juristisch zu vermeiden seien, als darüber, was die Betroffenen wollten und benötigten.[21] Diese Strukturierung der Debatte anhand moralischer oder kultureller Argumente zeigte sich am deutlichsten in der Diskussion um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Dieses Thema wurde vonseiten politischer Parteien häufig genutzt, um von sozioökonomischen Problemen abzulenken.[22] Hier wird am Beispiel des Geschlechterdiskurses deutlich, was David Ost bereits als generelles Phänomen (und Problem) des postsozialistischen Polens formulierte: »emerging class conflicts became articulated not as conflicts over interests but as conflicts about identity.«[23] Schließlich geht die Konstruktion und Konsolidierung von Macht (insbesondere im Zuge der Etablierung neuer Herrschaftssysteme) nicht selten mit einer verstärkten Kontrolle im Bereich der Geschlechterpolitik einher.[24] Dies war auch in Polen nach dem Ende des Staatssozialismus der Fall.

5.1 Zwischen Retraditionalisierung und Gleichberechtigung – Geschlechterdebatten im Sejm bis zum Beitritt Polens zur Europäischen Union

Die erste Legislaturperiode des ›neuen‹ Staates begann am 27. Oktober 1991, endete allerdings frühzeitig, sodass bereits am 19. September 1993 erneut gewählt wurde. Sie war geschlechterpolitisch stark von der Debatte um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch geprägt, dass am 7. Januar 1993 erheblich eingeschränkt wurde.[25] Der Sejm (sowie der Senat) diskutierte dieses Thema nicht nur in der ersten, sondern in jeder Legislaturperiode zwischen Juni 1989 und 2004 intensiv, weshalb ich die Analyse erneut mit diesen Debatten beginne.

---

20 Ther: Neue Ordnung, S. 16.

21 Vgl. dazu beispielsweise auch die Debatte vom 7. November 1992. 29 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 5, 6 i 7 listopada 1992 r.

22 Zielińska: Reproductive Rights, S. 24.

23 Ost, David: The Defeat of Solidarity: Anger and Politics in Postcommunist Europe. Ithaca 2005, S. 179.

24 Scott: Gender, S. 47.

25 Dz.U. 1993 nr 17 poz. 78: Ustawa z dnia 7 stycznia 1993 r. o planowaniu rodziny, ochronie płodu ludzkiego i warunkach dopuszczalności przerywania ciąży.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Grundsätzlich ist das folgende Kapitel dabei wie das vorherige angelegt. So werde ich einerseits Themen sitzungsübergreifend analysieren, um anhand dessen Aussagen über die dominanten Geschlechternarrative im Sejm zu treffen. Andererseits greife ich erneut bestimmte Parlamentssitzungen heraus, die diesbezüglich besonders aufschlussreich sind. Ziel dieses Unterkapitels ist es, Verschiebungen und Kontinuitäten in der parlamentarischen Verhandlung von Geschlechterrollen zu benennen und zu untersuchen, wie diese von verschiedenen Akteuren genutzt wurden, um die eigenen Positionen zu stärken.[26] Anschließend werde ich untersuchen, ob sich die im Sejm sichtbare Vergeschlechtlichung von Arbeit auch geschlechterpolitisch und sozioökonomisch manifestierte.

Das Abtreibungsverbot als Signifikant des Systemwechsels

Zwischen 1991 und 2004 wurde das Thema des Schwangerschaftsabbruchs von Hunderten von Abgeordneten in Tausenden von Reden aufgegriffen. Bei ihrer Lektüre fällt schnell auf, dass sich im Vergleich zur Legislaturperiode von 1989 bis 1991 in einem Punkt nur wenig geändert hat. Weiterhin ist die Debatte von persönlichen Angriffen, Fundamentalkritik und vielen faktisch falschen Behauptungen geprägt. Diese und viele weitere Kontinuitäten ziehen sich durch alle diesbezüglichen Diskussionen bis 2004 (und vermutlich bis heute). Das Thema ist und bleibt über die lange Zeit der Transformation hinweg ideologisch und emotional extrem aufgeladen.

In der ersten Legislaturperiode des postsozialistischen Polens gab es zwei Sitzungen des Sejm, die explizit das Thema Schwangerschaftsabbruch verhandelten: zum einen die 21. Sitzung vom 22. bis zum 25. Juli 1992[27] und zum anderen die 33. Sitzung derselben Legislaturperiode, die am 30. Dezember 1992 sowie am 7. Januar 1993 stattfand.[28] Beide behandelten verschiedene Gesetzentwürfe der Regierung Hanna Suchockas, die vom 11. Juli 1992 bis zum 25. Oktober 1993 regierte und aus sieben Parteien gebildet worden war.[29] In der Sitzung vom 7. Januar wurde zudem das Gesetz verabschiedet, welches Schwangerschaftsabbrüche nur noch erlaubt, wenn erhebliche gesundheitliche Risiken für die Mutter bestehen, die Schwangerschaft Ergebnis einer kriminellen Handlung (Vergewaltigung oder Inzest) ist oder eine sogenannte embryopathische Indikation besteht, d. h. der Fötus eine schwere Erkrankung oder Entwicklungsstörung aufwies.[30] In der zweiten Legislaturperiode[31] wurde das Thema vor allem in fünf Sitzungen verhandelt. Zunächst (und am ausführlichsten) in der 21. Sitzung vom 26. bis zum 28. Mai 1994;[32] als Nächstes

26 Scott: Gender, S. 49.

27 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r.

28 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r.

29 Diese waren: Unia Wolności (UW), Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe (ZChN), Kongres Liberalno-Demokratyczny (KLD), Polskie Stronnictwo Ludowe – Porozumienie Ludowe (PSL-PL), Partia Chrześcijańskich Demokratów (PChD), Polska Partia Przyjaciół Piwa (PPPP) und Stronnictwo Ludowo-Chrześcijańskie (SLCh). Mehr Informationen zu den Parteien im Anhang.

30 Dz.U. 1993 nr 17 poz. 78.

31 Mittlerweile regierte eine Koalition aus SLD und PSL.

32 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

am 31. August sowie am 1. und 2. September 1994 in der 28. Sitzung des Sejm.[33] In beiden Sitzungen wurden die Auswirkungen der Verschärfung von 1993 diskutiert. In der 87. Sitzung vom 28./29. und 30. August 1996[34] wurde schließlich von der SLD-PSL-Regierung eine Gesetzesnovelle verabschiedet, die zusätzlich zu den bestehenden wieder eine soziale Indikation für Schwangerschaftsabbrüche einführte.[35] Diese musste allerdings in der 91. Sitzung vom 23. bis zum 25. Oktober[36] desselben Jahres erneut diskutiert werden, da sie vom Senat abgelehnt worden war (bevor sie endgültig verabschiedet wurde). Die 110. Sitzung des polnischen Parlaments vom 24. bis zum 26. Juni 1997[37] diskutierte wiederum ein Urteil des Verfassungsgerichts vom 28. Mai 1997, das eben dieses Gesetz für teilweise verfassungswidrig erklärt hatte. Begründet wurde dies damit, dass sich der Artikel zum verfassungsrechtlich garantierten Schutz des menschlichen Lebens auch auf die pränatale Phase erstrecke und nicht durch ein Gesetz eingeschränkt werden dürfe.[38]

In der dritten Legislaturperiode zwischen 1997 und 2001 (Regierung aus AWS und UW) wurde in drei Sitzungen über den Schwangerschaftsabbruch diskutiert. Am 2./3. und 4. Dezember 1998[39] wurde ausführlich über die Folgen der Rechtslage debattiert, ebenso in den Sitzungen vom 12./13. und 14. April 2000[40] sowie vom 17. und 18. Januar 2001.[41] In der vierten und letzten hier zu untersuchenden Legislaturperiode (bis 2004) gab es weniger Debatten zum Thema Schwangerschaftsabbruch. Nur in der 67. Sitzung, die vom 20. bis zum 23. sowie 29. und 30. Januar 2004[42] dauerte, sowie in der 69. Sitzung vom 2. bis 5. März 2004[43] wurde ausführlicher über das Thema diskutiert.

Allein an der Anzahl der Redebeiträge, dem Hin und Her zwischen einer liberaleren und einer strikteren Regelung zeigt sich, wie aufgeladen das Thema war. Grundsätzlich fällt auf, dass es weiterhin drei grundlegende politische Richtungen gab: ein (parteiübergreifendes) Lager, das Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich verbieten (oder weitestgehend einschränken) wollte; ein weiteres, das sich für die Erlaubnis unter strikten Bedingungen (keine soziale Indikation) aussprach, und schließlich ein letztes, das auch eine soziale Indikation ermöglichen wollte.

Vor allem die erste Gruppe argumentiert erneut damit, durch das Verbot des Schwangerschaftsabbruches vor allem Frauen schützen zu wollen. Kazimierz Pękała (ZChN) behauptet beispielsweise, dass jeder Schwangerschaftsabbruch »die Verstümmelung der Frau: somatisch und psychisch« bedeute.[44] Das Argument vom ›Schutz der

33 28 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 31 sierpnia oraz 1 i 2 września 1994 r.

34 87 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28, 29 i 30 sierpnia 1996 r.

35 Dz.U. 1996 nr 139 poz. 646: Ustawa z dnia 30 sierpnia 1996 r. o zmianie ustawy o planowaniu rodziny, ochronie płodu ludzkiego i warunkach dopuszczalności przerywania ciąży oraz o zmianie niektórych innych ustaw.

36 91 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 października 1996 r.

37 110 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 24, 25 i czerwca 1997 r.

38 Trybunal Konstytucyjny: 28 maja 1997, K 26/96, Orzecznictwo.

39 37 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3 i 4 grudnia 1998 r.

40 75 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 12, 13 i 14 kwietnia 2000 r.

41 98 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17 i 18 stycznia 2001 r.

42 67 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 20, 21, 22, 23, 29 i 30 stycznia 2004 r.

43 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 2004 r.

44 Poseł Kazimierz Pękała: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 242f.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Mutter‹ (seltener: Frau) durch ein völliges oder zumindest weitestgehendes Verbot des Schwangerschaftsabbruchs findet sich über den gesamten Untersuchungszeitraum von 1991 bis 2004 in verschiedenen Schattierungen; sei es, wenn der Abgeordnete Franciszek Jerzy Stefaniuk (PSL) sich über die »neurotischen Zustände« der Frauen sorgt, falls diesen der Schwangerschaftsabbruch erlaubt würde;[45] sei es, wenn der Abgeordnete Zbigniew Szymański (AWS) betont, dass der Schutz und die Gesundheit des Kindes identisch mit dem der Mutter sei,[46] oder Marian Piłka (PiS) behauptet, jede Frau leide nach einer Abtreibung unter einem »Post-Abortion-Syndrom«.[47] Dieses zwinge sie unter anderem dazu, später für die Legalisierung von Abtreibungen zu kämpfen. Er begründet diese Behauptung damit, dass Frauen mit diesem Syndrom nur mit ihrer Schuld leben könnten, indem sie andere ebenfalls dazu brächten, abzutreiben.[48] Ireneusz Niewiarowski möchte Schwangerschaftsabbrüche verbieten, da diese den »Organismus der Mutter« zu sehr schädigen würden.[49] Zudem wird immer wieder betont, dass mit dem Verbot des Schwangerschaftsabbruchs den Frauen ihre Würde wiedergegeben werde.[50] Dieses Argument findet sich in jeder Legislaturperiode.[51] Schließlich betont Barbara Frączek (AWS):

> »Das Recht zu entscheiden, ob sie ihr Kind zur Welt bringen oder töten will, erniedrigt die Frau. Die Tötung eines gezeugten Kindes ist Gewalt nicht nur gegen das Kind, sondern auch gegen die Mutter. Die fatalen Folgen für die physische und psychische Gesundheit der Frau sind offensichtlich. Diese Frauen bleiben für den Rest ihres Lebens seelisch verkrüppelt, und das ist sehr oft ihre größte Strafe. Schließlich ist es nicht wahr, dass eine Frau ihr Kind töten möchte.«[52]

---

45 Poseł Franciszek Jerzy Stefaniuk: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r., S. 229f.

46 Poseł Zbigniew Szymański: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r., S. 91.

47 Wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge existiert dieses Syndrom nicht. Vgl. dazu: Dadlez, Eva/Andrews, William: Post-Abortion Syndrome: Creating an Affliction, in: *Bioethics* Vol. 24 (9/2009), S. 445–452. Das Argument, dass ein Verbot des Schwangerschaftsabbruchs Frauen schütze, wurde bereits seit 1956 in Polen vor allem von katholischen Kreisen immer wieder vorgebracht. Vgl. Zok: Abtreibung.

48 Poseł Marian Piłka: 67 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 20, 21, 22, 23 i 29 i 30 stycznia 2004 r., S. 79.

49 Poseł Ireneusz Niewiarowski: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 201.

50 Poseł Kazimierz Kapera: 73 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 15, 16 i 17 marca 2000 r., S. 295f.

51 Vgl. z. B. Poseł Piotr Polmański: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 237f.

52 Poseł Barbara Frączek: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r., S. 55. »Prawo do decyzji: urodzić czy zabić własne dziecko, upokarza kobietę. Zabicie dziecka poczętego jest przemocą nie tylko wobec dziecka, lecz również wobec matki. Fatalne skutki dla zdrowia fizycznego i psychicznego kobiety są oczywiste. Kobiety te do końca życia pozostają kalekami psychicznymi, i to właśnie bardzo często jest dla nich największą karą. Przecież to nieprawda, że kobiecie zależy na tym, by zabić swoje dziecko.«

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Frauen sind in dieser Argumentation schutzbedürftig und unmündig. Frauen, die einen Abbruch durchgeführt haben, werden zudem pathologisiert und als außerhalb der Norm konstruiert.[53] Die (männlichen) Abgeordneten scheinen allerdings in der Lage zu sein, diese Frauen vor ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit zu retten und ihnen ihre Würde zurückzugeben. Dennoch gibt es auch einige Frauen wie Zofia Krasicka-Domka von der Liga Polnischer Familien (Liga Polskich Rodzin, LPR), die davon überzeugt sind, dass die Verschärfung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch vor allem dem Schutz und der Würde der Frauen diene.[54] Die Abtreibungsgegner:innen kehren hier also das Argument der Befürworter:innen – Selbstbestimmung über den eigenen Körper schützt Frauen – schlichtweg um.[55]

Aufgrund dieser Verknüpfung von Mutterschaft und Würde sprechen sich einige Abgeordnete im Zuge dieser Debatte auch gegen Verhütung aus. So greift besagte Zofia Krasicka-Domka immer wieder die vonseiten der SLD/UP-PSL-Regierung bestellte Gleichstellungsbeauftragte an, da diese »in völlig unverantwortlicher Weise« die Subventionierung von Verhütungsmitteln fordere.[56] Auch der Abgeordnete Witold Tomczak (AWS) betont, dass Empfängnisverhütung gegen die »Natur der Frau« sei und diese außerdem vor den Gefahren der Verhütung geschützt werden müsse.[57] Diese Position vertritt auch die Abgeordnete Halina Konopka (ZChN), die sich dafür ausspricht, dass Frauen schlicht sexuelle Zurückhaltung üben sollten. Generell fällt diese Abgeordnete durch besonders radikale Forderungen auf. Aus ihrer Sicht sind zahlreiche »Spontanaborte« eigentlich Schwangerschaftsabbrüche, die verhindert werden müssten. Dem Phänomen »illegaler Abtreibungen« möchte sie durch den stärkeren Einsatz der Polizei beheben (sie vergleicht dies mit dem Kampf gegen Drogenlabore). Diese solle »die Mörder« und die »Todeskammern« suchen.[58] Es bleibt in dieser Argumentation unentrinnbares ›Schicksal‹ jeder Frau, Mutter zu werden. Zugleich fällt auf, dass Mutterschaft nicht nur von jeder Frau verlangt wird, sondern jede Schwangerschaft mit der Pflicht einhergeht, sich im Zweifelsfall ›aufzuopfern‹. So betont die Abgeordnete Anna Sobecka (AWS) den absoluten Schutz des ›Kindes‹ bzw. dessen Höherwertigkeit gegenüber der Mutter. Sie möchte deshalb beispielsweise pränatale Untersuchungen verbieten (auch solche zum Wohle der Mutter), wenn diese eine Gefahr für das ›Kind‹ werden könnten. Sie begründet dies damit, dass Leben und Gesundheit der Frau nicht wichtiger seien als die des ›Kindes‹.[59] In eine ähnliche Richtung argumentiert auch Antoni Stryjewski

53 Vgl. Foucault: Archäologie, S. 46f.

54 Poseł Zofia Krasicka-Domka: 42 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 25, 26, 27 i 28 lutego 2003 r., S. 200f.

55 Zok, Michael: Körperpolitik, (staatstragender) Katholizismus und (De-)Säkularisierung im 20. Jahrhundert. Auseinandersetzungen um Reproduktionsrechte in Irland und Polen, in: *Body Politics* Vol. 7 (11/2019), S. 123–158, hier: S. 146.

56 Poseł Zofia Krasicka-Domka: 42. Sitzung Sejm, S. 200.

57 Poseł Witold Tomczak: 37 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3 i 4 grudnia 1998 r., S. 86f.

58 Poseł Halina Nowina Konopka: 98 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17 i 18 stycznia 2001 r., S. 215f.

59 Poseł Anna Sobecka: 50 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 19, 20 i 21 maja 1999 r., S. 71f.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

(LPR), der jeglichen Schwangerschaftsabbruch verbieten möchte. Dies gilt aus seiner Sicht auch dann, wenn das ›Kind‹ durch eine Vergewaltigung entstanden sei oder eine Gefahr für das Leben der Mutter darstelle.[60] Anna Knysok (PChD), die in der ersten Legislaturperiode von 1991 bis 1993 Vorsitzende des Außerordentlichen Ausschusses zur Prüfung des Gesetzentwurfs über den rechtlichen Schutz des gezeugten Kindes (Komisja Nadzwyczajna do rozpatrzenia projektu ustawy o ochronie prawnej dziecka poczętego) war, geht sogar noch einen Schritt weiter. Sie fordert ein völliges Verbot des Schwangerschaftsabbruchs, auch nach einer Vergewaltigung:

> »Eine Vergewaltigung ist ein Schock und ein Leid für die Frau, sie verdient besondere Fürsorge, und ein zweiter Schock, der durch die Zerstörung des in ihr gezeugten Lebens verursacht wird, darf nicht ausgelöst werden.«[61]

Anders gesprochen werden in dieser Argumentation Frauen mit der Empfängnis vom Subjekt zum Objekt, um das sich der Staat oder, wie einige Abgeordnete argumentieren, der Ehemann kümmert.[62]

Piotr Krutul (PSL-PL) findet, dass jedes ›ungeborene Kind‹ ebenso dem Vater wie der Mutter gehöre. Daraus schließt er, dass diesem sowohl jeder Schwangerschaftsabbruch wie auch Verhütung das Recht auf Vaterschaft nehme.[63] Auch Janusz Korwin-Mikke (UPR) fordert (wenig überraschend), dass die Erlaubnis eines Schwangerschaftsabbruchs vom Vater abhängig gemacht werden solle.[64] In dieser Argumentation geht nicht erst mit der Empfängnis, sondern bereits mit der Ehe das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung verloren. Dies ist umso mehr der Fall, da viele Abgeordnete ähnlich wie Piotr Krutul jegliche Form von (künstlicher) Verhütung ablehnen und damit ganz auf Linie mit der katholischen Kirche liegen.[65] Frauen werden vonseiten der ›Volksvertreter:innen‹ im biopolitischen Sinne zu Müttern und Ehefrauen gemacht, die der »demografischen und ökonomischen Stärkung des Staates« dienen.[66]

Eine weitere bereits bekannte Argumentationslinie ist die Verantwortlichmachung der Mütter für die Zukunft der Nation – (erneut) in demografischer, aber ebenso in erzieherischer und moralischer Hinsicht.[67] Stefan Pastuszewski (ChD) betont: »Der gesetzliche Schutz des gezeugten Kindes kann unsere ungünstige demografische Situation verbessern.« Er betont weiter, dass durch ein Verbot des Schwangerschaftsabbruchs

60 Poseł Antoni Stanisław Stryjewski: 67 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 20, 21, 22, 23 i 29 i 30 stycznia 2004 r., S. 80.

61 Poseł Anna Knysok: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 202–204. »Gwałt jest wstrząsem i krzywdą dla kobiety, należy jej się szczególna troska i nie można wywoływać drugiego wstrząsu spowodowanego zniszczeniem poczętego w niej życia.«

62 Vgl. Villa: Geschlecht.

63 Poseł Piotr Krutul: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 241f.

64 Poseł Janusz Korwin-Mikke: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 207.

65 Zielińska: Reproductive Rights, S. 49f.

66 Lorey: Macht, S. 49.

67 Zielińska: Reproductive Rights, S. 24.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

oder eine Reduzierung um mindestens das Sechsfache das demografische Problem gelöst werden könne. Nur dann habe Polen eine Zukunft, denn »nur ein Volk von 60 Millionen ist in der Lage, dem zunehmenden Druck aus Ost und West zu widerstehen.«[68] Dem schließt sich Czesław Sobierajski (Porozumienie Centrum, PC) an und verkündet, dass mit der Frage über den Schwangerschaftsabbruch auch darüber entschieden werde, ob die Demokratie weiterbestehe, ob Polen sich retten könne.[69] Kaum ein Vergleich scheint in dieser Debatte zu groß. So ist sich Andrzej Gąsienica-Makowski (Bezpartyjny Bloky Wspierania Reform**,** BBWR) sicher:

> »Dies ist eine weitere Lektion in Sachen Patriotismus, denn schließlich sind diese kleinsten Polen, die unter dem Herzen ihrer Mütter leben, zukünftige Väter, zukünftige Mütter, Ehefrauen, vielleicht auch zukünftige Abgeordnete und Minister, Wissenschaftler, Bauern oder Arbeiter. Können wir sie heute, in einer freien Republik, verteidigen? So viele von uns wurden im Laufe dieses Jahrhunderts vernichtet, verteidigen wir also heute Polen in ihnen. In wenigen Tagen werden die Gräber von Katyń geöffnet. Mögen die unschuldigen Polen, die dort hingerichtet wurden, die Opfer der Vernichtungslager, die Verteidiger der Westerplatte, Warschaus, die Soldaten von Monte Cassino und anderer Fronten uns anspornen, das Polentum zu verteidigen, indem wir die lebendige kleine Zukunft der Nation verteidigen.«[70]

Und Jacek Soska (PSL) betont:

> »Sowohl Hitler als auch Stalin und Ceausescu waren die größten Verbrecher, aber diese drei Männer hatten eines gemeinsam – sie waren gegen das Töten. Diese Völkermörder, Ceausescu, Hitler und Stalin, führten Gesetze gegen Abtreibung und gegen das Töten ein.«[71]

Diese Bezugnahme auf die Geschichte der polnischen Nation als Begründung für ein Verbot des Schwangerschaftsabbruchs findet sich in zahlreichen Reden der strikten ›An-

68 Poseł Stefan Pastuszewski: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 236f. »[…] prawna ochrona dziecka poczętego może poprawić naszą niekorzystną sytuację demograficzną.« und »[…] tylko naród 60-milionowy jest w stanie przeciwstawić się wzrastającym naciskom ze Wschodu i Zachodu.«

69 Poseł Czesław Sobierajski: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r., S. 50.

70 Poseł Andrzej Gąsienica-Makowski: 28 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 1 i 2 września 1994 r., S. 121f. »[…] to jest kolejna lekcja naszego patriotyzmu, bo przecież ci najmniejsi Polacy, żyjący pod sercem matki, to przyszli ojcowie, przyszłe matki, żony, może również przyszli posłowie i ministrowie, naukowcy, rolnicy czy robotnicy. Czy dziś w wolnej Rzeczypospolitej potrafimy ich obronić? Tylu nas na przestrzeni tego wieku unicestwiono, obrońmy więc dziś w nich Polskę. Za kilka dni otwarte zostaną groby Katynia. Niech ci niewinni, tam straceni Polacy, ofiary obozów zagłady, obrońcy Westerplatte, Warszawy, żołnierze Monte Cassino i innych frontów zapalą nas do obrony polskości przez obronę żyjącej maleńkiej przyszłości narodu.«

71 Poseł Jacek Soska: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r., S. 62f. »Zarówno Hitler, Stalin, jak i Ceausescu byli największymi zbrodniarzami, ale tych trzech ludzi łączyło jedno – byli przeciwko zabijaniu. Ci ludobójcy, Ceausescu, Hitler i Stalin, wprowadzili ustawy przeciwko aborcji i przeciwko zabijaniu.«

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tiabtreibungsfraktion‹. Zudem wird vielfach suggeriert, dass alle, die sich in dieser Frage anders positionierten, antipolnisch seien oder die Nation sogar vernichten wollten. So behauptet beispielsweise Janusz Korwin-Mikke (UPR), »die Linke« würde »von jemandem« dafür bezahlt, die Nation und das Land zu zerstören, und setze sich deshalb für den Schwangerschaftsabbruch ein.[72] Der Abgeordnete Władysław Medwid erinnert schließlich an der Warschauer Aufstand und betont, dass es im Vergleich dazu heute keine Gründe geben könne, abzutreiben. Vielmehr hebt er die Heldinnen von damals als Vorbild hervor, die unter völliger Selbstaufgabe im Kugelhagel der deutschen Scharfschützen mit ihren Kleinen im Arm »gekuschelt« (tuliły) hätten.[73] Das weibliche Idealbild ist hier eine Mutter, die Kinder für die Nation bekommt, schützt und aufzieht, auch unter völliger Selbstaufgabe. Häufig ist diese ›nationale‹ Begründung mit einer religiösen verknüpft. Tadeusz Wójcik (PL) hat dabei vor allem die Meinung des Papstes im Blick:

> »Wir dürfen auch den Heiligen Vater nicht enttäuschen. Johannes Paul II., die größte Autorität der Welt, wird unserer Diskussion zuhören, er wird darauf warten, dass wir eine weise Entscheidung treffen.«[74]

Und der Abgeordnete Tadeusz Gąsienica-Łuszczek (Konfederacja Polski Niepodległej, KPN) droht, dass jeden die Strafe Gottes treffen werde, der ›Kinder‹ töte, wobei es keine Rolle spiele, ob diese beispielsweise durch Vergewaltigung entstanden seien. Er ruft alle »Brüder und Schwestern« im katholisch-polnischen Heimatland auf, gegen Abtreibungen zu kämpfen.[75] Stanisław Kowolik (BBWR) fordert schließlich alle Abgeordneten dazu auf, »vernünftig zu sein« und die »linksliberale Dampfwalze« (*lewicowo-liberalny walec*) – gemeint sind UW und SLD – aufzuhalten, die »Stück für Stück die Grundlagen des Polentums, d. h. das System der christlichen Werte und unserer nationalen Tradition [zerstöre].«[76] Sein Parteifreund Bernard Szweda betont sogar, dass die Geschichte zeige, dass Gott alle Völker, die es wagten, ihm nicht zu gehorchen, bestrafe. Wenn Polen diesen Weg gehe, werde es wie ›der Westen‹ zu einer »Zivilisation des Todes« (diese Formulierung stammt ursprünglich von Johannes Paul II.), d. h. zu einer reinen Konsumgesellschaft, und werde seine Unabhängigkeit wieder verlieren.[77] Schließlich möchte auch

72 Poseł Janusz Korwin-Mikke: 38 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 18, 19 i 20 lutego oraz 3 i 4 marca 1993 r., S. 209.

73 Poseł Władysław Medwid: 28 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 1 i 2 września 1994 r., S. 98–100.

74 Poseł Tadeusz Wójcik: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r., S. 37f. »Nie możemy zawieść także Ojca świętego. Jan Paweł II, największy autorytet świata, będzie się przysłuchiwał naszej dyskusji, będzie czekał na podjęcie mądrej decyzji.«

75 Poseł Tadeusz Gąsienica-Łuszczek: 28 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 1 i 2 września 1994 r., S. 111.

76 Poseł Stanisław Kowolik: 87 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28, 29 i 30 sierpnia 1996 r., S. 113f. »[…] kawałek po kawałku fundamenty polskości, a więc system wartości chrześcijańskich i naszą narodową tradycję«

77 Poseł Bernard Szweda: 91 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 października 1996 r., S. 24f.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - (cc) BY

die deutsche Minderheit, vertreten von Joachim Czernek, in dieser Frage nicht zurückstehen:

> »Wenn sich die Nobelpreisträgerin Mutter Teresa von Kalkutta zu diesem Thema äußert und einen Appell an die Polen richtet, die ungeborenen Kinder zu verteidigen, und wenn schließlich der Heilige Vater Johannes Paul II., eine unbestreitbare moralische Autorität nicht nur für Katholiken, sondern auch für Angehörige anderer Religionen und Nichtgläubige, mehrmals einen Appell an seine Landsleute richtet, dann sollten wir ernsthaft darüber nachdenken, bevor wir die Hand heben und für die Wiedereinführung des Gesetzes stimmen.«[78]

Diese Begründungen für ein Verbot des Schwangerschaftsabbruchs haben letztlich wenig mit der Frage des Lebensrechts eines Fötus oder mit der jeweiligen Mutter zu tun. Vielmehr werden hier absolute Dogmen und Überzeugungen vorgetragen. Die katholisch-polnische Nation benötigt in dieser Argumentation Kinder, um zu überleben (demografisch wie moralisch). Für diese Kinder sind die Polinnen zuständig, deren Körper zum Schutze und zur Gesundheit der Nation von dieser in Beschlag genommen werden. Dies geschieht, indem die Mutterschaft zur absoluten Norm wird, einer Norm, die diszipliniert und reguliert.[79] Dies wird nicht zuletzt daran deutlich, dass zunehmend auch Verhütung und pränatale Untersuchungen mit Schwangerschaftsabbrüchen in Verbindung gebracht oder gar gleichgesetzt und damit aus der ›Normalität‹ ausgeschlossen werden.[80] Joan Scott betont: »Demographic crises […] have spawned pronatalist policies that insist on the exclusive importance of women's maternal and reproductive functions.«[81] Letztlich führten diese pronatalistischen Diskurse kaum zu einer höheren Geburtenrate, behandelten sie doch letztlich nicht die ›realen Probleme‹ von Personen mit Kinderwunsch.[82]

Eine weitere Argumentationslinie, die eng mit der vorangegangenen verbunden ist, setzt die Abkehr vom Recht auf Schwangerschaftsabbruch mit der Abkehr von der Volksrepublik gleich. Jan Świtka (SD) betont: »Der Mord an ungeborenen Kindern ist ein Überbleibsel, ein Überbleibsel der bolschewistisch-kommunistischen Ideologie des atheistischen Materialismus des Realkommunismus, die der Westen unkritisch übernommen hat.«[83] Wie in diesem Zitat deutlich wird, setzen einige Abgeordnete ›den Westen‹ in die-

78 Poseł Joachim Czernek: 91 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 października 1996 r., S. 22f. »[…] jeżeli w tej sprawie zabiera głos laureatka nagrody Nobla matka Teresa z Kalkuty, kierując apel do Polaków, aby bronić nie narodzonych dzieci, jeżeli wreszcie parokrotnie do swoich rodaków kieruje apel Ojciec Święty Jan Paweł II, niekwestionowany autorytet moralny, nie tylko dla katolików, ale również członków innych wyznań oraz niewierzących, to powinniśmy się poważnie zastanowić przed podniesieniem ręki i głosowaniem nad ponownym uchwaleniem ustawy.«

79 Taylor, Dianna: Normativity and Normalization, in: *Foucault Studies* Vol. 7 (2009), S. 45–63, hier: S. 51f.

80 Zielińska: Reproductive Rights, S. 34.

81 Scott: Gender, S. 49.

82 Hryciuk/Korolczuk: Matką Polką, S. 13.

83 Poseł Jan Świtka: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r., S. 41f. »Zabójstwo dzieci nie narodzonych to resztka, to pozostałość po bolsze-

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ser Frage mit der ›bolschewistischen Ideologie‹ gleich, da beide vom atheistischen Materialismus geprägt seien. Insbesondere Vertreter:innen der LPR wie Stanisław Papież sind zudem überzeugt, dass feministische Ideen eine Kluft zwischen Mutter und Kind erschaffen würden und die »Widerspiegelung des marxistischen Klassenkampfes« seien. Diesem Irrtum sei auch das liberale Paradigma aufgesessen.[84] Piotr Polmański (UD) behauptet schließlich, der Kommunismus habe in Westeuropa zunehmend Wurzeln geschlagen, was sich im liberalen Umgang mit Schwangerschaftsabbrüchen zeige.[85] Erst wenn sich Europa (mit polnischer Hilfe) davon befreie, befreie es sich vom Kommunismus.[86] Dieses Argument ist in dieser Form neu. Für viele Abgeordnete kann anscheinend erst mit dem völligen Verbot des Schwangerschaftsabbruchs auch der Kommunismus enden.[87] Eine ähnliche Argumentation, die den Kommunismus mit der Frage der Abtreibung verband, gab es auch im Zuge der deutschen ›Wiedervereinigung‹.[88] Hier zeigt sich, wie vermeintlich traditionelle Geschlechternormen genutzt wurden, um ein neues Regime, d. h. den neuen postsozialistischen Staat zu legitimieren.[89] Zugleich diente das Thema in Polen (in einem nahezu postkolonialen Duktus) der Abgrenzung von ›westlichen Hegemonialmächten‹, die angeblich die polnische Identität zerstören wollten.[90]

In der gesamten Debatte, in der die Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen zur unhinterfragbaren Norm erklärt wird, wird die Dienstbarmachung des weiblichen Körpers für die Nation zur Normalität.[91] Hier zeigt sich einerseits eine Kontinuität zum spätsozialistischen Geschlechterdiskurs, in dem die PZPR ebenfalls versucht hatte, sich in Zeiten der Krise über die Einschreibung und Konstruktion vermeintlich traditioneller Geschlechterrollen zu legitimieren. Andererseits war *diese* Bedeutung der Frage des Schwangerschaftsabbruchs neu, der vor allem vonseiten kirchlicher und oppositioneller Kreise zum Signifikat des Systemwechsels erhoben wurde. Dies zeigt sich nicht nur an den Sejmdebatten, sondern gilt auch für den ›Antiabtreibungsdiskurs‹ in der konservativ-klerikalen bis rechten Presse.[92]

Neu ist an der Argumentation der (strikten) Abtreibungsgegner:innen zudem, dass die Familie (*rodzina*) als Bezugspunkt immer wichtiger wird. Kaum eine der Reden nach

---

wicko-komunistycznej ideologii ateistycznego materializmu realnego komunizmu, którą bezkrytycznie przyjął Zachód.«

84 Poseł Stanisław Papież: 53 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 2003 r., S. 102.

85 Diese Aussage entbehrt nicht einer gewissen Ironie, ist die UD doch eine dezidiert prowestliche Partei.

86 Poseł Piotr Polmański: 21. Sitzung Sejm, S. 237f.

87 Zielińska: Reproductive Rights, S. 27.

88 Vgl. Maleck-Lewy, Eva/Ferree, Myra Marx: Talking about Women and Wombs: The Discourse of Abortion and Reproductive Rights in the G.D.R. during and after the *Wende*, in: Susan Gal/Gail Kligman (Hg.): Reproducing Gender. Politics, Publics, and Everyday Life after Socialism. Princeton 2000, S. 92–117.

89 Scott: Gender, S. 49.

90 Seiler: Weiblichkeit, S. 69.

91 Vgl. dazu: Taylor: Normalization, S. 52.

92 Vgl. Koralewska, Inga/Zielińska, Katarzyna: ›Defending the Unborn‹, ›protecting Women‹ and ›preserving Culture and Nation‹: Anti-Abortion Discourse in the Polish Right-Wing Press, in: *Culture, Health & Sexuality* Vol. 24 (5/2021), S. 1–15.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

1997 und vor allem nach 2001 verzichtet darauf, die Wichtigkeit einer ›gesunden‹ polnischen Familie zu betonen, d. h. einer Familie mit einer Mutter, die vor allem Mutter ist und möglichst viele Kinder hat. Hier zeigt sich eine Diskursverschiebung. Auch wenn übergeordnete Institutionen wie die Nation wichtig bleiben, wird in der Abtreibungsdebatte häufiger mit der familiären, sprich: privaten, Ebene argumentiert. Die ›traditionelle‹ Familie soll von politischen Maßnahmen unterstützt und die ihr vermeintlich inhärente Geschlechterordnung gestärkt werden. Nicht mehr ›Vater Staat‹, sondern die patriarchale Kleinfamilie wird hier zum Bezugspunkt. Bezüglich der damit einhergehenden Geschlechterrollen ändert dies indes nur wenig, sollen Frauen doch nun statt der Nation der Familie dienen. Diese Diskursverschiebung war eine Reaktion auf die politische Unabhängigkeit des Landes und die Zurückdrängung des romantischen Diskurses in Polen.[93] Zudem spielte – wie ich in Kapitel 5.2. argumentieren werde – die neoliberale Politik der 1990er Jahre dabei eine Rolle, war doch der reale Erfahrungshorizont der Menschen ein zunehmend individualistischer; die ›Familiarisierung‹ war somit ein Aspekt der Privatisierung.[94]

Anders stellt sich die Situation im ›liberalen‹ Lager dar, mit dem bis 1994 vor allem die Unia Demokratyczna (UD) und nach 1994 die Unia Wolności (UW) gemeint sind. Vereinzelt können auch Vertreter:innen der PSL sowie (oft) der SLD und ihrer zahlreichen Abspaltungen zu diesem Lager gezählt werden. Symptomatisch für diese Gruppe ist die fast durchgängige Befürwortung eines Rechts auf Schwangerschaftsabbruch auf Grundlage kriminologischer, embryonaler und medizinischer Indikation. In der Frage der sozialen Indikation sowie in den Begründungen für die jeweilige Position zeigt sich hingegen, dass im ›liberalen‹ Lager die Positionierung zum Schwangerschaftsabbruch deutlich fluider bzw. gespaltener ist als bei den Parteien der politischen Rechten.[95] Eine Argumentationslinie betont, dass Schwangerschaftsabbruch negativ zu sehen sei, aber nicht strafbewehrt sein solle. Ein Vertreter dieser Position ist Andrzej Wielowieyski (UD), der argumentiert, dass Mütter nicht gezwungen werden könnten, ihre Kinder ab der Empfängnis zu lieben. Zudem sei es »moralisch und pädagogisch falsch«, Ärzte oder Mütter zu bestrafen, zumal dies letzten Endes keine Abbrüche verhindere. Er ist es auch, der im Zuge der Debatte um das berühmt gewordene Gesetz von 1993 im Namen der UD festhält:

> »Denn die Angst der Schwangeren vor ihrem Kind, die es zu neutralisieren gilt, kann nicht durch die Androhung von Strafen beseitigt werden: Wir müssen die ungeborenen Kinder so weit wie möglich schützen und die Achtung des Lebens fördern, aber es ist nicht möglich, in einem so schmerzhaften Fall einer ungewollten Schwangerschaft rechtlich-polizeiliche Erziehungsmethoden anzuwenden.«[96]

93 Jabłkowska/Saryusz-Wolska: Mutter Polin, S. 356f.

94 Seiler: Weiblichkeit, S. 303.

95 Zok: Biological Substance, S. 372.

96 Poseł Andrzej Wielowieyski: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r., S. 26f. »Lęku bowiem kobiet ciężarnych przed swoim dzieckiem, lęku, który trzeba neutralizować, nie da się usunąć groźbą kary. Musimy chronić, na ile się da, nie narodzone dzieci i krzewić szacunek dla życia, ale nie można w tak bolesnej sprawie nie chcianej ciąży stosować prawno-policyjnych metod wychowywania.«

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Auch Józefa Hennelowa (UD) setzte sich mit einer ähnlichen Begründung für die Straffreiheit ein. Bestrafung verhindere keine Abbrüche, sodass vielmehr über Wege diskutiert werden müsse, wie ›schlechte Mütter‹ (*złe matki*) zur Mutterschaft motiviert werden könnten.[97] Dieser Position ist zu eigen, dass sie Schwangerschaftsabbrüche pädagogisch lösen möchte. Es wird den betreffenden Frauen also nicht zugetraut, selbst zu entscheiden. Zugleich wird das Thema auch von diesen Abgeordneten mit vermeintlich übergeordneten Entitäten wie der Nation begründet. So hängt für Wielowieyski an der Frage, ob Frauen von der Mutterschaft überzeugt werden könnten, das Schicksal der polnischen Nation.[98] Gerade dieser Abgeordnete, der zwischen 1991 und 2001 dem Sejm angehörte (und noch 2009 mit Mitte 80 für den Senat kandidierte), vertrat immer wieder denjenigen Flügel innerhalb der UD, der Abbrüche äußerst kritisch sah, aber nicht völlig verbieten wollte. Dabei war die durchgängige Linie, dass es um der polnischen Nation willen nötig sei, Frauen von der Richtigkeit der Mutterschaft zu überzeugen.[99] Ihre Dienstbarmachung für den neuen Staat erfolgt also nicht auf juristischem, sondern moralischem Wege.

Im Unterschied dazu betonen Abgeordnete wie Marek Balicki (UD) die freie Entscheidung jeder Frau über den Abbruch. Balicki unterstreicht, dass er zwar prinzipiell gegen Schwangerschaftsabbrüche sei, es sich dabei aber nicht um eine allgemeinverbindlich zu beantwortende moralische Frage handele. In seiner Argumentation nimmt er auf die fast zeitgleiche Diskussion über die Frage des Schwangerschaftsabbruchs in der Bundesrepublik Bezug und schließt sich der Meinung Rita Süssmuths (CDU)[100] an, die betont:

> »Niemand kann einer Frau das Recht nehmen, selbst zu entscheiden, ob sie sich in einer Ausnahmesituation befindet. […] Wenn wir der Frau helfen wollen, müssen wir ihr durch umfangreiche soziale Hilfen den Ausstieg aus dem Schwangerschaftskonflikt ermöglichen.«[101]

97 Poseł Józefa Hennelowa: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 229f.

98 Poseł Andrzej Wielowieyski: 74. Sitzung Sejm, S. 182f.

99 Vgl. zum Beispiel: Poseł Andrzej Wielowieyski: 6 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17 i 18 grudnia 1997 r., S. 9f.

100 Süssmuth war zu dieser Zeit Präsidentin des deutschen Bundestages. In der Debatte um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch hatte sie für eine ›Kompromisslösung‹ geworben. Ihre Forderung, dass die letzte Entscheidung bei der Frau liege, war auf massiven Widerstand innerhalb der CDU und bei Helmuth Kohl gestoßen. Zugleich warfen ihr auch Befürworter:innen einer liberaleren Regelung vor, halbherzig zu agieren. Im deutsch-polnischen Kontext ist Süssmuth zudem (positiv) damit aufgefallen, dass sie bereits Anfang 1990 dafür plädierte, beide deutsche Staaten sollten noch vor der ›Wiedervereinigung‹ die polnische Westgrenze anerkennen. Auch hiermit stieß sie auf massiven Widerspruch innerhalb ihrer Partei.

101 Poseł Marek Balicki: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 258. »Nikt nie może odebrać kobiecie prawa do decydowania, czy znajduje się ona w sytuacji wyjątkowej. […] Jeśli chcemy pomóc kobiecie, musimy umożliwić jej wyjście z konfliktu związanego z ciążą poprzez szeroką pomoc socjalną.«

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - (cc) BY-NC

Auch Iwona Śledzińska-Katarasińska argumentiert, dass es sich bei diesem Thema um eine Gewissensentscheidung der jeweils betroffenen Person handele. Allein Sexualkundeunterricht und der Zugang zu Verhütungsmitteln könnten die Zahl der Abbrüche senken. Gegensätzliche Maßnahmen erhöhten lediglich die Zahl illegaler Abbrüche.[102] Die Abgeordnete, die von 1991 bis 2023 im Sejm saß (ROAD, UD, UW, PO), war und blieb zusammen mit Balicki[103] (bis 1997 im Sejm) Wortführerin des progressiven Flügels ihrer Partei(en) in Fragen des Schwangerschaftsabbruchs.[104] Schließlich gab es auch innerhalb der PSL vereinzelt Vertreter:innen einer ›liberalen‹ Lösung. So betont Mikołaj Kozakiewicz, dass nur Sexualerziehung[105] und Verhütung eine mögliche Lösung des Problems darstellten. Zudem argumentiert der Abgeordnete, dass ein Verbot des Schwangerschaftsabbruches keinerlei Auswirkungen auf wohlhabende, sondern lediglich auf arme Frauen habe. Erstere könnten – wie Erfahrungen aus Westeuropa zeigten – jederzeit ins Ausland reisen, um abzutreiben. Er stellt zudem infrage, ob das Leben eines Kindes mit der Empfängnis beginne. Schließlich rechnet er mit denjenigen ab, die Abtreibung als stalinistisch oder kommunistisch bezeichnen, und betont (zu Recht), dass eines der strengsten und unmenschlichsten Gesetze gegen Schwangerschaftsabbrüche unter Ceaușescu in Rumänien gegolten habe.[106]

Der Position dieser Abgeordneten ist zu eigen, dass sie die individuelle Entscheidungsfreiheit der Frau betonten. Zudem spielt für sie die moralische Bewertung nicht die entscheidende Rolle, vielmehr wird nach einer praktikablen Lösung gesucht. Diese Argumentationslinie wird von einigen Abgeordneten aus diesem Lager bis 2004 fortgesetzt, etwa bei den (verschiedenen) Debatten um die Wiedereinführung der sozialen Indikation durch Jerzy Wierchowicz[107] und Iwona Śledzińska-Katarasińska oder bis 1997 von Marek Balicki. Letzterer tritt zudem unermüdlich dafür ein, dass es bei diesem Thema nur um den Fötus und die Frau gehe und nicht um die Nation, die Familie oder die Kirche. Er wendet sich damit vor allem auch gegen seine eigenen Parteifreund:innen (namentlich Andrzej Wielowieyski), die sich hier anders positionieren.[108] Schließlich ist aus dem liberalen Lager noch Barbara Labuda (UD/UW) als eine der entschiedensten Befürworterinnen eines Zugangs zu Schwangerschaftsabbrüchen zu nennen, die sich als eine von Wenigen immer weigerte, diese zu verurteilen. Kontinuierlich und schonungslos

102 Poseł Iwona Śledzińska-Katarasińska: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r., S. 53.

103 Balicki war zunächst Abgeordneter für ROAD, dann für die UD und die UW. Nach seinem dortigen Austritt 1997 trat er ab 2001 für die SLD an. Bekanntheit erlangte er nicht zuletzt durch seine (erfolgslose) Kandidatur für das Amt des Oberbürgermeisters von Warschau im Jahr 2002. Zudem war er ab Juli 2004 polnischer Gesundheitsminister.

104 Vgl. auch: Poseł Iwona Śledzińska-Katarasińska: 75 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 12, 13 i 14 kwietnia 2000 r., S. 222–224.

105 Er forderte in diesem Zusammenhang, auch die spezifischen Probleme sexueller Minderheiten wie etwa homosexueller Menschen einzubeziehen.

106 Poseł Mikołaj Kozakiewicz: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r., S. 46–48.

107 Poseł Jerzy Wierchowicz: 28 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 1 i 2 września 1994 r., S. 118f.

108 Poseł Marek Balicki: 87 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28, 29 i 30 sierpnia 1996 r., S. 134–136.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - (cc) BY-NC

verwies sie auf die Folgen eines Verbots. So sprach sie 1994 im Namen der Parlamentarischen Frauengruppe sowie von 200 Abgeordneten zunächst die aktuelle Situation nach dem Gesetz von 1993 an. Sie betont, dass selbst wenn ein Abbruch rechtlich möglich sei, dieser oft illegal für viel Geld durchgeführt würde. Der Grund sei, dass Ärzt:innen sich weigerten, den Eingriff durchzuführen oder von der örtlichen Kirchengemeinde oder der Krankenhausleitung unter Druck gesetzt würden. Dieser Zustand demütige Frauen und führe zu hohen Risiken für deren Gesundheit. Dies gelte insbesondere im Falle einer kriminologischen Indikation, da sich Staatsanwält:innen nach einer Vergewaltigung teilweise weigerten, eine Bescheinigung für einen Abbruch auszustellen, oder das Verfahren dauere zu lange. Aus diesen Gründen plädiert sie für die Wiedereinführung einer sozialen Indikation und begründet den diesbezüglichen Gesetzentwurf abschließend mit folgenden Worten:

> »Das Verbot des Schwangerschaftsabbruchs und seine Kriminalisierung sind Instrumente der Macht über die menschliche Sexualität. Ich weiß nicht, ob und warum der polnische Staat sowohl eine solche Macht als auch ein solches Instrument braucht. Ich weiß auch nicht, warum der polnische Staat der Richter über die Dramen der Frauen sein und über ihr Gewissen wachen sollte. Frauen sollten aus sozialen Gründen, aufgrund schwieriger Lebensumstände, das Recht auf Abtreibung haben, und gleichzeitig sollten wir alles tun, damit gerade die Schwierigkeiten des Lebens die Frauen nicht dazu zwingen, dieses Recht auszuüben. Aber wir können ihnen dieses Recht nicht verweigern. Allerdings sollten wir alles dafür tun, dass sie nicht gezwungen werden, es auszuüben. Die Gesetze über die Zulässigkeit des Schwangerschaftsabbruchs wurden schließlich nicht um des Vergnügens willen erfunden. Sie wurden eingeführt, um Frauen als letzten Ausweg vor Behinderung und Tod zu schützen, und zwar unter Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit.«[109]

Wie Balicki wendet sie sich dabei immer wieder gegen die Entscheidung über das Recht auf Schwangerschaftsabbruch anhand religiöser oder nationaler Kriterien.[110] Zudem spricht sie im Zusammenhang mit dem Verbot des Schwangerschaftsabbruchs von einem »Instrument der Macht«. An ihrer gesamten Sprache und Argumentation wird deutlich, dass sie in den 1970er Jahren in Frankreich studiert hat (Literatur, Soziologie und Politikwissenschaften) und dort mit poststrukturalistischen Ideen in Berührung

109 Poseł Barbara Labuda: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r., S. 135–140. »Zakaz aborcji i jej karalność to instrumenty sprawowania władzy nad ludzką seksualnością. Nie wiem, czy i po co państwu polskiemu potrzebna jest i taka władza, i taki instrument. Nie wiem też, dlaczego państwo polskie ma być sędzią dramatów kobiet i stać na straży ich sumień. Kobiety powinny mieć prawo do aborcji z przyczyn społecznych, z powodu ciężkich warunków życiowych, a my jednocześnie powinniśmy robić wszystko, żeby właśnie trudności życiowe nie zmuszały kobiet do korzystania z tego prawa. Natomiast takiego prawa nie możemy im odmówić. Róbmy jednak wszystko, żeby nie były one zmuszane do korzystania z niego. Przecież ustaw o dopuszczalności przerywania ciąży nikt nie wymyślił dla uciechy. Wprowadza się je po to, żeby uchronić kobiety przed kalectwem i śmiercią, jako ostateczność, licząc się z realiami życia.«

110 Ebd., S. 192–194.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - (cc) BY-NC

kam. Für ihre Argumentation und ihren Einsatz gegen ein Verbot wurde sie nicht zuletzt von ihren männlichen Parteifreunden immer wieder hart angegangen.[111]

Eine weitere Argumentationslinie wird von Jacek Kurczewski (Kongres Liberalno-Demokratyczny, KLD) im Zuge der Debatte um die Verabschiedung des Gesetzes über das Verbot des Schwangerschaftsabbruchs vom 30. Dezember 1992 im Namen seiner Parlamentsfraktion vertreten. Er fordert, dass Verhütungsmaßnahmen und Aufklärung ausgebaut, auf Strafen und Verbote aber verzichtet werde. Die KLD-Fraktion werde den vorliegenden Gesetzentwurf folglich ablehnen. Begründet wird diese Position damit, dass das Gesetz die Gleichberechtigung der Bürger:innen unabhängig vom Geschlecht nicht gewährleiste. So würden nur den Frauen zusätzliche Belastungen und Gefahren auferlegt, obwohl immer Frauen und Männer für die Empfängnis verantwortlich seien.[112] Es geht hier also nicht um den Schwangerschaftsabbruch an sich, sondern um die Frage, ob sein Verbot zu einer Ungleichbehandlung führe. In dieser Argumentation sind beide Verursacher:innen für das Ergebnis gleichermaßen verantwortlich. Dies widerspricht essentialistischen Geschlechterrollen, die Frauen ›natürlich‹ für Schwangerschaft und Kinder verantwortlich machen und Männer i. d. R. außen vor lassen. Die Argumentationsweise ist in dieser Form etwas genuin Neues.

Zusammenfassend lässt sich das liberale Lager vor allem in zwei Strömungen unterteilen. Die erste ist die konservativere, die Schwangerschaftsabbrüche für prinzipiell falsch hält, aber unter bestimmten Umständen zulassen und straffrei halten möchte. Ähnlich wie auf der politischen Rechten wird dabei häufig das Argument vorgebracht, dass es um der polnischen Nation willen nötig sei, Frauen von der Mutterschaft zu überzeugen. Ebenso sollen Polinnen, die sich ›falsch‹ entscheiden, zum ›richtigen‹ Entschluss gebracht werden. Schwangerschaftsabbrüche stehen also auch hier außerhalb der Norm und Mutterschaft bleibt für Frauen primäre Identität und Normalität. Man könnte sagen, dass Ausnahmen deshalb möglich sind, da diese Abgeordneten sich eher von verantwortungsethischen Überlegungen leiten lassen, als sich allein einem Dogma verpflichtet zu fühlen.

Der progressive Flügel der Liberalen verweist hingegen auf das Alleinentscheidungsrecht jeder einzelnen Frau und wendet sich zudem gegen deren Dienstbarmachung für Nation oder Kirche. Die Abgeordneten argumentieren im wörtlichen Sinne liberal, betonen sie doch das Entscheidungsrecht des Individuums und dessen moralische Verantwortlichkeit als höchste Norm. Diese Positionierung wird auch sprachlich deutlich. Die Rede ist hier (meist) von Frauen und Föten (*płód*) und nicht von Müttern und ihren ungeborenen Kindern (*nienarodzone dzieci*). Zudem zeigt sich bei allen liberalen Abgeordneten, dass sie im Gegensatz zur politischen Rechten vor allem dann über Schwangerschaftsabbrüche diskutieren, wenn es um diesbezügliche Gesetze geht. Dies hat zur Folge, dass diese Parlamentarier:innen insbesondere in der Legislaturperiode von 2001 bis 2005 kaum noch vorkommen. Auffällig ist schließlich, dass sich im liberalen Lager vor allem Frauen (mit den genannten Ausnahmen) gegen ein Verbot von Schwangerschafts-

111 Zok: Biological Substance, S. 372.

112 Poseł Jacek Kurczewski: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r., S. 28f.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

abbrüchen einsetzen und dafür von ihren Parteifreunden teilweise heftig angefeindet werden.[113]

Schließlich bleibt noch das linke Lager, das vor allem von den Nachfolgeparteien der PZPR und ihren Abspaltungen, aber auch von Neugründungen wie der SdRP dominiert wird. Dieses ist in der Frage der Zulässigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen grundsätzlich ebenso wie das liberale Lager in zwei Flügel gespalten. Der eine zeichnet sich dadurch aus, dass hier explizit die Frau in den Mittelpunkt der Debatte gerückt wird. So betont Tadeusz Iwiński 1992 im Namen der Sozialdemokraten der SdRP:

> »Die Gleichstellung im Bereich des Privatlebens bedeutet, dass sowohl Männern als auch Frauen die Wahlfreiheit und das Recht auf Selbstbestimmung in Bezug auf die Fortpflanzung zugestanden wird. […] Diese Wahlmöglichkeit sollte Teil eines umfassenden familienpolitischen Rahmens sein, der Sexualerziehung, Informationen über die Verhütung von Schwangerschaften und den freien Zugang dazu, Sozialleistungen und Dienstleistungen für Kinder und Familien sowie die Möglichkeit eines freiwilligen Schwangerschaftsabbruchs einschließt.«[114]

Auch Danuta Waniek (SLD) besteht auf der alleinigen Entscheidungsmacht der jeweiligen Frau. Ansonsten gebe es illegale Abtreibungen und in der Folge »viele Tote«. Schließlich hebt die Abgeordnete hervor, dass die Frage, ab wann von einem Kind die Rede sein könne, auch in katholischen Kreisen nicht eindeutig beantwortet werden könne, sondern eine individuelle moralische Frage sei. Der daraufhin registrierte Zwischenruf »Ketzer« (*heretycy*) zeigt, dass keineswegs alle Parlamentarier:innen diese Meinung teilten.[115] Die Abgeordnete, die zwischen 1991 und 2001 im Sejm saß, fiel dadurch auf, dass sie die Gegner:innen eines Rechts auf Schwangerschaftsabbruch immer wieder scharf angriff. So verglich sie beispielsweise die Befürworter:innen eines Gesetzesentwurfs, der Schwangerschaftsabbrüche auch nach Vergewaltigungen verbieten wollte, mit der spanischen Inquisition, die alles ihren Dogmen untergeordnet hätte.[116] Auch Jerzy Wiatr, der in der Debatte um die Wiedereinführung einer sozialen Indikation am 27. Mai 1994 die Position der SLD darlegt, betont das Recht der jeweiligen Frau, selbst zu entscheiden, mit folgenden Worten:

---

113 Zok, Michael: »To Maintain the Biological Substance of the Polish Nation«: Reproductive Rights as an Area of Conflict in Poland, in: *Hungarian Historical Review* Vol. 10 (2/2021), S. 357–381, hier: S. 372.

114 Poseł Tadeusz Iwiński: 20 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 10 i 11 lipca 1992 r., S. 64. »Równość w sferze życia prywatnego zakłada przyznanie zarówno mężczyznom, jak i kobietom, swobody wyboru oraz prawa do samookreślenia, jeśli chodzi o prokreację. […] Są przekonani [wnioskodawcy], iż dla kobiet swobodny wybór macierzyństwa, a w konsekwencji chcianego i akceptowanego dziecka, stanowi zdobycz naszych demokratycznych społeczeństw. Ten wybór powinien wpisywać się w ramy globalnej polityki rodzinnej, obejmującej edukację seksualną, informację na temat sposobów zapobiegania ciąży i swobodnego do niej dostępu, zapomóg społecznych oraz świadczeń na rzecz dziecka i rodziny, jak również możliwość uciekania się do dobrowolnego przerywania ciąży.«

115 Poseł Danuta Waniek: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 235.

116 Ebd., S. 25f.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> »Es geht um die Würde, um die Freiheit der Frau. Es geht darum, dass eine Frau nicht wie ein Objekt behandelt wird. Es geht darum, dass es auf die Frage des Abgeordneten Kamiński – wer soll über schwierige Umstände entscheiden? – eine klare und einfache Antwort gibt: die Frau selbst. Natürlich nicht das Gericht, […] nicht irgendein anderes Gremium. Ja, die Frau selbst, denn das ist das Recht der Entscheidungsfreiheit.«[117]

Jerzy Szteliga (SdRP) schließt sich dieser Position an. Jede andere Regelung sei undemokratisch und diskriminierend. Er betont zudem, dass Polen Probleme mit dem EU-Ratifizierungsprozess bekommen könne, wenn der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen zu restriktiv sei.[118] Auch bei einem weiteren Befürworter des »ungehinderten und uneingeschränkten« Rechts der Frau, über eine Schwangerschaft zu entscheiden, Władysław Adamski, spielt Europa eine zentrale Rolle. Mit einem Verbot des Schwangerschaftsabbruchs mache sich Polen »auf den Weg in den Iran und nicht nach Europa«.[119] Diese ›europäische Argumentation‹ wiederholt sich häufig und bringt wieder eine übergeordnete Institution ins Spiel, anstatt über das Thema an sich zu diskutieren. Wurde von der rechten Seite ein Verbot im Interesse der Nation bzw. aufgrund religiöser Normen gefordert, wird hier die Liberalisierung um der Zugehörigkeit zur Europäischen Union willen angemahnt, die ansonsten gefährdet sein könnte.[120] Das Thema Schwangerschaftsabbruch wird somit zum Signifikanten eines ›modernen‹, europäischen und ›liberalen‹ Polens. Ähnlich argumentieren liberale Feministinnen wie die Juristin Eleonora Zielińska,[121] die sowohl Sejm und Senat als auch das polnische Verfassungsgericht dafür kritisiert, dass sie die diesbezüglichen Rechte der Frau kaum beachtet hätten. Sie impliziert, dass sich an dieser Frage auch zeige, ob Polen eine liberale Demokratie geworden sei.[122] Ihre zudem geäußerte Hoffnung auf eine Verbesserung der reproduktiven Situation von Frauen nach dem EU-Beitritt des Landes teilte Zielińska mit weiten Teilen der polnischen Frauenrechtsbewegung.[123]

Im Sejm stellte diese Gruppe von Parlamentarier:innen ähnlich wie der progressive Flügel der Liberalen ganz grundsätzlich die Entscheidungsfreiheit der Frau bzw. des

---

117 Poseł Jerzy Wiatr: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r., S. 185f. »Tu idzie o godność, o wolność kobiety. Tu idzie o to, by kobieta nie była traktowana jak przedmiot. Tu idzie o to, by na pytanie, które zadał pan poseł Kamiński – kto ma decydować o trudnych warunkach? – padała jasna i prosta odpowiedź: sama kobieta. Oczywiście, nie sąd, nie komitet blokowy, nie żadne inne ciało. Tak – sama kobieta, bo to jest prawo wolności wyboru.«

118 Poseł Jerzy Szteliga: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r., S. 184.

119 Poseł Władysław Adamski: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r., S. 179f.

120 Zielińska: Reproductive Rights, S. 28.

121 Von 2004 bis 2005 und erneut zwischen 2011 und 2015 wurde sie selbst Verfassungsrichterin.

122 Zielińska, Eleonora: Sytuacja kobiet w Polsce w świetle zmian legislacyjnych okresu transformacji, in: Małgorzata Fuszara (Hg.): Kobiety w Polsce na przełomie wieków. Nowy kontrakt płci? Warszawa 2002, S. 84–102, hier: S. 96f.

123 Klatte, Luisa: Lost between the Waves, in: Anna Artwińska/Janine Schulze-Fellmann (Hg.): Gender Studies im Dialog. Transnationale und transdisziplinäre Perspektiven. Bielefeld 2022, S. 99–120, hier: S. 113.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Individuums in den Mittelpunkt. Neben diesem Flügel existiert noch ein zweiter. Dieser begründete das Recht auf Schwangerschaftsabbruch vor allem damit, dass ein Verbot schlimmere Folgen hätte als die Zulassung oder unwirksam sei. So spricht sich Andrzej Piotrowski in der Debatte um die erneute Einführung einer sozialen Indikation vom Frühjahr 1994 im Namen der SLD-Fraktion für deren Zulassung aus. Er argumentiert dafür aus der Perspektive eines Arztes und betont zunächst, dass jeder Schwangerschaftsabbruch ›schrecklich‹ sei. Zugleich habe er festgestellt, dass kein Gesetz eine Frau, die sich für einen Abbruch entschieden hat, jemals von einem solchen habe abbringen könne, weshalb ein solches wenig sinnvoll sei.[124] Andrzej Lipski (Polska Partia Socjalistyczna, PPS) argumentiert hingegen mit dem Wohl des Kindes. Aus seiner Sicht müssten Schwangerschaftsabbrüche vor allem aus dem Grund erlaubt werden, dass ansonsten ungewollte Kinder geboren würden, die unter schlechten psychischen und physischen Bedingungen leben müssten. Entscheiden könne über den Abbruch nur die Mutter:

> »Die Frau muss das Recht haben, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden, denn machen wir uns nichts vor, meine Herren, es ist die Frau, die die Hauptlast der Kindererziehung trägt, und sie weiß auch am besten, ob sie in der Lage sein wird, ihrem Kind die Bedingungen für ein anständiges Leben und eine anständige Erziehung zu bieten.«[125]

Auch Izabela Jaruga-Nowacka spricht sich im Namen der Unia Pracy (UP) für einen Gesetzesentwurf zur Zulassung der sozialen Indikation mit der Begründung aus, dass er illegale Abtreibungen und damit Tote verhindere. Es habe sich gezeigt, dass die bestehende Regelung Schwangerschaftsabbrüche nicht abgeschafft, sondern vor allem arme Frauen in Not und Illegalität getrieben habe;[126] ähnlich argumentiert Krystyna Sienkiewicz (UP).[127] Für Maria Walczyńska-Rechmal (SLD) ist eine Zulassung des Schwangerschaftsabbruchs vor allem nötig, um das Leben bereits geborener Kinder zu schützen. Sie hebt damit auf regelmäßige Berichte von Kindstötungen ab.[128] Einen etwas anderen Schwerpunkt setzt Izabella Sierakowska (SLD). Sie betont ebenfalls, dass nur die Frau das Recht habe, über ihr Kind zu entscheiden, und niemand sonst. Aus ihrer Sicht könnte darüber hinaus allein mehr Geld für Mütter und Kinderkrippen, bessere

124 Poseł Andrzej Piotrowski: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r., S. 170f.

125 Poseł Andrzej Lipski: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r., S. 178f.: »Kobieta musi mieć prawo do decydowania o swoim losie, bo nie oszukujmy się, drodzy panowie, ale to właśnie na kobiecie spoczywa główny ciężar wychowywania dzieci i ona też wie najlepiej, czy będzie w stanie czy też nie zapewnić dziecku warunki do godnego życia i godnego wychowania.«

126 Poseł Izabela Jaruga-Nowacka: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r., S. 174f. Vgl. auch: Poseł Izabela Jaruga-Nowacka: 74 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28, 29 lutego i 1 marca 1996 r., S. 277–279.

127 Poseł Krystyna Sienkiewicz: 28 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 1 i 2 września 1994 r., S. 106f.

128 Poseł Maria Walczyńska-Rechmal: 91 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 października 1996 r., S. 25f.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Sexualaufklärung und der bessere Zugang zu Verhütungsmitteln die Zahl der Abbrüche senken. Die Abgeordnete argumentiert hier vor allem mit dem Wohl des Kindes:

> »Die psychischen Schäden, die der Abbruch einer Schwangerschaft bei einer Frau verursacht, sind kaum zu überschätzen. Noch schwieriger ist es jedoch, zu beurteilen, ob sie nicht größer sind, wenn sie gezwungen ist, ein Kind zur Welt zu bringen, obwohl sie weiß, dass sie ein verkrüppeltes, schwer krankes Kind zur Welt bringen wird, dass die Schwangerschaft sich negativ auf ihre Gesundheit auswirken wird. Es ist sehr schwierig zu sagen, ob eine Frau mehr unter dem Abbruch ihrer Schwangerschaft leidet oder unter der fehlenden Perspektive, ein weiteres Kind aufzuziehen und zu ernähren.«[129]

Im Laufe der 1990er Jahre wird Sierakowska immer mehr zur Kritikerin der generellen Bevormundung von Frauen bzw. des hinter dem Verbot des Schwangerschaftsabbruchs stehenden Frauenbildes. »Das Gesetz soll eine Frau wie eine entmündigte Person behandeln und ihr das Recht absprechen, verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen.«[130] In ihrer Rede vom 23. Oktober 1996 betont sie:

> »Niemand hat das Recht, gerade an Frauen höhere Anforderungen zu stellen als an andere Mitglieder unserer Gesellschaft. Und niemand hat das Recht, ihnen Selbstaufopferung und Heldentum aufzuzwingen.«[131]

Die Abgeordnete, die zwischen 1989 und 2005 ununterbrochen im Sejm saß, wurde zu einer der prominentesten Fürsprecher:innen des linken Lagers für ein Recht auf Schwangerschaftsabbrüche. Stand bei ihr zu Beginn der 1990er Jahre das Wohl des Kindes im Zentrum, so betont sie später immer mehr die Rechte der betroffenen Frauen.

Auffällig ist im linken Lager, dass nach der Regierungsübernahme durch SLD-UP und PSL 2001 nur noch selten über Schwangerschaftsabbrüche gesprochen wurde. So betont beispielsweise Joanna Senyszyn (SLD-UP), dass die diesbezüglichen Gesetze nicht nur restriktiv seien, sondern auch kaum eingehalten würden. Sie geht von 100.000 bis 200.000 illegalen Abbrüchen im Jahr aus und fordert deshalb eine Liberalisierung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch.[132] Tatsächlich kam es entgegen anderslautenden

---

129 Poseł Izabella Sierakowska: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 189–192. »Trudno przecenić spustoszenia, jakie w psychice kobiety powoduje usunięcie ciąży. Jeszcze trudniej jednak ocenić, czy nie są one większe, gdy jest ona zmuszona do porodu mimo pewności, że urodzi dziecko kalekie, ciężko chore, że ciąża wpłynie negatywnie na jej stan zdrowia. Trudniej powiedzieć, czy kobieta bardziej cierpi z powodu usunięcia ciąży, czy też z powodu braku perspektyw na wychowanie i wyżywienie kolejnego dziecka.«

130 Dies. 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r., S. 51–53. »Prawo ma traktować kobietę jako osobę ubezwłasnowolnioną, odmawiając jej prawa do odpowiedzialnych decyzji.«

131 Dies. 91 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 października 1996 r., S. 15f. »Nikt nie ma prawa stawiać właśnie kobietom wyższych wymagań niż innym członkom naszego społeczeństwa. I nikt nie ma prawa wymuszać na nich samopoświęcenia i heroizmu.«

132 Poseł Joanna Senyszyn: 67 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 20, 21, 22, 23 i 29 i 30 stycznia 2004 r., S. 67–69.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Versprechen im Wahlkampf in dieser Legislaturperiode nicht dazu. Welche Rolle die katholische Kirche dabei spielte, wird am Ende dieses Abschnitts Thema sein.

Schließlich sei noch erwähnt, dass es auch im linken Lager radikale Abtreibungsgegner:innen gab. Dies trifft beispielsweise auf Ryszard Bartosz zu, der erst für die PZPR und dann für die SdRP (später SLD) ab 1991 im ersten gänzlich frei gewählten Sejm saß. Er begründet seine Position damit, dass Polen ein dichtbesiedeltes Land sein müsse und es Verrat sei, »wenn Polen polnische Kinder töteten«. Damit würde die Politik des Feindes[133] nun von Polen umgesetzt.[134] Diese Position unterscheidet sich argumentativ nicht von den radikalsten Abgeordneten aus dem rechten Lager. Bartosz vertritt hier einen (kleiner werdenden) Flügel innerhalb der Nachfolgeparteien der PZPR, der weiterhin im Nationalismus der 1980er Jahre verhaftet ist, wie er insbesondere mit der Machtübernahme Jaruzelskis zum Tragen kam.[135]

Insgesamt ist der linken Seite des Parlaments zu eigen, dass sie fast völlig auf religiöse Argumente verzichtet. Auch die Nation kommt selten als Bezugsgröße vor, dafür allerdings die EU, die viele Abgeordnete als Begründung für eine liberalere Handhabung des Schwangerschaftsabbruchs anführen. Grundsätzlich teilen sich die Abgeordneten in zwei Lager. Das eine argumentiert ähnlich wie der progressive Flügel der Liberalen mit der Selbstbestimmung der Frau. Das andere sieht in der Zulassung eines Rechts auf Schwangerschaftsabbruch das kleinere Übel, um Not (vor allem bei bereits geborenen Kindern) zu verhindern und illegale Abtreibungen einzudämmen. Generell fällt auf, dass sich die Linke recht schnell in einen (links)liberalen Diskurs einschreibt und nur wenige Überbleibsel der in Geschlechterfragen zunehmend konservativen Argumentation (z. B. die Indienststellung von Frauen für die Nation) der PZPR der 1980er Jahre zu finden sind. Zugleich schreckt die Linke vor tatsächlichen politischen Maßnahmen zurück.

Der gesamte Diskurs über das Recht auf Schwangerschaftsabbruch zeigte erneut auf, dass die Rolle des Vaters eine Leerstelle bleibt (wenn auch mit Ausnahmen). Zudem bleiben Frauen für die Abgeordneten der Rechten in Fragen der Reproduktion eher Objekt als Subjekt. Mutterschaft bleibt die Norm und Frauen, die diese nicht erfüllen, werden als ›anormal‹ stigmatisiert. Auch im liberalen und linken Lager gibt es eine ›paternalistische Fraktion‹, die Frauen wahlweise vor ›der falschen‹ Entscheidung schützen möchte oder die Zulassung des Schwangerschaftsabbruchs als das kleinere Übel sieht. Allerdings werden hier aus ›verantwortungsethischen‹ Überlegungen Ausnahmen von der Regel als legitim erachtet. Zugleich sind Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen, in der Pflicht, ihre Abweichung von der Norm zu rechtfertigen. Daneben gibt es eine zweite Gruppe im linken und liberalen Lager, die nicht mit moralischen Begründungen argumentiert, sondern die betroffene Frau unabhängig entscheiden lassen möchte. Dieses Lager scheint zugleich die größten Veränderungen durchzumachen. Es wird zunehmend mit Frauenrechten, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung argumentiert und weniger mit der ›natürlichen‹ Rolle der Mutter usw. Wenig überraschend

133 Er spielt damit auf die Besatzungspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands an.

134 Poseł Ryszard Bartosz: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r., S. 60f.

135 Zaremba: Herrschaftslegitimation, S. 406f.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - (cc) BY-NC

kommen diese Schlagworte aus dem (links)liberalen Lager,[136] das hier Begriffe aus dem internationalen Diskurs adaptiert und sich diese zu eigen macht. Damit gelingt es einigen Abgeordneten erstmals, aus einem im wörtlichen Sinne reaktionären Diskurs herauszukommen. Dies sind die ersten (und einzigen) Redner:innen, die umgekehrt eine Begründung für das existierende Verbot einfordern bzw. dessen aktuelle Rechtfertigung ablehnen. Was dabei allerdings bis 2004 nicht erfolgt, ist ein Rückgriff auf genuin polnisch-feministische (i. d. R. sozialistische oder sozialdemokratische) Traditionen und Argumentationsmuster – hier zeigen sich deutliche Parallelen zum generellen (postsozialistischen) feministischen Diskurs in Polen.[137] Lagerübergreifend fällt zudem eine zunehmende Verhärtung und Moralisierung des Diskurses auf.

Schließlich zeigt gerade der Vergleich mit anderen postsozialistischen Staaten wie Ungarn oder Litauen, wie virulent das Thema in Polen war. So gab es zwar auch in diesen Staaten den Versuch, den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen einzuschränken. Faktisch erfolgte dies allerdings nur in Polen in diesem Ausmaß.[138] Gründe für die Ausnahmestellung Polens waren der Einfluss der katholischen Kirche sowie die starke Verquickung des Themas mit dem nationalpolnischen Diskurs. Wo dies nicht (in solchem Ausmaß) der Fall war, wie in Tschechien, gelang es der Kirche und religiösen Gruppen nicht, mit diesbezüglichen Forderungen durchzudringen.[139]

Kinderbetreuung und Mutterschutz

Ein weiteres Thema, dessen Diskussion in den Sejmdebatten von einer zunehmenden Härte geprägt war, ist das Thema der Kinderbetreuung.

Wie sich bereits zwischen 1989 und 1991 andeutete, zog sich der polnische Staat in den 1990er Jahren zunehmend aus der Kinderbetreuung zurück. Irena Nowacka (SdRP), die für eine flächendeckende staatliche Kinderbetreuung eintrat, beklagte, dass bis 1992 fast 50 % aller Krippen und Kindergärten aufgelöst worden seien.[140] Zugleich werde den erwerbstätigen Müttern nichts als Austausch für das fehlende Betreuungsangebot angeboten.[141] Auch der Abgeordnete Krzysztof Baszczyński (SLD) berichtet aus seiner Heimatstadt Łódź, dass, Stand Ende 1993, nur noch 49 % aller Kinder zwischen drei und sechs Jahren in einen Kindergarten gingen. Er kritisiert, dass dies auf eine systematische Kürzung der Ausgaben für Kinderbetreuung zurückzuführen sei. Die verbliebenen Kindergärten hätten die Eltern zudem viel Geld gekostet, zu viel für viele. Der Abgeordnete merkt noch sarkastisch an, dass diese Kinder nun eben von ihren arbeitslos gewordenen

136 Aus meiner Sicht gibt es gute Argumente, ab Mitte der 1990er Jahre neben den explizit liberalen Parteien auch weite Teile der SLD zu dieser Gruppe zu zählen.

137 Mrozik: Gender Studies, S. 91f.

138 Zielińska: Reproductive Rights, S. 24.

139 Wolchik, Sharon L.: Reproductive Policies in the Czech and Slovak Republics, in: Susan Gal/Gail Kligman (Hg.): Reproducing Gender. Politics, Publics, and Everyday Life after Socialism. Princeton 2000, S. 58–90, hier: S. 86.

140 Poseł Irena Nowacka: 38 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 18, 19 i 20 lutego oraz 3 i 4 marca 1993 r., S. 205.

141 Dies.: 13 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 kwietnia 1992 r., S. 132.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Müttern betreut würden.[142] Auch in der PSL gibt es Stimmen, wie die von Ireneusz Skubis (PSL), die das Fehlen von Kinderkrippen und Kindergärten als erhebliches Problem betrachten.[143] Die Begründung, warum fehlende Betreuungseinrichtungen schlecht seien, unterscheidet sich allerdings zwischen den Abgeordneten. Während einige wie die bereits Genannten die Probleme für die Erwerbstätigkeit von Frauen betonen, argumentieren andere wie Zofia Wilczyńska (SLD), dass dieser Zustand vor allem schlecht für die Bildung der Kinder sei.[144] Bei den Abgeordneten, die sich für eine Stärkung staatlicher Kinderbetreuungseinrichtungen einsetzen, fällt i. d. R. Folgendes auf: Nur wenige Beiträge beziehen sich explizit auf die Erwerbstätigkeit von Frauen und die Frage, welche Konsequenzen fehlende Betreuungseinrichtungen für diese hätten. Zudem findet keine Diskussion über die Rolle von Männern in der Kinderbetreuung statt. Das Thema wird weiterhin ausschließlich mit Frauen assoziiert. Dies zeigt sich symptomatisch bei der Bevollmächtigten der Regierung für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Izabela Jaruga-Nowacka, die in einer Rede vom 29. Oktober 2003 betont, dass es keinen Zweifel gebe, dass Männer und Frauen grundsätzlich unterschiedlich seien. Deshalb sei es notwendig, dass mehr Frauen im Sejm säßen, die bestimmte (Frauen)Themen aufgriffen, wie die Betreuung von Kindern in Kindergärten.[145]

Diese diskursive Verknüpfung von Frauen mit der Kindererziehung ist bei denjenigen Abgeordneten umso stärker ausgeprägt, die den Rückgang staatlicher Betreuungseinrichtungen begrüßen. So stellt zwar auch Stanisław Kracik (UD) fest, dass das Kindergartennetz ausdünne, doch sei dies an sich nichts Schlechtes: »Ich sehe nichts Falsches daran, Herr Kalbarczyk, dass eine junge Mutter ihr Kind allein erzieht. Ich denke, dass ihr nichts Besseres passieren kann.«[146] Auch Urszula Wachowska (AWS) betont, dass die meisten Frauen zu Hause bleiben und ihre Kinder erziehen wollten. Dafür müsse der Staat die Bedingungen schaffen.[147] Neben dieser Argumentation, die behauptet, das ›Zuhausebleiben‹ diene vor allem auch dem Wohle der Mutter, wird das Wohl des Kindes angeführt. Andrzej Gąsienica-Makowski (BBWR) führt zunächst aus, dass die Familie in Polen eine Mehrgenerationenfamilie sei, in der die Mutter die wichtigste Rolle einnehme. Sie sei wichtig für Bräuche, Erziehung und Geschichte, und die Wirtschaft müsse sich daran ausrichten.[148] Er stellt damit alle Frauen in die mariologische (und oft genug martyrologische) *Matka Polka*-Tradition. Diese Argumentationslinie existiert über den

142 Poseł Krzysztof Baszczyński: 3 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18 i 19 listopada 1993 r., S. 97f.

143 Poseł Ireneusz Skubis: 87 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28, 29 i 30 sierpnia 1996 r., S. 335f.

144 Poseł Zofia Wilczyńska: 22 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 9, 10 i 11 czerwca 1994 r., S. 50f.

145 Pełnomocnik Rządu do Spraw Równego Statusu Kobiet i Mężczyzn Izabela Jaruga-Nowacka: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28, 29 i 30 października 2003 r., S. 150f.

146 Poseł Stanisław Kracik: 22 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 9, 10 i 11 czerwca 1994 r., S. 55. »Nie widzę, panie pośle Kalbarczyk, niczego zdrożnego w tym, że młoda matka sama wychowuje swoje dziecko. Myślę, że nic lepszego jej spotkać nie może.«

147 Poseł Urszula Wachowska: 62 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 3, 4 i 5 listopada 1999 r., S. 137.

148 Poseł Andrzej Gąsienica-Makowski: 34 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 października 1994 r., S. 77f.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gesamten Untersuchungszeitraum. So betont Krzysztof Oksiuta (PO) 2001, wie froh er sei, dass es immer weniger Kindergärten gebe. Es gehe bei der Kinderbetreuung nicht in erster Linie um Arbeitsrechte (für Frauen), sondern um das Wohl des Kindes. Insbesondere in der ersten Lebensphase könne nur die Mutter dem Kind geben, was es benötige.[149] Mit seinem Verweis auf Arbeitsrechte möchte er sich wohl unter anderem von der Volksrepublik distanzieren. Auch Jan Chmielewski (AWS) fragt den Berichterstatter der Regierung nach dessen Ausführungen zur Lage der Familie: »Kennen Sie die psychologischen und pädagogischen Erkenntnisse über den unschätzbaren Wert eines ruhigen Aufenthalts im Haushalt einer Mutter, die sich direkt um ihr Kind kümmert?«[150] Urszula Wachowska (AWS) argumentiert, dass es weniger »Pathologien« gebe, wenn die Mutter zu Hause bleibe, zudem sei eine Erziehung durch die Mutter generell die beste und billigste Form.[151] An anderer Stelle geht die Abgeordnete noch weiter und beklagt, dass Familien, in denen die Kinder von einer Mutter zu Hause erzogen werden, diskriminiert würden, da sie nicht so viel Geld hätten wie Familien, in denen die Frau arbeiten gehe. Deshalb müsse sich diese oft zwischen einer »guten Erziehung zu Hause« und einem auskömmlichen Einkommen entscheiden. Die Folgen der Missachtung dieses »Naturgesetzes« (der Erziehung durch die Mutter) seien aus Sicht der Abgeordneten dramatisch. So führe der Mangel an Zärtlichkeit durch die Mutter »zum Zusammenbruch der Familien, zur Zunahme der Zahl der Sozialwaisen, zur Notwendigkeit, Kinderheime zu unterhalten, zur Zunahme der Jugendkriminalität und schließlich dazu, dass die Kinder keine Vorbilder haben, an denen sie die Tugenden des Familienlebens lernen können, weil es kein wirkliches Zuhause gibt.«[152] Kurz gesagt stehe und falle das Wohl der Menschheit mit der Frage, ob Kinder primär von ihren Müttern betreut werden.

Die Debatte ähnelt nicht zufällig derjenigen über die Frage der Zulassung des Schwangerschaftsabbruchs, zumal beide anhand von ›Kindern‹ und Erziehung die Zukunft der polnischen Nation verhandeln. So führen auch hier zahlreiche Abgeordnete neben dem Wohl des Kindes die Familie und vor allem die Nation als Argument an. Ewa Mańkowska (AWS) fordert etwa, dass die Mutter ihre Kinder »über Jahre« betreuen solle, da dies für die Kinder und die Familie von Vorteil sei,[153] während Zofia Krasicka-Domka (AWS) betont, dass Frauen, die sich um ihre Kinder kümmerten, stärker unterstützt werden müssten. Dies sei wichtig für den Staat, da Kinder keine Privatsache, sondern Volksvermögen (*bogactwo narodowe*) seien.[154] Der Abgeordnete Roman Giedrojć (ZChN)

149 Poseł Krzysztof Oksiuta: 8 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 13, 14, 17 i 28 grudnia 2001 r., S. 64f.

150 Poseł Jan Chmielewski: 64 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18, 19 i 20 listopada 1999 r., S. 212. »Czy znana jest panu wiedza psychologiczna i pedagogiczna o tym, jak bezcenną wartością jest spokojny pobyt w domu matki sprawującej bezpośrednią opiekę nad dzieckiem?«

151 Poseł Urszula Wachowska: 73 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 15, 16 i 17 marca 2000 r., S. 300f.

152 Dies.: 105 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 27, 28 i 29 marca 2001 r., S. 9–12.

153 Poseł Ewa Mańkowska: 36 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 25 i 26 listopada 1998 r., S. 38f.

154 Poseł Zofia Krasicka-Domka: 29 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22 i 23 września 1998 r., S. 72f.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

möchte die Kinderbetreuung durch die Mutter stärker unterstützen und deshalb Arbeitsschutzmaßnahmen für Frauen ausbauen. Zudem fordert er die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs, damit die Frau länger ihren »Pflichten als Mutter« nachgehen könne. Dies würde vor allem der Geburtenrate und damit der Wirtschaft sowie der Nation zugutekommen.[155] Marian Piłka (PiS) wirft schließlich allen, die nicht einsähen, dass ein Kind mindestens drei Jahre bei seiner Mutter bleiben müsse, vor, antinational, landesfeindlich und ›degeneriert‹ (*zdegenerowany*) zu sein. Schon die Römer und Griechen seien wegen fehlenden Nachwuchses untergegangen, und dies drohe nun auch Polen.[156] Dieses Statement ist ein gutes Beispiel, wie gerade ›Geschichtswissen‹ genutzt wird, um vermeintliche ›Normalitäten‹ in Fragen der Geschlechterrollen zu begründen, die so historisch nie existierten.[157]

Trotz des genannten Beitrags fällt auf, dass das Thema der öffentlichen Kinderbetreuung insgesamt wenig diskutiert wurde, bedenkt man den katastrophalen Zustand, in dem sich das System in den 1990er Jahren befand. Auch im Vergleich mit der Legislaturperiode von 1989 bis 1991 und der Volksrepublik spielt es eine geringere Rolle. Insbesondere der linke Teil des Parlaments widmet diesem Thema deutlich weniger Aufmerksamkeit als zuvor. Ein Grund dafür könnte die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes sein. Alle Regierungen sparten – wie ich noch zeigen werde – in diesem Bereich Geld ein und es ist zu vermuten, dass das Thema auch deshalb nur selten auf der politischen Agenda stand. Ein weiterer Grund könnte der massive öffentliche Druck zu Beginn der 1990er Jahre sein, alles, was wie staatliche Kinderbetreuung kommunistisch konnotiert war, abzulehnen. Die SLD konnte also gerade in dieser Frage bis zu einem gewissen Grad beweisen, dass sie sich ›entkommunisiert‹ hatte und der neue Staat auch ihr Staat war.

Die Ausgestaltung der privaten (häuslichen) Betreuung war ebenfalls Thema im Sejm, beispielsweise anhand der Frage, wer Erziehungsgeld bekommt. Einige der Abgeordneten, wie Maria Dmochowska (UD), begrüßten, dass nach einer Gesetzesänderung 1993 Erziehungsgeld nun auch für Väter ausgezahlt werden konnte.[158] Ihr Parteikollege Jan Lityński (UD) hob als Berichterstatter des Ausschusses für Sozialpolitik ebenfalls positiv hervor, dass ab 1993 neben dem Erziehungsgeld auch Betreuungsgeld (für die Pflege eines kranken Kindes) an den Vater gehen könne und nicht, wie bisher, nur mit Zustimmung der Mutter. Der Abgeordnete begründet diese Streichung damit, dass das Gesetz zuvor Männer wie Frauen diskriminiert habe.[159] Jolanta Banach (SLD) beklagt in ihrer Rede vom 26. Oktober 1995 hingegen, dass es nach wie vor Probleme gebe. So begrüßt sie zwar die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, indem nun

155 Poseł Roman Giedrojć: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 4, 5, 6 i 9 listopada 1998 r., S. 149f.

156 Poseł Marian Piłka: 57 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16, 17, 18 i 19 września 2003 r., S. 62–64.

157 Scott: Gender, S. 43.

158 Poseł Maria Dmochowska: 42 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 15, 16, 17, 28 i 29 kwietnia 1993 r., S. 29f.

159 Poseł Jan Lityński: 42 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 25 i 26 października 1993 r., S. 25–27.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Vater und Mutter den Erziehungsurlaub gleichberechtigt in Anspruch nehmen könnten, kritisiert aber, dass noch immer eine Ungleichbehandlung bestehe, da Frauen mit Kindern unter vier Jahren weiterhin weder nachts arbeiten noch Überstunden machen dürften, Väter hingegen schon, außer sie seien alleinerziehend. Sie fordert deshalb, alle Leistungen und Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer anzugleichen. Nur dann sei die Aufteilung der Verantwortlichkeiten in der Familie frei von Diskriminierung.[160] Sie verknüpft hier somit als eine von wenigen Abgeordneten Fragen der Care- und der Erwerbsarbeit.

In der Debatte zeigt sich, dass viele Abgeordnete zwar die Gleichstellung beim Erziehungsgeld begrüßen, aber auch deutlich machen, dass es für die Mutter gedacht sei.[161] Beispielsweise hebt Urszula Wachowska (AWS) positiv hervor, dass Männer das Erziehungsgeld theoretisch in Anspruch nehmen können, geht allerdings davon aus, dass nur Frauen dies praktisch auch tun. Interessant ist zudem ihre Begründung für eine in diesem Zuge geforderte Erhöhung des Erziehungsgeldes, die dazu führe, dass »100.000 durch Frauen besetzte Arbeitsplätze frei werden« – Arbeitsplätze, die nun von Männern eingenommen werden könnten.[162] Auch sie verknüpft also Fragen der Care- und der Erwerbsarbeit und plädiert für eine stärkere Aufteilung der Arbeit anhand von ›Geschlechtergrenzen‹.

Schließlich wurde im Rahmen der Debatten über den sogenannten Mutterschutz bzw. ›Mutterschaftsurlaub‹ ausgiebig über das Thema Kinderbetreuung und Erziehung diskutiert, vor allem zwischen 1997 und 2001. Hintergrund war eine Diskussion über die Frage, ob der obligatorische ›Mutterschaftsurlaub‹ sechs Monate dauern sollte und ob es Vätern mit Einverständnis der Mutter erlaubt sein sollte, drei davon in Anspruch zu nehmen. Bisher hatte dieser beim ersten Kind 16 und beim zweiten 18 Wochen betragen und war ausschließlich der Mutter vorbehalten gewesen.

Jacek Szczot (ZChN) argumentiert, dass sechs Monate für die Mutter obligatorisch sein sollten. Er begründet dies damit, dass die Mutter dann mehr Zeit mit dem Kind habe, ohne näher darauf einzugehen, warum dies für die Mutter oder das Kind vorteilhaft sei. Dies scheint aus seiner Perspektive völlig offensichtlich zu sein. Zudem betont er, dass Ängste vor einer beruflichen Benachteiligung von Frauen aufgrund des Mutterschutzes unbegründet seien, da dieser ein Recht auf Rückkehr an den Arbeitsplatz beinhalte. Ferner könnten Frauen die sechs Monate für eine Weiterbildung nutzen.[163] An anderer Stelle schlägt er sogar vor, dass die sechs Monate von den Frauen als »Freizeit« genutzt werden könnten,[164] und offenbart damit unfreiwillig sein Unwissen in Fragen der Kinderbetreuung. Ewa Sikorska-Trela (AWS) betont hingegen, dass um des Wohls des Kindes und der Mutter willen der Mutterschutz so lange wie nur möglich dauern

160 Poseł Jolanta Banach: 63 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 25, 26 i 28 października 1995 r., S. 182f.

161 Poseł Zofia Krasicka-Domka: 50 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 19, 20 i 21 maja 1999 r., S. 37.

162 Poseł Urszula Wachowska: 105. Sitzung Sejm, S. 9–12.

163 Poseł Jacek Szczot: 19 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28 i 29 maja 1998 r., S. 126.

164 Ders.: 97 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 10 i 11 stycznia 2001 r., S. 180.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sollte,[165] und Marek Jurek (PiS) argumentiert (mit gewohnt scharfer Rhetorik), dass ein Ende des Stillens nach drei Monaten zu schweren Schäden führe und wider Gott und die Natur sei.[166] Urzsula Wachowksa (AWS) kritisiert schließlich diejenigen SLD-Abgeordneten scharf, die nur die Mutter im Blick hätten:

> »Es handelt sich um eine Symbiose, und angesichts dieser egoistischen Sichtweise der Feministinnen ist es notwendig, darüber nachzudenken, welchen Nutzen das Kind aus dem Urlaub, der Mutterschaftsurlaub genannt wird, hat, das Kind, das eine Mutter hat, und die sich in dieser ersten Zeit persönlich und besonders sorgfältig um das Kind kümmern sollte. […] Deshalb ist es unerlässlich, dass die polnischen Frauen über die Mutterschaft unterrichtet werden und dass sie wissen, was ihre Pflichten sind.«[167]

Für Tadeusz Bernard Lewandowski (AWS) läuft eine Aufteilung des Mutterschutzes zwischen dieser und dem Vater dem »Recht des Kindes auf mütterliche Fürsorge« zuwider.[168] Schließlich argumentiert Tadeusz Cymański (PiS) mit dem persönlichen Glück jedes Einzelnen und betont, der größte Schatz im Leben eines jedes Menschen sei die »Bindung des Menschen an seine Mutter«.[169] Diese werde durch einen verkürzten Mutterschaftsurlaub zerstört.[170] Diese Begründungen ergänzen solche, in denen das übergeordnete Wohl betont wird. So ist Waldemar Mieczysław Sikora ebenfalls für einen sechsmonatigen Mutterschaftsurlaub, der aus seiner Sicht für das Funktionieren der Familie und der Nation notwendig sei, nicht zuletzt angesichts der demografischen Krise. Er betont:

> »Die direkte, fast ununterbrochene Anwesenheit der Mutter bei ihrem Kind in dieser frühesten Entwicklungsphase ist ein äußerst wichtiger Umstand, der die richtige geistige und körperliche Entwicklung des Kindes beeinflusst. Sie wird sich in der Zukunft auszahlen, indem sie psychologischen Traumata und tiefgreifenden negativen Erfahrungen vorbeugt, deren Auswirkungen, die oft so schmerzhaft sind, erst Jahre später,

165 Poseł Ewa Sikorska-Trela: 64 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18, 19 i 20 listopada 1999 r., S. 121.

166 Poseł Marek Jurek: 26 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dniach 17, 18 i 19 lipca 2002 r., S. 31f.

167 Poseł Urszula Wachowska: 97 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 10 i 11 stycznia 2001 r., S. 181. »Jest to symbioza i trzeba koniecznie w świetle tego egoistycznego patrzenia pań feministek zastanowić się nad tym, jakie korzyści z urlopu, który nazywa się macierzyński, ma dziecko, dziecko, które ma matkę, i która powinna się nim w tym najmłodszym okresie najtroskliwiej osobiście opiekować. […] Dlatego trzeba koniecznie nauczyć polskie kobiety macierzyństwa i tego, żeby wiedziały, jakie obowiązki.«

168 Poseł Tadeusz Bernard Lewandowski: 112 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 4 i 5 lipca 2001 r., S. 130f.

169 Das obsessive Verhältnis vieler männlicher Abgeordneter zu ihrer eigenen Mutter wäre Thema für ein eigenes Buch.

170 Poseł Tadeusz Cymański: 8 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 13, 14, 17 i 18 grudnia 2001 r., S. 319f.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> im Jugend- und jungen Erwachsenenalter, zu beobachten sind. Eine Mutter sollte so lange wie möglich bei ihrem Kind sein.«[171]

Auch Andrzej Wojtyła (SKL) hebt den demografischen Aspekt hervor und führt eine »geopolitische Komponente« des Mutterschutzes an (es geht ihm um die Größe der polnischen Bevölkerung).[172] Zofia Krasicka-Domka (LPR) tut es ihm gleich und scheint ebenfalls davon überzeugt, dass ein verlängerter Mutterschutz das »Demografieproblem« nachhaltig lösen werde;[173] gleiches gilt für Marian Piłka (PiS).[174]

Andere Abgeordnete argumentieren stärker mit dem Wohl der Mutter. So hebt Anna Sobecka hervor, dass ein längerer Mutterschutz auch für die Mutter wichtig sei, ihr »Sicherheit« gebe und zu einer höheren Arbeitseffizienz in der Wirtschaft führe. Letzteres begründet sie folgendermaßen: »Ein Kind ohne mütterliche Betreuung zu lassen, schränkt die volle Verfügbarkeit der Mutter ein, da ihre Gedanken bei dem Kleinen bleiben, was sich natürlich auf ihre Arbeitseffizienz auswirkt.«[175] Eine ambivalente Position vertritt Elżbieta Radziszewska (UW). Sie ist zwar einerseits der Ansicht, dass ein verlängerter Mutterschutz Vorteile für Mutter und Kind habe, betont aber andererseits, dass er ein Risiko von Benachteiligungen am Arbeitsplatz nach sich ziehe. Sie plädiert deshalb dafür, einen Ausschuss zu dem Thema zu gründen, um herauszufinden, welche Variante den »Nutzen auf nationaler Ebene« am meisten erhöhe.[176]

Erneut kommt der Kindsvater (mit wenigen Ausnahmen) nicht vor. Lediglich Teresa Liszcz (AWS), eine vehemente Gegnerin der Möglichkeit zur Aufteilung des Mutterschaftsurlaubs, betont, dass, »bei allem Respekt vor der Vaterschaft und der Rolle des Vaters in der Familie«, sich die Mutter »in der ersten Lebensphase« um das Kind kümmern solle.[177] Hier bestätigt sich, was sich Joan Scotts zufolge im Geschlechterdiskurs oft zeigt: »these normative statements depend on the refusal […] of alternative possibilities.«[178]

---

171 Poseł Waldemar Mieczysław Sikora: 19 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28 i 29 maja 1998 r., S. 91–93. »Otóż bezpośrednia, nieomal ciągła obecność matki przy dziecku w tym najwcześniejszym okresie rozwoju jest niezwykle istotną okolicznością wpływającą na prawidłowy jego rozwój psychiczny i fizyczny. Będzie procentować ona w przyszłości brakiem urazów psychicznych i głębokich negatywnych przeżyć, których skutki, często tak bolesne, obserwujemy po latach, w wieku dojrzewania i młodości. Matka powinna być ze swoim dzieckiem jak najdłużej.«

172 Poseł Andrzej Wojtyła: 19 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28 i 29 maja 1998 r., S. 110f.

173 Poseł Zofia Krasicka-Domka: 7 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 4 i 5 grudnia 2001 r., S. 183f.

174 Poseł Marian Piłka: 8 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 13, 14, 17 i 18 grudnia 2001 r., S. 320.

175 Poseł Anna Sobecka: 19 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28 i 29 maja 1998 r., S. 95f. »Pozostawienie dziecka bez opieki matki zakłóca jej pełną dyspozycyjność, gdyż myślami pozostaje ona przy swoim maleństwie, co w sposób oczywisty odbija się na efektywności pracy.«

176 Poseł Elżbieta Radziszewska: 19 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28 i 29 maja 1998 r., S. 93f.

177 Poseł Teresa Liszcz: 102 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28 lutego oraz 1, 2 i 8 marca 2001 r., S. 80f.

178 Scott: Gender, S. 43.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Andere Abgeordnete sind gegen eine Verlängerung oder für die Möglichkeit einer Aufteilung des Mutterschutzes. Adam Stanisław Szejnfeld (UW) begründet dies mit den Kosten einer Ausweitung des Mutterschutzes, der in Polen im internationalen Vergleich bereits sehr lang sei. Das Geld solle besser anders verwendet werden. Ferner befürchtet er, dass es so für Frauen noch schwieriger werde, einen Arbeitsplatz zu finden. Er stellt zudem infrage, ob eine Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs tatsächlich die von vielen konstatierte demografische Wende bringe.[179] Und er ist es auch, der im Namen seiner Partei den Antrag stellt, dass neben 16 obligatorischen Wochen für die Mutter die restlichen fakultativ sein sollten und auch der Vater diese in Anspruch nehmen können sollte.[180] Seine Parteifreundin Barbara Imiołczyk betont ebenfalls, dass alles andere Diskriminierung und Ungleichbehandlung sei.[181] Dieser Vorschlag sowie die Argumentation wird auch von Stanisław Brzózka im Namen der PSL unterstützt.[182] Aufschlussreich ist, dass die Abgeordneten in diesem Kontext nicht für mehr staatliche Kinderbetreuung plädieren, sondern letztlich für eine *double burden* aus Care- und Erwerbsarbeit.

Auch Krystyna Cencek (SLD) spricht sich für einen sechsmonatigen Mutterschaftsurlaub aus, möchte aber ebenfalls drei Monate davon fakultativ ansetzen, aus Sorge um die Arbeitsmarktchancen von Frauen.[183] Diese Sorge scheint durchaus berechtigt, wurden doch Frauen nach dem Ende des Mutterschutzes nicht selten arbeitslos.[184] Zugleich betont sie, dass für die Kinder sechs Monate am vorteilhaftesten seien.[185] Ähnlich argumentiert Renata Szynalska (SLD), die sich zwar für die Möglichkeit zur Aufteilung des Mutterschutzes ausspricht, zugleich aber betont, dass »jede Mutter in den ersten Lebensmonaten so lange wie möglich bei ihrem Kind sein möchte.«[186] Diese beiden Abgeordneten stehen für ein großes Lager innerhalb der Linken, das i. d. R. für eine Ausweitung der Sozialleistungen für Frauen und insbesondere Mütter plädiert. Dieses Lager sieht die Kindererziehung als ›natürliche‹ weibliche Aufgabe, die vom Staat unterstützt werden müsse, und wendet sich oft gegen ein männliches ›Eindringen‹ in diese Sphäre. Dieses essentialistische Geschlechterbild steht dabei durchaus in der Tradition volksrepublikanischer Geschlechterpolitik, d. h. einer Förderung von Frauen anhand ihrer vermeintlich ›natürlichen‹ Rollen und Bedürfnisse, und geht mit einer gewissen Entmündigung von Frauen einher.

Anders argumentiert Maria Gajecka-Bożek (SLD) mit ihrer Frage, ob der Mutterschutz (nach einer Erholungsphase im Anschluss an die Geburt) Pflicht oder Privileg sei.

---

179 Poseł Adam Stanisław Szejnfeld: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 4, 5, 6 i 9 listopada 1998 r., S. 152f.

180 Ders: 93 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 6, 7 i 8 grudnia 2000 r., S. 52.

181 Poseł Barbara Imiołczyk: 111 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 19, 20, 21 i 22 czerwca 2001 r., S. 165.

182 Poseł Stanisław Brzózka: 111 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 19, 20, 21 i 22 czerwca 2001 r., S. 165f.

183 Poseł Krystyna Cencek: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 4, 5, 6 i 9 listopada 1998 r., S. 150f.

184 Kowalski: Feminismus, S. 306.

185 Poseł Krystyna Cencek: 33. Sitzung Sejm, S. 150f.

186 Poseł Renata Szynalska: 57 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16, 17, 18 i 19 września 2003 r., S. 64f.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Im letzteren Fall könne die Frau selbst entscheiden, ob sie dies wolle. Damit ist Gajecka-Bożek eine der wenigen Abgeordneten (auch innerhalb ihrer Partei), die die Entscheidung der Frau in den Mittelpunkt rückt. Darüber hinaus kritisiert sie die Behauptung, mehr Mutterschutz führe zu mehr Kindern. Aus ihrer Sicht würde eine sechsmonatige Zwangspause genau das Gegenteil bewirken.[187] Ähnlich wie sie argumentiert Jan Lityński (UW), der für die Möglichkeit einer Aufteilung des Mutterschutzes zwischen Vater und Mutter ist, sobald sich die Mutter von der Geburt erholt habe. Er begründet dies damit, dass eine Elternschaft gleiche Rechte und Pflichten für alle Elternteile bedeute. Ein Modell, das Frauen für die Kindererziehung und Männer für die Erwerbsarbeit verantwortlich mache, sei überholt.[188]

Nur wenige Abgeordnete aus dem linken und liberalen Lager plädieren für eine selbstbestimmte Wahl und Aufteilung von Arbeitsbereichen unabhängig vom Geschlecht. Begründet wird dies, wie auch im rechten Lager, mit dem Schutz des Kindes und der Mutter. Hierbei wird zusätzlich betont, wie wichtig die Einhaltung der ›natürlichen‹ Rollen für die demografische, moralische und vor allem nationale Zukunft Polens sei. Aber auch von der linksliberalen Seite des Parlaments werden mehrheitlich ›natürliche‹ Geschlechterrollen reproduziert. Zwar werden hier Frauen weniger zum Objekt stilisiert, das lediglich der ›Nation‹ dient, doch bleibt die Mutterschaft weithin ihre erste Identität. Letztlich gelten Frauen in dieser Argumentationslinie nach wie vor als eigene und schützenswerte Gruppe. Umgekehrt kommen Männer nur selten vor und wenn, dann wird ihnen generell die Fähigkeit abgesprochen, Kinder (bis zu einem gewissen Alter) adäquat betreuen zu können. Schließlich zeigt sich an den Debatten über Kinderbetreuung zwischen 1991 und 2004 vor allem die Persistenz der beschriebenen Narrative und des inhärent paternalistischen Diskurses. Auffällig ist, wie viel über Erziehungsgeld und Mutterschutz und wie wenig über staatliche Betreuungseinrichtungen diskutiert wird. Dieses Thema rückt im Vergleich zum vorherigen Jahrzehnt eindeutig in den Hintergrund. Die Ursachen dieser diskursiven Privatisierung der Kinderbetreuung sind einerseits im »conservative backlash«[189] der 1980er Jahren in Geschlechterfragen zu suchen und anderseits im Systemwechsel begründet. Die ›häusliche‹, d. h. ›weibliche‹ Care-Arbeit wurden also zu einem ideologischen Kulminationspunkt der ideellen Abwendung vom Kommunismus stilisiert, wobei andere Faktoren wie die Rolle der Kirche und finanzielle Zwänge ebenfalls eine Rolle spielten und noch zu diskutieren sein werden.

Erwerbsarbeit und Geschlecht

Über das Verhältnis zwischen Geschlecht und Erwerbsarbeit wurde von 1991 bis 2004 anhand ganz unterschiedlicher Themen diskutiert. Eine der grundsätzlichen Fragen war

187 Poseł Maria Gajecka-Bożek: 97 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 10 i 11 stycznia 2001 r., S. 178f.

188 Poseł Jan Lityński: 102 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28 lutego oraz 1, 2 i 8 marca 2001 r., S. 82.

189 Zok: Poland, S. 37.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - (cc) BY-NC

dabei, ob alle Geschlechter[190] gleichen Zugang zu jeder Arbeit haben sollten. Zu Beginn der 1990er Jahre wurde diese Frage in der Regel mit ›nein‹ beantwortet. So forderte Danuta Waniek (SLD) 1992 zwar, dass die Liste der für Frauen verbotenen Berufe überarbeitet werden müsse, indem sie dies mit der hohen Frauenarbeitslosigkeit begründete. Von einer grundsätzlichen Infragestellung der Verbote ist bei ihr allerdings keine Rede.[191] Ebensowenig beim Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik, Michał Boni (KLD), der nur betont, dass die Liste der für Frauen verbotenen Berufe revidiert und der Marktwirtschaft angepasst werde. Geschlechterspezifischen Stellenausschreibungen möchte er aufgrund des »Protests internationaler Institutionen« ein Ende setzen.[192] Bezüglich der Frage, ob bestimmte Berufe nur für Männer geeignet seien (umgekehrt findet dazu keine Diskussion statt), verändert sich über den Untersuchungszeitraum hinweg im linken und liberalen Lager die Debatte. So betont Izabela Jaruga-Nowacka als Bevollmächtigte der Regierung für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2004: »Der Arbeitgeber sollte den Arbeitnehmer lediglich darauf hinweisen, dass diese Art der Beschäftigung, diese Art von Arbeit negative Auswirkungen haben kann, wenn die Frau oder der Mann Zeugungspläne hat«,[193] und Danuta Polak (SLD-UD) beklagt, dass es noch immer Männer- und Frauenberufe gebe und sich diese Aufteilung zu langsam auflöse.[194]

Auf der anderen Seite des Parlaments ändert sich allerdings nur wenig in den Auffassungen von der grundsätzlichen Rollenaufteilung. Antoni Stanisław Stryjewski (LPR) reagiert auf die Forderung von Jaruga-Nowacka mit dem Vorwurf, dies sei »gegen die Ordnung Gottes im Schöpfungswerk« und »der Natur« und sie werde sich dafür eines Tages vor Gott verantworten müssen.[195]

Neben der Frage der Berufsverbote wird immer wieder über die Rolle und Bedeutung arbeitender Frauen in der polnischen Wirtschaft diskutiert. Maria Dmochowska (UD) beklagt diesbezüglich, dass, wenn im Sejm von Erwerbsarbeit die Rede sei, immer nur vom hohen Produktionspotenzial der Männer gesprochen werde, nie von dem der Frauen. Zugleich distanziert sie sich von Feministinnen, welche die »Überlegenheit der Frauen gegenüber den Männern« betonten. Sie hingegen sei für Gleichberechtigung.[196] Ganz anders Czesław Pogoda (Socjaldemokracja Polska, SDPL), der als selbsternannter

190 Wobei in der parlamentarischen Diskussion lediglich über Männer und Frauen gesprochen wird.

191 Poseł Danuta Waniek: 32 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 18 i 19 grudnia 1992 r., S. 117.

192 Sekretarz Stanu w Ministerstwie Pracy i Polityki Socjalnej Michał Boni: 32 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 18 i 19 grudnia 1992 r., S. 118–120.

193 Sekretarz Stanu w Kancelarii Prezesa Rady Ministrów, Pełnomocnik Rządu do Spraw Równego Statusu Kobiet i Mężczyzn Izabela Jaruga-Nowacka: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 2004 r., S. 493. »Pracodawca powinien po prostu uprzedzać pracownika, że ten typ zatrudnienia, ten rodzaj wykonywanej pracy może przynieść negatywne skutki, jeżeli kobieta lub mężczyzna mają plany prokreacyjne.«

194 Poseł Danuta Polak: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4, i 5 marca 2004 r., S. 461f.

195 Poseł Antoni Stanisław Stryjewski: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4, i 5 marca 2004 r., S. 486.

196 Poseł Maria Dmochowska: 57 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 24 i 25 sierpnia 1995 r., S. 30f.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Vertreter der Arbeitgeber:innen spricht und bezüglich der Arbeit von Frauen betont: »Ich weiß, dass Frauen in Kleinstädten in vielen Fällen nicht arbeiten wollen. Sie werden für 6 Monate angestellt, nach 6 Monaten kommen sie und sagen: Chef, ich will nicht arbeiten.« Der Abgeordnete führt dies darauf zurück, dass sie sich um Haushalt, Kinder und den Ehemann kümmerten und zu wenig verdienten, als dass sich Erwerbsarbeit lohne.[197] Erneut fällt auf, dass ausschließlich über die Erwerbsarbeit von Frauen diskutiert wird, während die Erwerbsarbeit von Männern unabänderliche Normalität zu sein scheint. Dies ändert sich erst im Zuge von Debatten über Gesetze zur Gleichberechtigung der Geschlechter, die in diesem Kapitel noch analysiert werden. Zudem verknüpfen viele Abgeordnete ›weibliche‹ Erwerbsarbeit mit ›weiblichen Rollen‹. So betont der Abgeordnete Bolesław Machnio (PSL) bezüglich der Pflege in einem Krankenhaus:

> »Die Krankenschwestern verrichteten diese Tätigkeit mit großer Zufriedenheit, fast mit einem Lächeln auf den Lippen, nicht für Geld, sondern mit viel Herzblut bei der Arbeit. Die so geleistete Arbeit ermöglichte es, die Kranken nicht vom Personal zu trennen – im Gegenteil, es entstand ein Band der innigen Freundschaft zwischen den Krankenschwestern und den Kranken.«[198]

An solchen Einstellungen gibt es jedoch auch Kritik. So spricht Krystyna Herman (SLD) ebenfalls über die Situation von Frauen im Gesundheitswesen, kritisiert aber, dass vor allem Krankenschwestern noch immer schlecht bezahlt würden.[199] Auch Izabella Sierakowska (SDPR) betont deren schwierige Situation, um die sich die Regierung kaum kümmere.[200] Zugleich kritisiert sie die Doppelstandards der Regierung bezüglich männlich und weiblich geprägter Wirtschaftsbereiche:

> »Bergleute, Rüstungsarbeiter, Eisenbahner protestieren mehrere Stunden lang und erreichen praktisch alles: Abfindungen, Lohnerhöhungen […]. Auf der anderen Seite werden Krankenschwestern, die drei Jahre lang protestieren und einen Mindestlohn verdienen, mit Arroganz, Respektlosigkeit und Unfähigkeit konfrontiert. Hoher Sejm! Die Schlussfolgerung ist einfach: Die Regierung hat Angst vor starken, von Männern dominierten Branchen. Die Regierung kämpft gegen Frauen.«[201]

---

197 Poseł Czesław Pogoda: 89 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 25, 26 i 27 września 1996 r., S. 284f.

198 Poseł Bolesław Machnio: 80 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 29, 30 i 31 maja 1996 r., S. 96f. »Panie pielęgniarki czynność tę wykonywały z ogromnym zadowoleniem, niemal z uśmiechem na ustach, nie za pieniądze, ale wkładając w swoją pracę bardzo dużo serca. Tak wykonywana praca pozwalała nie oddzielać chorego od obsługi – wprost przeciwnie, między pielęgniarkami a osobami chorymi zawiązywała się więź nieodłącznej przyjaźni.«

199 Poseł Krystyna Herman: 51 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18 i 19 czerwca 1999 r., S. 65f.

200 Poseł Izabella Sierakowska: 51 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18 i 19 czerwca 1999 r., S. 81.

201 Dies. 93 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 6, 7, i 8 grudnia 2000 r., S. 262. »Górnicy, pracownicy przemysłu obronnego, kolejarze protestują kilkanaście godzin i osiągają praktycznie wszystko: odprawy, podwyżki […]. Natomiast kobiety pielęgniarki, protestujące trzy lata, zarabiające minimalnie, spotykają się z arogancją, lekceważeniem, niemożnością. Wysoki Sejmie!

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - (cc) BY

Aus ihrer Sicht nehme die Regierung feminisierte Branchen generell nicht so ernst wie die männlich dominierte Industrie. Sie fragt lakonisch: »Haben die Proteste der Arbeiterinnen eine Chance, mit den Protesten der männlichen Beschäftigten gleichgestellt zu werden?«[202] Auch Jacek Kasprzyk (PPS) kritisiert in diesem Kontext, dass Frauen in keiner Branche die gleichen Privilegien wie Arbeiter in der Schwerindustrie hätten,[203] und Stanisław Łyżwiński (Samoobrona) betont, dass aufgrund der Umstrukturierungen in den Bergwerken vor allem Frauen, insbesondere die Ehefrauen von Bergleuten, ihre Arbeit verloren hätten.[204] Die Ungleichbehandlung feminisierter Branchen wurde also von Teilen der Abgeordneten erkannt und problematisiert. Dies änderte allerdings – wie ich anhand der vom Sejm in den 1990er und frühen 2000er Jahren implementierten Geschlechterpolitik noch zeigen werde – kaum etwas an der Praxis. Ähnliche Phänomene zeigen sich bis heute in Polen sowie in anderen europäischen Ländern.[205]

Eine weitere Debatte, anhand derer die Erwerbstätigkeit von Frauen verhandelt wurde, ist diejenige um die Frage der Sonntagsarbeit. Witold Tomczak (AWS) spricht sich gegen die sonntägliche Öffnung der Geschäfte aus, da dort vor allem Frauen arbeiteten, die sonntags bei ihren Familien sein sollten.[206] Auch Jacek Szczot kritisiert, dass Frauen, die gezwungen würden, sonntags zu arbeiten, in ihrer Wahlfreiheit für eine sogenannte familienzentrierte Lebensweise benachteiligt würden.[207] Beiden geht es dabei explizit um Frauen. Der Staatssekretär in der Staatskanzlei des Präsidenten der Republik Polen, Ryszard Kalisz, widerspricht hingegen den Befürworter:innen eines Ladenschlusses am Sonntag, indem er süffisant anmerkt, dass alle Frauen, die er kenne, gerne sonntags einkaufen gingen.[208] Hier zeigt sich exemplarisch, wie sozial- und wirtschaftspolitische Themen geschlechterpolitisch verhandelt werden.

Auch die Frage eines geschlechterspezifischen Renteneintrittsalters stand immer wieder auf der Agenda des Sejm. In diesen Debatten wurde stets auch die geschlechterspezifische Verteilung von Arbeit mitverhandelt. In der ersten Legislaturperiode (1991–1993) wurde vor allem ein Urteil des Verfassungsgerichtshofs diskutiert, welches das Hochschulgesetz, das eine Pensionierung von Wissenschaftlerinnen mit 60 Jahren verlangte, als zu strikt beurteilte. Herbert Szafraniec (LD) begrüßt dieses Urteil, da es

---

Wniosek jest prosty: Rząd boi się silnych branży opanowanych przez mężczyzn. Rząd walczy z kobietami.«

202 Ebd., S. 262f. »Czy protesty pracowników–kobiet mają szanse na równe traktowanie z protestami pracowników- mężczyzn.«

203 Poseł Jacek Kasprzyk: 51 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18 i 19 czerwca 1999 r., S. 106.

204 Poseł Stanisław Łyżwiński: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4, i 5 marca 2004 r., S. 483f.

205 Die politische und finanzielle Aufmerksamkeit, die beispielsweise den letzten noch verbleibenden Braunkohlearbeiter:innen (und Konzernen) in Deutschland zuteil wird, steht in krassem Kontrast zu der von Erzieher:innen in Kitas, deren Zahl etwa um den Faktor 40 höher ist.

206 Poseł Witold Tomczak: 64 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18, 19 i 20 listopada 1999 r., S. 244f.

207 Poseł Jacek Szczot: 105 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 27, 28 i 29 marca 2001 r., S. 76.

208 Sekretarz Stanu w Kancelarii Prezydenta RP Ryszard Kalisz: 65 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 1, 2 i 3 grudnia 1999 r., S. 117.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - (cc) BY

zu mehr Gerechtigkeit für Frauen mit Kindern führe.[209] Ebenso Teresa Liszcz (PC), die betont, dass die Verfassung die Gleichheit der Geschlechter garantiere und zudem nicht nachgewiesen sei, dass Frauen die Fähigkeit zu dieser Arbeit früher als Männer verlören, sodass es sich um eine geschlechterspezifische Diskriminierung handele. Ein niedrigeres Rentenalter für Frauen sei aber grundsätzlich gerechtfertigt, da diese für die Kinderbetreuung verantwortlich seien. Darüber hinaus heirateten Ehefrauen jünger als ihre Ehemänner und es sei wichtig, dass beide gleichzeitig in den Ruhestand träten; sie begründet dies allerdings nicht.[210] Das unterschiedliche Renteneintrittsalter bleibt bis 2004 ein Randthema und wird meist verteidigt. So sorgt sich der Abgeordnete Mieczysław Kasprzak (SLD) darum, dass bei einem späteren Renteneintritt von Frauen diese die Betreuung der Enkel nicht mehr übernehmen könnten.[211] Damit spricht er ein Thema an, das in den Debatten nur wenig diskutiert wird: die Verantwortlichmachung der Großmütter für die Erziehung der Enkel. Es war (und ist) unhinterfragte Norm, dass Frauen früher in Rente gehen, um sich um die Enkel zu kümmern. Dies erklärt zumindest teilweise die Tatsache, dass über das unterschiedliche Renteneintrittsalter kaum diskutiert wurde. Studien zu dem Thema im europäischen Vergleich kommen zu dem Ergebnis, dass konservativere Familienwerte mit einer höheren Wahrscheinlichkeit für eine Kinderbetreuung durch Großmütter einhergehen. Innerhalb der EU ist der Anteil von Kindern, die primär von den Großeltern (meist Großmüttern) betreut werden, in Griechenland, Italien, Ungarn, Österreich und Polen größten. Dies sind zugleich die Länder, in denen ein Zusammenleben der Generationen am verbreitetsten ist. Am niedrigsten sind die Werte in den skandinavischen Ländern und in Teilen Frankreichs.[212] Betrachtet man lediglich den Anteil der Großeltern, die sich (theoretisch) noch im erwerbsfähigen Alter befinden (hier definiert als 50 bis 69 Jahre alt) und sich täglich um ein Enkelkind kümmern, liegt Polen (Zahlen für 2009) mit 33,5 % für Großmütter vorn – vor Griechenland und Irland. In Tschechien (16 %) und Ungarn (20,1 %) liegen die Quoten deutlich niedriger. Diese Norm ist ebenfalls ein wichtiger (wenn nicht der entscheidende) Grund für das niedrigere Rentenalter von Frauen in Polen. Zu diesem Schluss kommen auch Christy Glass und Éva Fodor, die die Vergeschlechtlichung der Sozialpolitik in Ungarn und Polen nach 1989 untersuchten.[213] Die Norm bleibt dabei oft unhinterfragt oder wird als ›sinnvoll‹ oder ›selbstverständlich‹ verteidigt. Meine Interviewpartnerin Zuzanna Kamińska[214], eine aus Polen emigrierte Frau, die seit einigen Jahren in Deutschland lebt und arbeitet und in beiden Ländern Erfahrungen mit der Kinderbetreuung gemacht hat, betont:

209 Poseł Herbert Szafraniec: 7 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 i 31 stycznia oraz 1 lutego1992 r., S. 129.

210 Poseł Teresa Liszcz: 7 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 i 31 stycznia oraz 1 lutego 1992 r., S. 128.

211 Poseł Mieczysław Kasprzak: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 2004 r., S. 475f.

212 Jappens, Maaike/Van Bavel, Jan: Regional family norms and child care by grandparents in Europe, in: *Demographic Research* Vol. 27 (4/2012), S. 85–120, hier: S. 112f.

213 Glass/Fodor: Poland and Hungary, S. 342.

214 Pseudonym.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> »Natürlich ist die Oma-und-Opa-Institution in Polen sehr weit entwickelt. Wenn eine Frau [das Kind] früher bekommt, als es normal ist, nimmt die Oma sofort die Frührente in Anspruch und beschäftigt sich mit dem Kind. Sie macht das, weil sie will, dass die junge Mutter arbeiten kann.«[215]

Für sie ist dies ein positiver Aspekt der Kinderbetreuung in Polen, »der hier [in Deutschland] überhaupt nicht funktioniert.«[216] Im Weiteren präzisiert sie:

> »In Berlin ist es vielleicht so, dass die Großmutter vielleicht das Kind aus der Schule oder aus dem Kindergarten abholt. Aber in Polen ist es anders. Ich spreche von der Oma-Institution, weil es schon ähnlich einem Beruf ist, wenn man sich acht oder neun Stunden am Tag mit dem Kind beschäftigt. Das ist natürlich unglaublich viel Arbeit. Aber das funktioniert in Polen bis heute ziemlich gut.«[217]

Zuzanna Kamińska bestätigt mit ihrer Aussage die Norm der Kinderbetreuung durch die Großmutter, auch um den Preis der Frühverrentung, und hebt sie explizit als Vorteil der polnischen Gesellschaft hervor. Spricht sie zunächst von »Oma und Opa«, so ist es im Folgenden nur noch die Oma; ebenso bei meiner Interviewpartnerin Alicja Nowak.[218] Auch Zdzisława Janowska spricht dieses Thema an, als sie vom Rückbau der Kinderbetreuungseinrichtungen in Łódź berichtet. Ein Argument im Stadtrat, dem sie zu Beginn der 1990er Jahre angehörte, sei gewesen, dass dann eben die Großmutter das Kind betreuen oder aus der Kita abholen solle, wenn diese nur noch eine Grundversorgung anbot.[219]

Explizit diskutiert werden die geschlechterspezifischen Rollenverteilungen und Narrative im polnischen Sejm beim Thema Arbeit schließlich in den Debatten zur Frage, ob ein Gesetz zur Verhinderung von Diskriminierung und zur Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt eingeführt werden solle. Dies fand vor allem in den Sitzungen vom 18. Juni 1997 und vom 4. März 1999 seinen Niederschlag. In Letzterer betont der Abgeordnete Antoni Szymański (ZChN), dass er für die völlige Gleichberechtigung der Geschlechter sei, beharrt zugleich aber auf vermeintlich ›natürlichen‹ Geschlechterrollen. Ferner kritisiert er weitergehende gesetzliche Regelungen zur Gleichstellung, da es keine Diskriminierung von Frauen mehr gebe und eine solche Behauptung demagogisch sei. Zudem werde mit der Gleichstellungsforderung im Bereich der Arbeit der Wert einer Frau als Mutter und Ehefrau negiert.[220] Dem schließt sich auch sein Kollege Jan Wyrowiński (UD) an, der beklagt, dass der Sejm über Gleichberechtigung statt über wichtige Themen wie Korruption diskutiere.[221] Eugeniusz Januła (UP) ist wiederum ge-

215 Kamińska: Transkript, S. 4.

216 Ebd.

217 Ebd.

218 Interview mit Alicja Nowak. Digital (10.5.2023), S. 3f. Bei ihrem Namen handelt es sich um ein Pseudonym.

219 Janowska: Transkript, S. 8f.

220 Poseł Antoni Szymański: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3 i 4 marca 1999 r., S. 179–181.

221 Poseł Jan Wyrowiński: 64 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 8 i 9 listopada 1995 r., S. 125.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gen das Gesetz zur Gleichstellung, da dadurch Frauen bevorzugt würden; darüber hinaus sei es »natürlich«, dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt »eher auf Position zwei seien«, da sie »natürlich für die Kinder verantwortlich« und deshalb nicht immer verfügbar seien. Schließlich argumentiert der Abgeordnete, dass die Bildung der Frauen für Führungspositionen oft nicht ausreiche.[222]

Jan Chmielewski (AWS) kritisiert das geplante Gleichstellungsgesetz hingegen – vorgeblich im Namen der Frauen – mit folgenden Worten:

> »Was hat eine Ehefrau und Mutter davon, wenn sie eine Erwerbsarbeit außerhalb des Hauses aufnimmt, und was verliert das Familienleben dadurch? […] Ich glaube, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern nicht bedeuten kann – wie bereits erwähnt wurde – Männer (im Falle von Frauen) zu imitieren und umgekehrt, denn dies würde zu einer Verarmung ihrer selbst und der Gesellschaft durch die Deformation oder den Verlust von Werten führen, die sowohl für Frauen als auch für Männer einzigartig sind.«[223]

Seine Parteifreundin Zdzisława Kobylińska (AWS) betont ebenfalls die unterschiedlichen Aufgaben der Geschlechter:

> »Die Frau und der Mann haben zwei sozial und kulturell unterschiedliche Funktionen zu erfüllen, was nicht bedeutet, dass eines der beiden Geschlechter diskriminiert wird. Dass es schwierig ist, sich eine Frau als Bergarbeiterin oder Traktoristin vorzustellen, was wir in unserem Land schon durchgemacht haben, und dass wir eher Mitleid mit ihr haben sollten, wenn sie eine solche Arbeit verrichten würde, ist keine Diskriminierung der Frau, sondern Respekt vor ihr, Respekt. Und es wäre bedauerlich, wenn ein solches Verständnis von kulturellen, sozialen oder elementaren biologischen Rollen verzerrt würde.«[224]

Sie argumentiert »as if these normative positions were the product of social consensus rather than of conflict.«[225] Und auch der Bevollmächtigte der Regierung für Familienan-

222 Poseł Eugeniusz Januła: 109 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18, 19 i 20 czerwca 1997 r., S. 123f.

223 Poseł Jan Chmielewski: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r., S. 182f. »Co zyskuje żona i matka, podejmując pracę zawodową poza domem, a co z tego powodu traci życie rodzinne? […] Uważam, że równy status kobiety i mężczyzny nie może oznaczać – była już o tym mowa – w przypadku kobiet naśladownia mężczyzny i odwrotnie, gdyż prowadziłoby to do zubożenia ich samych oraz społeczeństwa poprzez deformację bądź utratę unikalnych, wyjątkowych zarówno w przypadku kobiety, jak i mężczyznywartości.«

224 Poseł Zdzisława Kobylińska: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r., S. 173f. »Kobieta i mężczyzna bowiem mają społecznie i kulturowo do spełnienia dwie różne funkcje, co nie oznacza bynajmniej, że któraś z płci jest dyskryminowana. To, że trudno sobie wyobrazić kobietę jako górnika czy traktorzystę, co już zresztą w naszym kraju przerabialiśmy, i że należałoby jej raczej współczuć, gdyby miała taką pracę wykonywać, nie jest przecież dyskryminowaniem kobiety, jest raczej respektem dla niej, szacunkiem. I niedobrze by się stało, aby takie rozumienie ról kulturowych, społecznych czy też wynikających z elementarnych racji biologicznych zostało wykoślawione […].«

225 Scott: Gender, S. 43.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gelegenheiten, Kazimierz Kapera, sorgt sich darum, dass ein Gesetz zur Gleichberechtigung »die Unterschiede zwischen den sozialen Rollen von Männern und Frauen« verwische und damit insbesondere junge Menschen in ihrer Identität verwirre.[226] Zudem betont er:

> »Männer und Frauen reagieren unterschiedlich, was mit physiologischen Unterschieden zusammenhängt. Der Unterschied in der Sensibilität, der Emotionalität und sogar der natürlichen Veranlagung für die Entwicklung bestimmter Fähigkeiten bedeutet, dass wir objektiv über verschiedene Veranlagungen sprechen können, bestimmte Berufe auszuüben. Die künstliche feministische Ideologie, die auf falschen anthropologischen Prämissen beruht, oder die Ideologie der sogenannten politischen Korrektheit versucht, die traditionelle, von der europäischen Kultur bestätigte Wahrheit zu negieren, dass es typisch weibliche und typisch männliche Berufe gibt. Frauen sind in Ersterem, Männer in Letzterem besser. Die künstliche Einführung von Frauen in Männerberufe wie den Bergbau, die Metallurgie und das Bauwesen ist wahrscheinlich ein Missverständnis der physischen und geistigen Struktur des weiblichen Organismus und bedroht ihr Leben und ihre Gesundheit.«[227]

Jacek Szczot betont schließlich, dass Gleichberechtigung aufgrund »der biologischen Fähigkeiten von Frauen und eines Männern« nicht möglich sei,[228] und Krystyna Grabicka (LPR) kritisiert unter Beifall:

> »Wir brauchen kein Amt für die Gleichstellung von Mann und Frau. Für die einen ist es Gott und für die anderen die Natur, die uns so geschaffen hat, dass es eine solche Gleichheit nicht gab, nicht gibt und nie geben kann.«[229]

---

226 Sekretarz Stanu w Kancelarii Prezesa Rady Ministrów Pełnomocnik Rządu do Spraw Rodziny Kazimierz Kapera: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r., S. 171–173.

227 Poseł Kazimierz Kapera: 62 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 3, 4 i 5 listopada 1999 r., S. 123f. »Kobiety i mężczyźni reagują inaczej, co jest związane z fizjologiczną odmiennością. Różnica wrażliwości, emocjonalności, a nawet naturalnych predyspozycji do rozwoju pewnych zdolności powoduje, że w sposób obiektywny możemy mówić o odmienności predyspozycji do wykonywania poszczególnych zawodów. Sztuczna, oparta na fałszywych przesłankach antropologicznych ideologia feministyczna czy ideologia tzw. politycznej poprawności usiłuje zanegować potwierdzoną przez kulturę europejską tradycyjną prawdę, że istnieją zawody typowo kobiece i typowo męskie. W pierwszych po prostu lepsze są kobiety, w drugich lepsi są mężczyźni. Sztuczne wprowadzanie, na siłę, kobiet do zawodów męskich, takich jak górnictwo, hutnictwo, budownictwo, jest chyba nieporozumieniem w stosunku do fizycznej i psychicznej konstrukcji organizmu kobiet oraz zagraża ich życiu i zdrowiu.«

228 Poseł Jacek Szczot: 107 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 24, 25 i 26 kwietnia 2001 r., S. 88f.

229 Poseł Krystyna Grabicka: 27 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 lipca 2002 r., S. 219f. »Nie jest nam potrzebny żaden urząd do spraw równouprawnienia mężczyzn i kobiet. Dla niektórych Pan Bóg, a dla innych natura stworzyli nas tak, że takiego równouprawnienia nie było, nie ma i nigdy być nie może.«

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Abgeordnete Halina Nowina Konopka (ZChN) hebt schließlich hervor, dass eine Ungleichbehandlung gerechtfertigt sei. Ein Gleichstellungsgesetz spiele lediglich die Geschlechter gegeneinander aus. Außerdem betont sie: »Nun, Arbeitgeber suchen oft nach Männern, weil sie für sie nützlicher sind. Sollen wir das Recht der Arbeitgeber einschränken, die für sie richtigen Mitarbeiter auszuwählen?«[230] Zudem zerstöre eine Gleichsetzung der Geschlechter letztlich die Psyche von Männern und Frauen.[231] Wie immer in diesen Debatten wird zuletzt noch der Vorwurf des Kommunismus erhoben. So betont Elżbieta Kruk (PiS), die Befürworter:innen der völligen Gleichstellung würden lügen wie das »Propagandalächeln der Traktorfahrerin Hela«.[232]

Die Argumente gegen die Einführung eines Gleichstellungs- bzw. Antidiskriminierungsgesetzes änderten sich zwischen 1991 und 2004 nur wenig. Über den gesamten Zeitraum werden dafür ›natürliche‹ Geschlechterrollen und Aufgaben angeführt. Es zeigt sich in der Argumentation der Abgeordneten, dass »gender is a constitutive element of social relationships based on perceived differences between the sexes.«[233]

Anders sieht es bei den Befürworter:innen eines Gleichstellungsgesetzes aus, indem sie sich teilweise von der Idee ›natürlicher‹ Aufgaben und Rollen in Abhängigkeit vom Geschlecht lösen. So setzt sich die Abgeordnete Teresa Jasztal (Ruch Ludzi Pracy, RLP) für das Gesetz zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern ein und kritisiert Debattenbeiträge, die die Darstellung einer arbeitenden Frau in einem Schulbuch als Bedrohung sehen würden. Sie betont, dass es sich bei diesem Gesetz nicht wie behauptet um eine radikalfeministische Forderung handele, sondern lediglich um den europäischen Standard.[234] Ähnlich argumentiert Anna Bańkowska (SdRP), die – nachdem sie sich zunächst vom Feminismus distanziert hat – betont, dass insbesondere die eklatanten Gehaltsunterschiede sowie die deutlich höhere Arbeitslosigkeit von Frauen das Problem verdeutlichten.[235] Auch Iwona Śledzińska-Katarasińska (UW) hebt die Relevanz des Gesetzes hervor, wenngleich sie mit dieser Position in ihrer Partei nur eine Minderheitsmeinung vertritt. Die ungleiche Entlohnung sowie die deutlich höhere Arbeitslosigkeit unter Frauen seien Tatsachen – umso mehr, wenn man den höheren Bildungsstand von Frauen einbeziehe.[236] Die Abgeordnete, die bereits in früheren Debatten als Befürworterin einer Antidiskriminierungsgesetzgebung aufgefallen war, setzte sich immer wieder für ein Ende arbeitsmarktspezifischer Benachteiligungen von Frauen ein. Diese zeigten

230 Poseł Halina Nowina Konopka: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r., S. 187.

231 Dies.: 50 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 11, 12 i 13 czerwca 2003 r., S. 232.

232 Poseł Elżbieta Kruk: 50 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 11, 12 i 13 czerwca 2003 r., S. 221–223. Traktoristinnen waren *das* Symbol der sozialistischen Arbeiterin in der Volksrepublik, welches vor allem im ersten Jahrzehnt des sozialistischen Staates oft auf Propagandaplakaten gezeigt wurde.

233 Scott: Gender, S. 42.

234 Poseł Teresa Jasztal: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r., S. 188–190.

235 Poseł Anna Bańkowska: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r., S. 181f.

236 Poseł Iwona Śledzińska-Katarasińska: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r., S. 169f.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sich daran, dass sie als Erste entlassen würden und für die gleiche Stelle bis zu 40 % weniger bezahlt bekämen als ihre Kollegen. Die Abgeordnete geht allerdings noch weiter und spricht über die Auswirkungen der Tatsache, dass Frauen für die Kinderbetreuung verantwortlich gemacht würden, auf deren Erwerbstätigkeit. Es sei in Zukunft nötig, auch Männer in die Diskussion über Gleichberechtigung einzubeziehen und für die Erziehung der Kinder (mit)verantwortlich zu machen. Gesetze seien das eine, es müsse aber auch ein grundlegendes Nachdenken über Geschlechterrollen stattfinden. Dies komme schließlich ebenso den Männern zugute, die beispielsweise bei Scheidungen benachteiligt würden, zumal ihnen fast nie das Sorgerecht für die Kinder zugesprochen werde.[237] Die Rede der Abgeordneten ist in mehrerlei Hinsicht bemerkenswert, spricht sie doch über die Bedeutung von Geschlechternarrativen für die Gleichberechtigung im Erwerbsmarkt und die Notwendigkeit, auch Männerrollen zu überdenken. Neben ihr sprachen (nur wenige) weitere Abgeordnete wie Teresa Jasztal (SLD) diese Themen an. Auch sie sieht in den existierenden Rollenbildern das eigentliche Problem der Diskriminierung und spricht sich für diesbezügliche Sensibilisierung und Aufklärung aus. So müssten sich Schulbücher ändern und vor allem müsse man aufhören, beispielsweise Jungen von frühester Kindheit an zu verbieten, mit Puppen zu spielen. Schließlich merkt sie hoffungsvoll an, dass sich dann vielleicht auch Männer dazu in der Lage fühlen würden, sich um kleine Kinder zu kümmern.[238] Sie geht hier also von sozial konstruierten Geschlechterrollen aus und negiert ›biologistische‹ Begründungen. An anderer Stelle fasst sie die aus ihrer Sicht grundlegenden Probleme nochmals wie folgt zusammen:

> »Besonders charakteristische Ausprägungen der Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt manifestieren sich auf drei Arten. Die erste ist die berufliche Segregation, die darin besteht, dass sich die Tätigkeiten von Frauen auf mehrere Beschäftigungsbereiche konzentrieren: Dienstleistungen, Bildung, Gesundheitswesen. Vielleicht ist das der Grund für die relativ niedrigen Löhne in diesem Haushaltsbereich. Die zweite ist die Diskriminierung von Frauen bei der Erwerbsarbeit, die durch die Forschung bestätigt ist und sich in den unterschiedlichen Löhnen für die Arbeit in gleichwertigen Positionen niederschlägt. Sie reicht, basierend auf verschiedenen Studien, von 10 bis 40 %, natürlich zugunsten von Männern. Der dritte Grund ist, dass Frauen zwei Vollzeitstellen haben, zu Hause und am Arbeitsplatz. Die alleinige Belastung von Frauen mit häuslichen Pflichten, ungeachtet ihrer beruflichen Tätigkeit, schränkt sie ein, gleichberechtigt mit Männern zu konkurrieren.«[239]

237 Dies.: 109 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18, 19 i 20 czerwca 1997 r., S. 114–118.

238 Poseł Teresa Jasztal: 109 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18, 19 i 20 czerwca 1997 r., S. 118–120.

239 Ebd., »Obszarach zatrudnienia: usługach, edukacji, służbie zdrowia. Może w tym trzeba właśnie szukać przyczyn relatywnie niskich płac w tej sferze budżetowej. Druga to dyskryminacja kobiet w zatrudnieniu potwierdzona badaniami, polegająca na różnicy w płacach za pracę na równorzędnych stanowiskach. Sięga ona, na podstawie różnych badań, od 10 do 40 %, oczywiście na korzyść mężczyzn. Trzecia to praca kobiet na dwóch etatach w domu i w zakładzie pracy. Obciążenie wyłącznie kobiet obowiązkami domowymi, mimo pracy zawodowej, ogranicza ich konkurowanie z mężczyznami na równych zasadach.«

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Machen diese Abgeordneten die in der Gesellschaft vorherrschenden Geschlechternarrative für die Diskriminierung von Frauen verantwortlich, so sieht Izabela Jaruga-Nowacka (UP) sie vor allem in der Volksrepublik und dem anschließenden Systemwechsel begründet. Erstere habe üppige Sozialleistungen gezahlt, die die Frauen nur unterstützt hätten, wenn sie sich um Kinder, Haushalt und Familie kümmerten. Diese würden nun unter den Bedingungen der Marktwirtschaft zum Nachteil von Frauen wirken, was sich vor allem an der höheren Arbeitslosigkeit von Frauen zeige.[240] Hinzu komme, dass noch immer Berufsverbote für Frauen bestünden, um deren Reproduktionsfähigkeit zu schützen. Zugleich sei völlig unklar, warum nicht auch Männer vor Unfruchtbarkeit geschützt werden müssten. Sei diese – so ihre ironische Bemerkung – dem Staat so unwichtig? Schließlich beklagt sie, dass alle weiblich konnotierten Berufe – selbst wenn sie viel Können und Bildung erforderten – schlechter bezahlt würden. Ihre Vorschläge lauten, dass es bei den Berufen völlige Gleichstellung geben sollte, Väter stärker in die Kinderbetreuung einbezogen werden müssten und die Arbeit von Frauen nicht mehr als unnötiger Luxus behandelt werden solle.[241] Die Abgeordnete Genowefa Wiśniowska (Samoobrona) führt dieselben Argumente an wie ihre Vorrednerin und betont ebenfalls die massive Diskriminierung von Frauen auf dem polnischen Arbeitsmarkt, die sich insbesondere in der höheren Arbeitslosigkeit sowie den niedrigen Löhnen manifestiere. Sie sieht allerdings den Systemwechsel als ursächlich dafür an und betont, dass dessen Last zu einem großen Teil von Frauen getragen werde.[242] Der Abgeordnete Andrzej Urbańczyk (SLD) spricht schließlich in Richtung derjenigen, die behaupten, es gäbe keine Diskriminierung:

> »Nimmt man die gesamte menschliche Arbeit als hundert, so werden 70 % der menschlichen Arbeit auf der Welt von Frauen geleistet. Nimmt man andererseits alle menschlichen Einkünfte als hundert, so entfallen 25 % auf Frauen. Und wenn man das Eigentum auf hundert setzt, dann machen Frauen 1 % des Eigentums aus. Und Sie glauben, das sei kein Problem? (Stimme aus dem Saal: ›Lüge‹).«[243]

Der Zwischenruf »Lüge«, der von einem oder einer namentlich nicht bekannten Abgeordneten des Sejm kam, zeigt, wie so oft, wie aggressiv die Reaktionen auf Diskriminierungsthemen waren. Wichtig ist, dass Abgeordnete aus dem linken und liberalen Lager, die eine Neuverhandlung von Geschlechterrollen auch im Bereich der Care-Arbeit fordern, weiterhin selbst in ihren eigenen Parteien nicht die Mehrheitsmeinung repräsentieren. Vielmehr bedeutet Gleichberechtigung für viele der Abgeordneten nach wie vor,

240 Vgl. dazu auch: Przybylska: Transkript, S. 6f.

241 Poseł Izabela Jaruga-Nowacka: 109 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18, 19 i 20 czerwca 1997 r., S. 122f.

242 Poseł Genowefa Wiśniowska: 50 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 11, 12 i 13 czerwca 2003 r., S. 225f.

243 Poseł Andrzej Urbańczyk: 62 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 3, 4 i 5 listopada 1999 r., S. 138. »Otóż gdyby całość ludzkiej pracy przyjąć za sto, to 70 % ludzkiej pracy na całym globie wykonują kobiety. Natomiast gdyby przyjąć za sto całość zarobków ludzi, to kobiety biorą 25 %. A jeżeli przyjmujemy własność za sto, to kobiety mają 1 % własności. I sądzicie, że nic ma problemu? (Głos z sali: Kłamstwo.)«

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dass Frauen ihren ›biologischen Pflichten‹ nachkommen und Karriere machen können. So ist sich Aleksander Małachowski (UP) sicher, dass »viele in der Lage sind, diese Dinge zu verknüpfen«.[244] Diese Propagierung einer *double burden* ist typisch für weite Teile des (links)liberalen Lagers und auch meine Interviewpartnerin Karolina Przybylska hebt positiv hervor, dass es aus psychologischen und soziologischen Gründen nur Frauen gelinge, alles gleichzeitig zu tun, d. h., sich um den Haushalt zu kümmern, zu arbeiten usw., kurz: ein »Multi-Tasking-Leben« (*takie wielozadaniowe życie*) zu führen.[245]

Neu ist an der Debatte zum Antidiskriminierungsgesetz, dass explizit über Rollenverteilungen gesprochen und Care-Arbeit einbezogen wird. Zudem werden dabei erstmals auch Männer in den Blick genommen, insbesondere in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums. Als Beispiel dient eine Rede von Jolanta Banach, für die Gleichberechtigung auch bedeutet, dass Männer ihre Kinder betreuen (dürfen).[246] Diese Position wurde zu Beginn der 1990er Jahre noch nicht vertreten. Außerdem wurde erst ab Mitte der 1990er Jahre darüber diskutiert, was Gleichberechtigung, wie sie in der polnischen Verfassung festgelegt war, überhaupt bedeutete. Im linken und liberalen Lager fällt in der Legislaturperiode von 2001 bis 2005 noch auf, dass immer häufiger der Beitritt Polens zur EU als Begründung für Gesetze gegen Diskriminierung angeführt wird. So betont etwa die Abgeordnete Małgorzata Winiarczyk-Kossakowska (SLD-UP), dass der Vertrag von Amsterdam im Jahr 1997 die Bekämpfung der Diskriminierung von Frauen zur Priorität erklärt habe. Sie beklagt, dass andere EU-Beitrittskandidaten wie Tschechien und Litauen solche Gesetze bereits implementiert oder wie die Slowakei und Estland zumindest verabschiedet hätten. In Polen müsse insbesondere dringend eine Stelle zur Überwachung der Gleichstellung eingerichtet werden, da daran auch EU-Mittel für Gleichstellungsprogramme geknüpft seien. Sie kritisiert zudem, dass über dieses Thema bereits 1997 diskutiert worden sei und sich Polen wie immer erst im letzten Moment zu einer Entscheidung durchringe.[247] Die Abgeordneten nutzten hier den proeuropäischen Diskurs aus, um sich als fortschrittlich zu präsentieren, ähnlich wie unter umgekehrten Vorzeichen die politische Rechte.[248]

Geschlechterbilder

Kamen Männer vor 1991 im Geschlechterdiskurs praktisch nicht (explizit) vor, so änderte sich dies in den 1990er Jahren marginal. Das zeigt sich zum einen an den (wenigen) bereits diskutierten Reden, die auch eine Einbeziehung von Männern in Care-Arbeit und damit einhergehend eine Veränderung der Männerrollen forderten. Zum anderen verweisen nun einige Abgeordnete auf die Forderungen sogenannter Väterverbände. Antoni Szymański (ZChN) berichtet beispielsweise vom Internationalen Kongresses »für die

244 Poseł Aleksander Małachowski: 39 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 8, 9 i 10 stycznia 2003 r., S. 83f.

245 Przybylska: Transkript, S. 6.

246 Poseł Jolanta Banach: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 2004 r., S. 444–447.

247 Poseł Małgorzata Winiarczyk-Kossakowska: 50 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 11, 12 i 13 czerwca 2003 r., S. 218–220.

248 Keinz: Polens Andere, S. 246.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Würde der Vaterschaft«, der vom 5. bis 7. November 1999 in Warschau stattfand. In seiner Rede wird die Rolle des Vaters zunächst ähnlich wie die der Mutter beschreiben. Szymański spricht von »eine[r] verantwortungsvolle[n], liebevolle[n] und fürsorgliche[n] […] Vaterschaft«, die zudem als »die größte Berufung im Leben« zu betrachten sei. Schließlich betont der Abgeordnete: »Du kannst stolz auf deine Vaterschaft sein«, und er hebt hervor, dass

> »die Familie das Zentrum des gesellschaftlichen Lebens ist und dass die Vaterschaft, wie die Mutterschaft, die Grundlage der Familie ist. Die Grundlagen wahrer Männlichkeit sind Liebe und Verantwortung für sich selbst und andere, die auch Voraussetzung für den Erfolg in der Ehe und damit für das Glück im Leben eines Mannes sind.«

Würde der Abgeordnete nicht eine christlich-nationale Partei vertreten, könnte man annehmen, er sei für eine Angleichung von Vater- und Mutterrollen. Das ist allerdings keineswegs der Fall. Worauf er mit seinen Ausführungen abzielt, ist vielmehr die »Wiederherstellung der Autorität des Vaters« und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (von Männern), da diese »die Autorität des Vaters stark beeinträchtigt«.[249] Schließlich sei der Vater aufgrund seiner ›natürlichen‹ Eigenschaften »für die Autorität«, die Mutter »für die Liebe« zuständig.[250] Adam Łoziński (PC) betont, »die Liebe der Mutter« und die »Autorität des Vaters« seien als Vorbild für die Kinder unabdingbar.[251] Diese Autorität scheine in den 1990er Jahren aber abhandengekommen zu sein. Auffällig ist in den genannten Reden, wie in fast allen aus dem rechten Spektrum, dass Männer den Entwicklungen der Gesellschaft immer ausgeliefert zu sein scheinen und nie für diese verantwortlich gemacht werden können. Vielmehr sind es ›die Feministinnen‹, ›die Gesellschaft‹, ›die EU‹ oder ›der Kommunismus‹, die für schuldig befunden werden. Zudem zeigt sich, dass sich fast jede Rede auf eine religiöse Begründung ›traditioneller‹ Männerrollen stützt. Schließlich sind es dieselben Parteien und Männer, die sich als Väter diskriminiert fühlen, die ständig betonen, aus ›natürlichen‹ Gründen könne sich nur eine Mutter um Kinder kümmern. Alicja Murynowicz (SdRP) kritisiert genau das, wenn sie betont, dass es die AWS-UW-Regierung sei, die durch ihre Maßnahmen die Vaterschaft in der Familie immer weiter marginalisiere.[252]

Wie in einigen Reden zum Thema Kinderbetreuung bereits deutlich wurde, finden sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre aber auch Abgeordnete, die in ihren Reden ganz grundsätzlich die Geschlechterordnung infrage stellen. So kritisiert Piotr Ikonowicz (PPS):

> »Die heutige dominante Rolle des Mannes in der Gesellschaft ist ein Relikt aus der Steinzeit […]. Ich möchte Ihnen sagen, dass Blondinenwitze, Witze über Frauen am

249 Poseł Antoni Szymański: 63 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 9, 12 i 16 listopada 1999 r., S. 156f.

250 Poseł Adam Łoziński: 29 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22 i 23 września 1998 r., S. 63.

251 Ders.: 5 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 11 i 12 grudnia 1997 r., S. 55f.

252 Poseł Alicja Murynowicz: 29 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22 i 23 września 1998 r., S. 51–54.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> Steuer Teil einer Ideologie sind, die den Vorrang einer Gruppe der polnischen Gesellschaft über eine andere verteidigen soll. Frauen werden als Minderheit behandelt, obwohl sie keine Minderheit sind. […] Die Frauen, die man im Fernsehen sieht und die den Durchbruch schaffen, mussten sich mit den männlichen Spielregeln abfinden. Ihre Ehemänner kümmerten sich nicht für sie um die Kinder.«[253]

Mirosława Kątna (SLD-UP) geht noch einen Schritt weiter und spricht über die Folgen dieser vorherrschenden Geschlechternarrative. So gebe es noch immer viele Verhaltensnormen, die die Gewalt von Männern gegenüber ihren Frauen rechtfertigten. Diese zeigten sich beispielsweise an Sprichwörtern wie »Wenn der Mann seine Frau nicht schlägt, verrottet ihre Leber« oder »Schlagen heißt lieben«. Dies werde von Abgeordneten reproduziert, die beispielsweise die Unauflöslichkeit der Ehe – auch bei häuslicher Gewalt – betonten,[254] was ebenfalls ein interessanter Untersuchungsgegenstand wäre, aber hier nicht im Detail behandelt wird. Grundsätzlich ist die Debatte ähnlich strukturiert wie die um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. So wird von den Gegner:innen eines ›liberalen‹ Scheidungsrechts verlangt, dass Frauen ›Opferbereitschaft‹ zum Wohle der Kinder und der Nation zeigten (deren Grundlage die ›vollständige‹ Familie sei); von Männern wird nichts explizit gefordert.[255] Auch Teresa Jasztal (SLD) sieht das Problem der Gewalt in den vorherrschenden Normen begründet:

> »Die Tatsache, dass die meisten Gesellschaften das Private als Domäne der Frauen und die Öffentlichkeit als Domäne der Männer betrachten, führte dazu, dass häusliche Gewalt erst in den 1990er Jahren wahrgenommen und als ernstes soziales Problem sowie als Verletzung der Menschenrechte angesehen wurde. Die Quelle häuslicher Gewalt ist die Ungleichstellung von Frauen und Männern, die in allen patriarchalen Gesellschaften verwurzelt ist.«[256]

Diese Reflexionen über die Ursachen häuslicher Gewalt sind etwas genuin Neues. Hier wird erstmals die Geschlechterhierarchie bzw. die patriarchale Gesellschaft an sich als ursächlich benannt. Allerdings finden sich diese Beiträge ausschließlich im linken und liberalen Spektrum. Auf der anderen Seite des Parlaments wird gerade diese patriarchale

253 Poseł Piotr Ikonowicz: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r., S. 178f. »Dzisiejsza dominująca rola mężczyzn w społeczeństwie to jest relikt z epoki kamienia łupanego […]. Chciałbym państwu powiedzieć, że dowcipy o blondynkach, dowcipy o kobietach za kierownicą są częścią ideologii, która ma bronić prymatu jednej grupy polskiego społeczeństwa nad drugą. Kobiety są traktowane jak mniejszość, chociaż przecież nie są mniejszością. […] Kobiety, które się pokazuje w telewizji, którym uda-ło się przebić, musiały zaakceptować męskie reguły gry. Mąż ich nie wyręczał w opiece nad dziećmi.«

254 Poseł Mirosława Kątna: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 2004 r., S. 467–469. »Gdy mąż żony nie bije, to jej wątroba gnije« und »Bije, to znaczy, kocha.«

255 Vgl. dazu: 29 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 5, 6 i 7 listopada 1992 r.

256 Poseł Teresa Jasztal: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r., S. 163–166. »Uznawanie przez większość społeczeństw sfery prywatnej za domenę kobiet, a sfery publicznej za domenę mężczyzn sprawiło, że dopiero w latach dziewięćdziesiątych dostrzeżono przemoc w rodzinie i uznano za poważny problem społeczny, a także łamanie praw człowieka. Źródłem przemocy w rodzinie jest zakorzeniony we wszystkich społecznościach patriarchalnych nierówny status kobiet i mężczyzn.«

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Geschlechterordnung als positiv für Frauen dargestellt. Häufigstes Argument dabei ist, dass Frauen doch viel höher geachtet seien als Männer. Der stellvertretende Sejmmarschall Franciszek Jerzy Stefaniuk (PSL) betont beispielsweise, dass es ihm schwerfalle, für Gleichberechtigung zu sein, da er Frauen immer höher geschätzt habe,[257] und Zbigniew Szymański (AWS) betont:

> »In der polnischen Tradition ist eine Frau ein Gegenstand (poln. *jest obiektem*) des besonderen Respekts für einen Mann. Sie wird vor dem Mann vorbeigelassen und auf die Hand geküsst. Kardinal Wyszyński schrieb in seinen Tagebüchern, dass sie derartigen Respekt verdiene, dass ein Mann immer aufstehen solle, wenn eine Frau vorbeigehe.«[258]

Schließlich zitiert Andrzej Fedorowicz (LPR) Kardinal Wyszyński mit den Worten: »Primas Wyszyński pflegte zu sagen: Wenn eine Frau eintritt, stehen Sie auf, denn eine Mutter tritt ein.«[259] Ähnlich Maciej Giertych (LPR):

> »Ich würde sogar noch weiter gehen und sagen, dass es bei uns Tradition ist, den Frauen besonderen Respekt zu zollen und sie mit besonderer Rücksicht zu behandeln. Wir glauben, dass Frauen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Funktion als Mütter und Ehefrauen einen besonderen Schutz und eine besondere Fürsorge seitens der Männer verdienen.«[260]

Frauen werden hier auch wörtlich zum Objekt von Männern; einem Objekt, dem Fürsorge und Respekt entgegengebracht werden solle. Begründet wird dies mit der ›gesellschaftlichen Funktion‹ als Mutter und Ehefrau. Zudem ist auffällig, wie Frauen hier zur Projektionsfläche männlicher Weiblichkeitsvorstellungen werden, die notwendig erscheinen, um Männlichkeit aufrechtzuerhalten. Diese entsteht erst durch die männliche Aufgabe, ›die Mutter‹ zu schützen und zu ehren. Fällt eine Frau aus dieser Idealisierung heraus, scheint es legitim, sie abzuwerten, wie zahlreiche sexistische Kommentare in den Sejmdebatten vermuten lassen. Ich möchte diese Bemerkungen, Witze oder persönlichen Angriffe hier nicht wiederholen. Festzuhalten ist, dass sie aus jedem politischen Lager kommen und oft der Verächtlichmachung des Redebeitrags einer Abgeordneten dienen. Die Mehrheit dieser Kommentare kommt von männlichen

257 Wicemarszałek Franciszek Jerzy Stefaniuk: 43 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 20, 21 i 23 stycznia 1999 r., S. 203.

258 Poseł Zbigniew Szymański: 62 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 3, 4 i 5 listopada 1999 r., S. 138. »W polskiej tradycji kobieta jest obiektem szczególnego szacunku mężczyzny. Jest przepuszczana przodem, całowana w rękę. Prymas Wyszyński w swoich pamiętnikach zapisał, że jest godna szacunku tak, że mężczyzna w każdym przypadku powinien wstawać, kiedy kobieta przechodzi.«

259 Poseł Andrzej Fedorowicz: 32 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 października 2002 r., S. 17f.

260 Poseł Maciej Giertych: 39 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 8, 9 i 10 stycznia 2003 r., S. 83. »Powiem więcej: zachowała się u nas tradycja specjalnego szacunku dla kobiet i traktowania ich ze szczególnymi względami. Uważamy, że kobiety z racji funkcji społecznych, jakie pełnią w roli matek i żon, zasługują na szczególną ochronę i troskę ze strony mężczyzn.«

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Abgeordneten, aber gerade bei den Debatten über Kinderbetreuung und das Recht auf Schwangerschaftsabbruch beleidigen auch viele weibliche Abgeordnete ihre Kolleginnen sexistisch.

Diskursive Leerstellen

Neben dem weitgehenden Fehlen eines Männerdiskurses gibt es weitere ›Nicht-Themen‹, die Schlussfolgerungen über den Geschlechterdiskurs im Sejm zulassen. So fällt auf, dass ständig über Mutterschaft oder Mütter gesprochen wird, diesbezügliche medizinische, sexuelle oder psychologische Aspekte aber nicht Teil des Diskurses waren, ebenso wenig wie die Geburt. Es scheint, als dürfe diese Profanität nicht den ›heiligen‹ Geburtsprozess beschmutzen. Dazu passt, dass auch die Mutter als individuelle Person nicht vorkommt. Weder wird über die körperlichen und psychischen Folgen sowie Risiken einer Schwangerschaft gesprochen noch über andere potenzielle Probleme wie postnatale Depressionen, die 10 bis 20 % der Gebärenden betreffen.[261] Hinzu kommt, dass (weibliche) Kinderlosigkeit ausschließlich als Problem thematisiert wird und freiwillige Kinderlosigkeit scheinbar nicht existiert. Wie tabuisiert alle negativen Aspekte von Mutterschaft sind, zeigte sich 2015 (bzw. 2016) auch in Deutschland (und anderen Ländern), als das Buch »Regretting Motherhood: Wenn Mütter bereuen«[262] der Soziologin Orna Donath massive Diskussionen und heftige Kritik auslöste. Die Autorin hatte Frauen befragt, die ihre Entscheidung, Mutter zu werden, bereuten. Dabei gaben alle Befragten an, dass sie ihre Kinder zwar liebten, aber die von der Öffentlichkeit zugeschriebene Mutterrolle als unangenehm oder inadäquat wahrnahmen und sich in Rollenerwartungen gefangen fühlten.

Ähnliches zeigt sich beim Thema der häuslichen Gewalt. So wie ›Mutterschaft‹ nur als abstraktes, romantisch verbrämtes Phantasma diskutiert wird, verhält es sich auch beim Themenkomplex ›Familie‹. Deshalb bleiben ›negative Aspekte‹ wie Gewalt vor allem auf der rechten Seite des Parlaments ein Tabu, das nur vereinzelt von einigen Abgeordneten aus dem linken und liberalen Spektrum ab Mitte der 1990er Jahre aufgegriffen wurde. Dieses ›Nicht-wissen-Wollen‹ zeigt sich bei weiteren Themen, etwa wenn in der Debatte über die Folgen des weitgehenden Verbots des Schwangerschaftsabbruchs 2001 von zahlreichen Abgeordneten behauptet wird, die Zahl der Abbrüche in Polen sei im Jahr 1999 auf 151 Fälle gesunken, was der offiziellen Zahl entsprach (einer davon aufgrund von Vergewaltigung).[263] Völlig unabhängig von der Positionierung in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs zeigen diese Zahlen jedoch nur, dass sich die Regierung hier einer Diskussion der Realität verweigerte, die von einer Vielzahl illegaler Abbrüche geprägt war.[264] Auch beim Themenkomplex Sexualität zeigt sich diese Verweigerung. So betont

261 Vgl. dazu: Gröhe, Friederun: Nehmt es weg von mir. Depressionen nach der Geburt eines Kindes. Göttingen 2003.

262 Donath, Orna: Regretting Motherhood: Wenn Mütter bereuen. München 2016.

263 Poseł Sprawozdawca Antoni Szymański: 98 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17 i 18 stycznia 2001 r., S. 209–211.

264 Zielińska: Reproductive Rights, S. 42f.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Witold Tomczak (AWS), dass er nicht nur für ein völliges Verbot des Schwangerschaftsabbruchs sei, sondern auch gegen Verhütung und Sexualaufklärung. Erstere sei »anstößig und beunruhigend« und reduziere den Sexualakt auf die Ebene des Konsums; letztere spreche über »sexuelle Freiheit« statt über »Aufopferung, Liebe, Selbstlosigkeit«.[265] Damit ist das Thema für ihn beendet und bedarf keiner weiteren Erörterung. Mit anderen Worten ignoriert diese Argumentation, die weitgehend der katholischen Lehre entspricht, schlichtweg die Lebensrealitäten. Die Debatten zeigen, dass die imaginierten Idealbilder von ›Familie‹, ›Mutterschaft‹ oder ›Ehe‹ als Normen konstruiert werden und zugleich zu Leerstellen im Diskurs über Geschlecht und Sexualität etc. führen. Vor allem ideale (romantisch konnotierte) Idealbilder werden im Geschlechterdiskurs verhandelt und konstruiert.

Aufschlussreich in Bezug auf diese Themen ist schließlich die reaktive Argumentation auf der linken Seite des Parlaments. Vor allem die politische Linke griff bei den diskutierten Themen fast ausschließlich Argumentationslinien der politischen Rechten auf.[266] Deutlich wird dies beim Thema Schwangerschaftsabbruch, zu dem fast alle Redner:innen, die gegen ein völliges Verbot waren, ausführlich erklärten, wie ›schlimm‹ sie Abbrüche ›ungeborenen Lebens‹ persönlich fänden.[267] Durchgängig rechtfertigten sie sich dafür, Schwangerschaftsabbrüche überhaupt erlauben zu wollen. Aber auch bei den Themen Kindererziehung, der gleichberechtigten Erwerbsarbeit oder bei Fragen des Eherechts verteidigten Abgeordnete aus dem linken und liberalen Spektrum lediglich den Status quo oder ließen sich auf Diskurse der politischen Rechten ein. Mit dem Ende des Staatssozialismus scheint auch das (vorläufige) Ende linker (und linksliberaler) Antworten auf die Grundfragen der Gesellschaft eingeläutet worden zu sein. Als Alternative schälte sich gerade in geschlechterpolitischen Fragen zunehmend ein (neo)liberaler Feminismus heraus, der im Zuge der Europäisierung Polens auch im ›linken‹ Lager Anklang fand und zum neuen Bezugspunkt wurde. Damit einher ging eine weitere Leerstelle, der soziale Bereich. So wurde zwar generell über Armut diskutiert und geschlechterspezifische Aspekte kamen beispielsweise anhand des Themas alleinerziehender Frauen zur Sprache, allerdings nur sehr selten. Meist dominierten moralische und kulturelle Fragen die Debatte. Probleme wie Arbeitslosigkeit und Armut von Frauen wurden nur von wenigen Abgeordneten beleuchtet und blieben Randthemen; ebenso intersektionale Aspekte von Ungleichbehandlung und Diskriminierung. So wurde etwa nicht über die Gründe für die hohe Arbeitslosigkeit junger Frauen gesprochen oder über die völlige finanzielle Abhängigkeit mitarbeitender Bäuerinnen. Die Liste ließe sich fortsetzen.[268]

Dafür können verschiedene Gründe vermutet werden. Einerseits nutzten liberale und linke Parteien andere Themen, um sich als fortschrittlich und demokratisch zu präsentieren, vor allem den Pro-EU-Diskurs.[269] Andererseits führte der virulente An-

265 Poseł Witold Tomczak: 37. Sitzung Sejm, S. 86f.

266 Zok: Biological Substance, S. 377.

267 Zielińska: Reproductive Rights, S. 27.

268 Zu einer grundsätzlichen Kritik daran vgl. Fraser, Nancy: Feminism, Capitalism, and the Cunning of History: An Introduction, in: *Cahiers Du Genre,* Vol. 50 (1/2012), S. 165–192.

269 Keinz: Polens Andere, S. 246.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tikommunismus in Polen nach 1989 dazu, dass es auch vonseiten linker Parteien zu einer Distanzierung von auch nur im Entferntesten als sozialistisch anmutenden Ideen kam.[270] Schließlich waren weite Teile der Führungsriege der polnischen Kommunist:innen in Geschlechterfragen seit Langem mehr am ›Klassenfeind‹ im Westen orientiert als an den selbstproklamierten Prinzipien der sozialistischen Emanzipation. Diese Einstellung setzte sich auch in den Nachfolgeparteien der PZPR durch und wurde seit den 1980er Jahren durch die aufkommenden neoliberalen Überzeugungen gestärkt.[271] Trotzdem sind SLD und UP die einzigen Parteien, die in ihren Wahlprogrammen der 1990er Jahre überhaupt über Frauen und von geschlechterspezifischer Diskriminierung sprachen.[272]

Schließlich bleiben alle von der binären Norm abweichenden geschlechtlichen Identitäten eine Leerstelle, die im Polnischen auch sprachlich ständig reproduziert wird. Zudem fällt die Heteronormativität des Diskurses auf, in dem wie selbstverständlich jede Familie und Ehe eine zwischen Mann und Frau ist. So wird Homosexualität nur selten thematisiert und wenn, dann meist als ›Schreckgespenst‹ seitens der politischen Rechten, die damit gegen den EU-Beitritt Polens agitiert.

Katholische Kirche

> »Was heute in Polen auffällt, ist das Wiederauftauchen von zwei Sprachen, nur dass die marxistische Sprache durch die katholische ersetzt wurde. […] Denn, seien wir ehrlich, die Menschen in Polen haben begonnen, sich vor Priestern zu fürchten, was kein gutes Zeichen ist.«[273]

Dieses Zitat des polnischen Literaturnobelpreisträgers Czesław Miłosz aus dem Mai 1991 scheint drastisch, beschreibt aber treffend das Unbehagen vieler Menschen über den enormen Machtzuwachs der katholischen Kirche zu Beginn der 1990er Jahre.[274] Ich möchte hier nur kurz über die katholische Kirche sprechen, änderte sich doch an der offiziellen Lehre des Episkopats bezüglich Geschlechterrollen nach 1991 nur wenig; nicht zuletzt, da der Papst derselbe blieb. Ebenso wenig änderte sich an der Tatsache, dass in praktisch allen Debatten, die sich mit Geschlechterrollen auseinandersetzten, religiöse Argumente omnipräsent waren. Dies traf keineswegs nur auf rechte oder konservative Parteien zu; vielmehr wurde auch vonseiten der SLD regelmäßig beispielsweise mit dem Papst argumentiert.[275] Auffällig ist, dass nach dem weitgehenden Verbot des Schwangerschaftsabbruchs versucht wurde, den Einfluss der katholischen Kirche auf andere

270 Vgl. Golinczak: Communism.

271 Vgl. Peters: Schocktherapie.

272 Fuszara: New Gender Relations, S. 278.

273 Miłosz, Czesław, in: *Kultura* Vol. 7/8 (1991), S. 3–11. »Co uderza w Polsce dzisiejszej, to ponowne pojawienie się dwóch języków, tyle że miejsce marksistowskiego zajął język katolicki. […] Bo, powiedzmy sobie szczerze, ludzie w Polsce zaczęli się księży bać, co nie jest dobrym znakiem.«

274 Zielińska: Reproductive Rights, S. 28.

275 Es ist dabei erstaunlich, wie es der Kirchenführung immer wieder gelang, sich so auszudrücken, dass verschiedene Personen völlig unterschiedliche Intentionen in eine Aussage hineinlesen konnten.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gesellschaftsbereiche auszudehnen – sei es beim Thema Religionsunterricht, der nach Ansicht vieler Abgeordneter ausgebaut werden sollte,[276] oder beim religiös begründeten Versuch, die Möglichkeit zur Scheidung einzuschränken.[277] Zudem begann die Kirche selbst (vor allem bei den Wahlen 1991 und 1993), aktiv bestimmte Kandidat:innen und Parteien zu unterstützen und trat dabei mitunter äußerst aggressiv auf.[278] Dominant blieb dabei das Thema des Schwangerschaftsabbruchs, wobei die katholische Kirche mit Unterstützung des Papstes immer wieder gegen eine Liberalisierung und für ein völliges Verbot warb.[279] Am extremsten war 1996 ihre Kampagne gegen jegliche Liberalisierung (und für eine Verschärfung) des Zugangs zu Schwangerschaftsabbrüchen. So betonte Kardinal Glemp in diesem Zuge, dass es für Abgeordnete, die für einen Zugang zu Abbrüchen stimmten, »keinen Platz am Altar geben könne«. Andere hohe Würdenträger sprachen selbigen Abgeordneten ab, für Polen sprechen zu können, oder verglichen den Widerstand der Kirche mit dem polnischen Widerstand im Zweiten Weltkrieg.[280]

Hinzu kamen die Forderung nach einem eingeschränkten Zugang zu Verhütungsmitteln und deren kontinuierlicher Verurteilung.[281] Damit hatte die Kirche durchaus Erfolg, lag doch die Nutzung von (künstlichen) Verhütungsmethoden in Polen noch Mitte der 1990er Jahre sehr niedrig. So gaben über 40 % der Menschen an, noch nie Verhütungsmittel genutzt zu haben, und eine ähnlich hohe Zahl gab religiöse Überzeugungen als Grund an,[282] ganz im Gegensatz beispielsweise zur Tschechischen Republik, wo die Nutzung verschiedener Verhütungsmethoden in den 1990er Jahren stark anstieg und normalisiert wurde.[283]

Krzysztof Zuba betont, dass die katholische Kirche in den späteren 1990er und 2000er Jahren vor allem als »quasi-institutional veto player« aufgetreten sei, d. h. sie versuchte, jede Änderung bei ihr wichtigen Themen zu blockieren. Zuba nennt als Beispiel die Themen Schwangerschaftsabbruch und das zwischen Polen und dem Vatikan ausgehandelte Konkordat. So habe die SLD nach ihrem erneuten Regierungsantritt 2001 das Thema Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs schlichtweg nicht mehr aufgegriffen. Zwar habe die katholische Kirche diesbezüglich keinen direkten Druck ausgeübt, aber die SLD habe befürchtet, dass sie gegen das EU-Referendum mobilisieren würde, falls das Thema Schwangerschaftsabbruch wieder aufgegriffen werde. Die Regierung habe sich also in vorauseilendem Gehorsam geübt.[284] Auch Zdzisława Janowska, damals stellvertretende Vorsitzende der parlamentarischen Frauengruppe, beklagt, dass der von ihr mitverfasste Gesetzesentwurf über die Gleichstellung von

276 Vgl. dazu: 13 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 kwietnia 1992 r.

277 Vgl. dazu: 29. Sitzung Sejm.

278 Eberts, Mirella W.: The Roman Catholic Church and democracy in Poland, in: *Europe-Asia Studies*, Vol. 50 (5/1998), S. 817–842, hier: S. 821.

279 Ebd., S. 824f.

280 Zielińska: Reproductive Rights, S. 37.

281 Eberts: Catholic Church, S. 825f.

282 Zielińska: Reproductive Rights, S. 49.

283 Wolchik: Reproductive Policies, S. 68f.

284 Zuba: Catholic Church, S. 1211.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Frauen und Männern nicht verabschiedet worden sei, da ihre Kolleg:innen von der SLD Angst vor der katholischen Kirche gehabt hätten.[285]

Ein weiteres Beispiel ist das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts vom 28. Mai 1997, durch das die 1996 verabschiedete Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs für verfassungswidrig erklärt wurde. Es ist zumindest auffällig, dass dies genau einen Tag vor dem Besuch Johannes Pauls II. in Polen geschah.[286] Direkter war der Einfluss beim Konkordat. Dieses war nach seiner Aushandlung 1993 bereits vom Vatikan unterschrieben, aufgrund der ablehnenden Haltung der neuen Regierung aus SLD und PSL von polnischer Seite zunächst aber nicht verabschiedet worden. Deshalb trat es erst 1998 nach dem erneuten Machtwechsel in Kraft. Es sicherte der katholischen Kirche eine privilegierte Behandlung seitens des Staates zu und garantierte ihr nicht nur steuerliche Privilegien und von staatlichem Einfluss unabhängigen Religionsunterricht, sondern beispielsweise auch die Anerkennung kirchlicher als Zivilehen. Letzteres erforderte sogar eine Anpassung der polnischen Verfassung an die Übereinkunft des Konkordats.[287] Ursprünglich hatte die SLD in ihrem Wahlkampf versprochen, das Konkordat neu zu verhandeln. Nach der Regierungsbildung 1993 war davon allerdings keine Rede mehr. Der Grund waren nach (nicht zu überprüfenden) Aussagen der damaligen Regierung der massive Druck vonseiten des Vatikans auf die polnische Regierung und die Weigerung des Papstes, sich mit dem polnischen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski zu treffen, sollte erneut über das Konkordat verhandelt werden.[288] Eine solche öffentliche Zurückweisung durch den polnischen Papst hätte unweigerlich Probleme für die SLD-geführte Regierung bedeutet.

Letztlich entsprach der neue Staat trotz des starken katholischen Einflusses nur bedingt den Vorstellungen der kirchlichen Hierarchie, die teilweise auf eine Art Wiederherstellung der Demokratie nach der Blaupause der Zwischenkriegszeit gehofft hatte, d. h. auf einen Staat, in dem (für viele) ›Pole‹ gleichbedeutend mit ›Katholik‹ gewesen war.[289] Die Erkenntnis, dass das Polen der 1990er Jahre ein anderes war, führte bei Teilen des Klerus zu einem generellen Antagonismus zu Demokratie und ›der Moderne‹.[290] Dies zeigte sich symptomatisch in antisemitischen Ausfällen, wie etwa bei Henryk Jankowski, einem (berühmt berüchtigten) Priester aus Gdańsk, der den Nationalsozialismus, den Kommunismus, den Liberalismus und ›die Juden‹ als größte Plagen Polens bezeichnet hatte.[291] Zwar war der katholische Klerus in Polen keineswegs ein Monolith, aber die Zahl der Anhänger:innen eines antimodernistischen Weges war (und ist) groß. Eine liberale Strömung, die auch in Geschlechterfragen progressive Positionen vertreten würde, findet sich kaum bzw. wurde (und wird) nur von einzelnen Personen getragen.[292] Vonseiten katholischer Frauenverbände wurde derweil Maria zum Vorbild der polnischen Frau

285 Janowska: Transkript, S. 6.

286 Zielińska: Reproductive Rights, S. 33.

287 Eberts: Catholic Church, S. 833f.

288 Zuba: Catholic Church, S. 1209f.

289 Eberts: Catholic Church, S. 837.

290 Gowin, Jarosław: Kościół po komunizmie. Kraków 1995, S. 73.

291 Ebd., S. 837.

292 Staśkiewicz: Katholische Frauenbewegung, S. 419. Vgl. dazu auch: Skowronek, Katarzyna: Discursive construction of post-communism in pastoral letters of the Polish Episcopate's Conference

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

stilisiert, deren Aufgabe es sei, die Nation gegen die »Versuchungen der Moderne« zu verteidigen.[293]

In der Kirche zeigen sich die gleichen Muster wie bei der politischen Rechten im Sejm. Der religiös verbrämte ›Nationaldiskurs‹ fungierte weiterhin als ›Schlüsselnarrativ‹ der Gegenwartsinterpretation.[294] Mit ihren Überzeugungen übte die Kirche (neben ihrem direkten politischen Wirken) enormen Einfluss auf den Geschlechterdiskurs in der ersten Dekade des postkommunistischen Polens aus.[295] Wie (und ob) sich die klerikale und parlamentarische Debatte in der Gesetzgebung des Sejm niederschlug, werde ich im Folgenden untersuchen.

5.2 Geschlechterpolitik zwischen *Acquis communautaire*, konservativer Wende und Austeritätspolitik

Geschlechterpolitisch fällt zunächst auf, dass sich im Vergleich zur Volksrepublik in vielen Bereichen nur wenig veränderte. So dauerte es beispielsweise bezüglich der für Frauen verbotenen Berufe bis zum 10. September 1996, bis eine vom Ministerrat verabschiedete Verordnung die bisherige gesetzliche Regelung aus dem Jahr 1979 anpasste, wobei die grundlegendenden Bestimmungen beibehalten und lediglich spezifiziert wurden. Im Gesetz stand weiterhin, dass es generell verboten ist, Frauen in Berufen zu beschäftigen, die besonders »schwer« oder »gesundheitsschädlich« seien. Die Angaben sind teilweise sehr detailliert; so durften Frauen z. B. nur in Bereichen beschäftigt sein, in denen bei regelmäßiger Arbeit nicht mehr als 12 kg gehoben oder getragen werden müssen und der Energieaufwand ihrer Arbeit durfte maximal 5000 kJ pro Schicht betragen. Hinzu kamen Bestimmungen zum maximalen Lärmpegel oder Schwingungen sowie zur Arbeit unter Tage. Diese war für Frauen weiterhin verboten, außer wenn sie »gelegentlich« erfolgte oder im Rahmen von Führungspositionen, die keinen regelmäßigen Aufenthalt unter Tage und keine körperliche Arbeit erforderten. Weitere Ausnahmen waren die Arbeit unter Tage im Rahmen eines Studiums/einer Ausbildung oder im Rahmen eines Gesundheitsberufs (Versorgung bei Notfällen).[296]

Es ist offensichtlich, dass sich der parlamentarische Diskurs, der von der grundsätzlichen Schutzbedürftigkeit der Frau ausging, im Arbeitsrecht manifestierte. Zudem waren weiterhin nur für Frauen potenziell fruchtbarkeitsschädigende Berufe verboten. Auch hier schlagen sich die Gleichsetzung von Frau und Mutter sowie die normative ›Pflicht‹ zur Mutterschaft, die sich sowohl in den Parlamentsdebatten zur Frage des Schwangerschaftsabbruchs als auch in der Diskussion zur Erwerbsarbeit von Frauen zeigte, rechtlich nieder. Zugleich spiegelt sich hier die weitgehende Leerstelle in Bezug

1990–2005, in: Aleksandra Galasińska / Dariusz Galasiński (Hg.): The Post-Communist Condition. Public and private discourses of transformation. Amsterdam/Philadelphia 2010, S. 131–150.

293 Staśkiewicz: Katholische Frauenbewegung, S. 245.

294 Seiler: Weiblichkeit, S. 45.

295 Graff, Agnieszka: Warum Frauen in Polen »Nicht stören«, in: *Jahrbuch Polen* Vol. 17 (2006), S. 33–44, hier: S. 40.

296 Dz.U. 1996 nr 114 poz. 545: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 10 września 1996 r. w sprawie wykazu prac wzbronionych kobietom.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

auf Vaterschaft im Allgemeinen und ihre biologischen Voraussetzungen im Speziellen in den Reden der Abgeordneten wider. So wenig wie im Parlament die potenzielle (Un)Fruchtbarkeit von Männern thematisiert wurde, so wenig spielte sie in der Gesetzgebung eine Rolle. Diesbezüglich sei ergänzt, dass Polen in Fragen des Arbeitsrechts einmal mehr Ähnlichkeiten zur Bundesrepublik aufwies. Auch dort wurde erst 1992 das generelle Nachtarbeitsverbot für Frauen aufgehoben, das seit 1891 (!)[297] in Kraft gewesen war.[298]

In Polen gab es darüber hinaus explizite Regelungen für schwangere oder stillende Frauen. Diese waren in allen Bereichen strenger, was körperliche Anstrengung oder den Umgang mit gefährlichen Stoffen betraf, als die generellen Regelungen. Schwangeren oder stillenden Frauen war es zudem verboten, in Berufen zu arbeiten, die psychische Schäden nach sich ziehen könnten, wie »Aufräumen nach Unfällen« oder »das Schlachten von Tieren«.[299] Hier zeigt sich, wie detailliert der Gesetzgeber zu wissen schien, was Schwangeren psychisch schade und was nicht. Im novellierten Arbeitsschutzgesetz vom 24. August 2001 heißt es in Art. 13 § 3 schließlich ganz pauschal: »Es verstößt nicht gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung von Frauen und Männern, Maßnahmen anzuwenden, die die rechtliche Situation von Arbeitnehmerinnen auf der Grundlage des Mutterschutzes differenzieren.«[300] Hier schlägt sich das Motiv der schutzbedürftigen Mutter, das dem Geschlechterdiskurs inhärent ist, direkt im Gesetzestext nieder. Dieser rechtfertigt letztlich sehr allgemein mögliche Ungleichbehandlungen von Frauen und Männern – und nicht etwa spezifische Erholungszeiten nach einer Geburt –, solange sie mit dem ›Mutterschutz‹ begründet werden. Darauf basierten auch verpflichtende jahrelange ›Auszeiten‹, wie sie von zahlreichen Abgeordneten im Sejm für Mütter gefordert wurden.

Schließlich kam es am 30. Juli 2002 – nach dem Regierungswechsel Ende 2001 zu einer SLD-geführten Regierung – zu einer erneuten Gesetzesänderung, die generelle Berufsverbote für Frauen aufhob. Es blieben lediglich Bestimmungen, die den Schutz schwangerer Frauen sowie ihre Erholung nach der Geburt sicherstellen sollten.[301] Hier spiegelt sich erneut eine Diskursverschiebung wider, betonten doch (links)liberale Abgeordnete vor allem nach 2001, dass geschlechterspezifische Berufsverbote diskriminierend seien. Mit dieser Anpassung sind in Polen erstmals in der Geschichte der Arbeitsgesetzgebung die Geschlechter im Grundsatz gleichgestellt. Allerdings erfolgte die Än-

297 Viele dieser Arbeitsschutzgesetze hatten ursprünglich durchaus das Ziel einer generellen Stärkung des Arbeitsschutzes. Ähnlich wie beispielsweise beim Achtstundentag wurde erwartet, dass damit Nachtarbeit generell zunehmend zurückgefahren würde, auch für Männer. Dies hat sich allerdings i. d. R. nicht bewahrheitet.

298 Dies geschah nur aufgrund einer Klage von Rosemarie Ewers, der Inhaberin einer Brotfabrik, und der Vizevorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ursula Engelen-Kefer, durch ein Grundsatzurteil des EuGH aus dem Jahr 1991. BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 28. Januar 1992 – 1 BvR 1025/84 –, Rn. 1–72.

299 Dz.U. 1996 nr 114 poz. 545.

300 Dz.U. 2001 nr 128 poz. 1405: Ustawa z dnia 24 sierpnia 2001 r. o zmianie ustawy – Kodeks pracy oraz o zmianie niektórych innych ustaw.

301 Dz.U. 2002 nr 127 poz. 1092: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 30 lipca 2002 r. zmieniające rozporządzenie w sprawie wykazu prac wzbronionych kobietom.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - (cc) BY-NC

derung vor allem im Zuge der Anpassung polnischen Rechts an den *Acquis communautaire* der Europäischen Union; diese ist in der gesamten Debatte ständig präsent. Die Abgeordneten nutzen ihre Positionierung im Geschlechterdiskurs also erneut vor allem dafür, sich als proeuropäisch zu präsentieren.

Auch im Bereich der privaten Kinderbetreuung gab es zwischen 1991 und 2004 einige grundlegende Änderungen, die sich auf die geschlechterspezifische Aufteilung von Erwerbs- und Care-Arbeit niederschlugen. Ein Gesetz vom 28. April 1992 ordnete die Bestimmungen für den Bezug und die Höhe des Erziehungsgeldes neu. Dieses lag fortan bei ca. 15 bis 25 % (die noch immer grassierende Inflation macht eine genaue Bestimmung unmöglich) des durchschnittlichen Bruttomonatsverdienstes.[302] Am 28. Mai 1996 wurde eine überarbeitete Fassung des Gesetzes verabschiedet. Der Erziehungsurlaub betrug nun bis zu drei Jahre. Erziehungsgeld konnte für 24 Monate bezogen werden bzw. für 36 von Personen, die mehr als Kind bekommen hatten. Die Höhe des Erziehungsgeldes betrug nun 179,90 PLN[303] bzw. 286,10 PLN für Alleinerziehende, was weiterhin ca. 20 % des Durchschnittsverdienstes bedeutete.[304] Zudem konnte die beziehende Person in diesen drei Jahren nicht gekündigt werden.[305] An diesen Zahlen zeigt sich zunächst, dass weiterhin ein vergleichsweise langer Erziehungsurlaub mit niedrigen Leistungen gewährt wurde. Während Ersteres durchaus den Forderungen des Sejm in den Debatten zum Thema Kinderbetreuung entspricht, zeigt sich an den niedrigen Leistungen erneut, dass die beständige Forderung nach stärkerer finanzieller Unterstützung von Familien, wie sie vor allem von der rechten Seite des Parlaments vorgetragen wurde, nur Teil der diskursiven, nicht aber der sozialen Realität war.

Fodor et al. haben die Familienpolitik in Ungarn, Polen und Rumänien in den 1990er Jahren untersucht und kamen zu dem Schluss, dass in Polen die striktesten und paternalistischsten Regelungen gegolten hätten. Paternalistisch, da Sozialarbeiter:innen den Betreuenden (i. d. R. Müttern) Familienleistungen streichen und diese durch vorgegebene Sachleistungen ersetzen konnten. Zudem zeige sich für Polen, dass fast ausschließlich Mütter die Leistung in Anspruch nahmen. Strikt seien die Zugangsbedingungen deshalb gewesen, weil die betreuende Person vor dem Bezug bereits einer Erwerbsarbeit nachgegangen sein musste.[306] Gerade anhand der Tatsache, dass Sozialarbeiter:innen Geldleistungen durch Sachleistungen ersetzen konnten (zur ›Lenkung‹ der Mutter), werden die Auswirkungen eines parlamentarischen Diskurses sichtbar, der ganz spezifische Vorstellungen von ›richtiger‹ Mutterschaft propagierte.[307] Die in Polen besonders starke Verknüpfung von Care-Arbeit mit Frauen zeigt sich überdies an der geringen Quote

302 Główny Urząd Statystyczny: Average monthly gross wage and salary in national economy 1950–2021. URL: https://stat.gov.pl/en/topics/labour-market/working-employed-wages-and-salaries-cost-of-labour/average-monthly-gross-wage-and-salary-in-national-economy-1950-2021,2,1.html [Abgerufen: 22.03.2024].

303 Zum Januar 1995 war der Złoty im Verhältnis von 1 zu 10.000 neu bewertet worden.

304 GUS: Gross wage.

305 Dz.U. 1996 nr 60 poz. 277: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 28 maja 1996 r. w sprawie urlopów i zasiłków wychowawczych.

306 Fodor, Éva et al.: Family policies and gender in Hungary, Poland, and Romania, in: *Communist and Post-Communist Studies* Vol. 35 (4/2002), S. 470–490, hier: S. 484f.

307 Vgl. dazu: Poseł Andrzej Gąsienica-Makowski: 34. Sitzung Sejm.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

von Männern im Erziehungsurlaub, die selbst im Vergleich mit Rumänien und Ungarn niedrig war.[308] Zwar konnten seit 1996 auch Väter Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen bzw. Erziehungsgeld beziehen, doch rechnete die Regierung, wie bereits anhand verschiedener Reden deutlich wurde, nicht damit, dass Väter dies überhaupt in Betracht ziehen würden, sodass ausschließlich über die Folgen für Mütter diskutiert wurde.[309] Dies zeigt sich auch eindrücklich daran, dass noch zu Beginn der 2000er Jahre keine Statistiken zur Betreuung durch Väter existierten.[310] Schließlich wurde der Zugang zum Erziehungsgeld faktisch immer strikter, sodass die Quote derjenigen, die es in Anspruch nehmen konnten, von 65 % Anfang der 1990er Jahre auf 40 % im Jahr 1994 sank und dort stagnierte.[311] Angesichts der geringen Höhe der Leistungen und der Tatsache, dass nicht einmal die Hälfte der Eltern Zugang dazu hatte, war das Erziehungsgeld spätestens ab 1992 kein Ersatz mehr für ein Erwerbseinkommen. Die Kombination aus langer Bezugsdauer und niedriger Leistung führte dazu, dass entweder beide Elternteile arbeiteten oder nur der Vater des Kindes.[312]

In dieser Situation spiegelten sich einerseits die parlamentarischen Debatten wider, in denen die ›Pflicht der Mutter‹ zu einer möglichst langen persönlichen Betreuung ihres Kindes betont wurde. Zugleich sind die niedrigen Leistungen als Konsequenz dieser vermeintlich natürlichen Arbeitsteilung zu verstehen, in welcher der Vater für die finanzielle Versorgung der Familie aufkommt, während die Mutter unbezahlter Care-Arbeit nachgeht.[313] Allerdings zeigt sich auch, dass die Sejmdebatten oft an Idealvorstellungen orientiert waren und dass die Tatsache, dass über den gesamten Untersuchungszeitraum für viele Familien zwei Erwerbseinkommen notwendig waren, vielfach ignoriert wurde. Letztlich offenbarte sich gerade bei den Befürworter:innen einer Aufteilung von Care- und Erwerbsarbeit eine Leerstelle, hatten ihre traditionalistischen Idealbilder doch wenig mit der sozioökonomischen Situation der 1990er Jahre zu tun.

Auch bezüglich des ›Mutterschutzes‹ gab es in den 1990er und frühen 2000er Jahren einige Gesetzesänderungen. Ein Gesetz vom 5. Oktober 1993 legte fest, dass vom 4. Schwangerschafts- bis zum 6. Lebensmonat des Kindes Hilfeleistungen für die schwangere Frau bezahlt werden sollten. Diese betrugen 28 % des Durchschnittslohns plus einmalig 15 % für die Entbindung und einmalig 28 % für die Kinderausstattung. Nur im Falle des Todes der Gebärenden konnte das Geld an eine andere Person gehen, die ihr

308 Fodor et al.: Family policies, S. 485.

309 Vgl. beispielsweise: Poseł Urszula Wachowska: 105. Sitzung Sejm.

310 Saxonberg, Steven/Szelewa, Dorota: The Continuing Legacy of the Communist Legacy? The development of family policies in Poland and the Czech Republic, in: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* Vol. 14 (3/2007), S. 351–379, hier: S. 364f.

311 Ebd.

312 Dabei gab es beträchtliche strukturelle Unterschiede innerhalb der Gesellschaft bezüglich der Frage, ob beide Elternteile arbeiteten oder nicht. Wovon diese abhingen und was dies bedeutete, wird noch Thema in Abschnitt 5.3 sein.

313 Am deutlichsten zeigte sich dies im Debattenbeitrag von Urszula Wachowska, als diese betonte, dass durch eine Erhöhung des Kindergeldes 100.000 Arbeitsplätze von Frauen frei würden, die dann Männer besetzen könnten. Poseł Urszula Wachowska: 105. Sitzung Sejm, S. 9–12.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Kind großziehen sollte.[314] Die ›Nicht-Erwähnung‹ des Vaters in diesem Gesetz spiegelt zum einen seine Abwesenheit im Geschlechterdiskurs des Sejm wider, zum anderen zeigt sich, dass selbst im Falle des Todes der Mutter der Vater keineswegs automatisch als beste ›Ersatzoption‹ gesehen wurde; vielmehr hatten die Gesetzgeber wohl andere (weibliche) ›Ersatzmütter‹ im Sinn. Hier schlägt sich meines Erachtens die Vorstellung nieder, Männer wären generell (biologisch) nicht dazu in der Läge, Kleinkinder zu betreuen.[315] Dies zeigt sich auch daran, dass im Gesetz explizit vom Kind der Mutter gesprochen wird, der Vater allerdings kommt wie in den diesbezüglichen Sejmdebatten nicht vor. Bereits am 29. März 1994 wurde dieses Gesetz vonseiten der nun SLD-geführten Regierung wieder geändert, was vor allem eine Kürzung des Leistungsumfangs bedeutete. Diese wurden nun vom 8. Schwangerschaftsmonat bis zum 2. Lebensmonat des Kindes gewährt und an Bedürftigkeit geknüpft.[316] Fodor et al. kritisieren dies, da dadurch vor allem arbeitende Mütter aus der Mittelschicht von ihren Ehemännern abhängig geworden seien, weil sie nun keine (eigenen) Leistungen mehr erhielten.[317] Daran änderte sich im gesamten Untersuchungszeitraum nichts Grundsätzliches, was auch der Tatsache geschuldet ist, dass stattdessen Leistungen über das Erziehungsgeld sowie Familienleistungen erfolgten. Diese wurden allerdings nur an bedürftige Familien gezahlt, denen weniger als 50 % des Durchschnittsverdienstes zur Verfügung standen.[318] Von diesen Gesetzen, zu Höhe und Bezugsbedingungen von Geldleistungen während des Mutterschutzes ist die bereits anhand der Sejmdebatten analysierte Frage nach der Länge des Mutterschutzes separat zu betrachten. Vor allem die Regierung aus AWS und UW regelte den ›Mutterschaftsurlaub‹ neu. Dieser wurde durch ein Gesetz vom 19. November 1999 auf 26 obligatorische Wochen verlängert (bei mehr als einem Kind waren es 39 Wochen). Erst danach begann der Erziehungsurlaub.[319] Der Vater des Kindes oder eine andere Person aus dem engen Familienumfeld konnte das gezahlte Mutterschaftsgeld nur erhalten, wenn die Mutter verstarb oder das Kind aufgab (*porzucenie*). Die Höhe der gezahlten Leistung lag bei 100 % der Bemessungsgrundlage (d. h. des vorherigen Verdienstes der Mutter).[320]

Hier manifestieren sich die Geschlechternarrative der Sejmabgeordneten auch rechtlich, da sich gerade diejenigen von ihnen durchsetzen, die die gesamte Zeit für die Mutter obligatorisch machen wollten. Daran zeigt sich, dass es nicht allein um den ›Mutterschutz‹ ging, sondern auch um die Überzeugung, dass die Erziehung möglichst

314 Dz.U. 1993 nr 97 poz. 441: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 5 października 1993 r. w sprawie określenia zakresu i form oraz trybu udzielania kobietom w ciąży oraz wychowującym dziecko pomocy w zakresie opieki socjalnej i prawnej.

315 Vgl. dazu: Poseł Waldemar Mieczysław Sikora: 19. Sitzung Sejm und besonders eindrücklich: Poseł Teresa Liszcz: 102. Sitzung Sejm.

316 Dz.U. 1994 nr 44 poz. 172: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 29 marca 1994 r. zmieniające rozporządzenie w sprawie określenia zakresu i form oraz trybu udzielania kobietom w ciąży oraz wychowującym dziecko pomocy w zakresie opieki socjalnej i prawnej.

317 Fodor et al.: Family policies, S. 485.

318 Dz.U. 1995 nr 4 poz. 17: Ustawa z dnia 1 grudnia 1994 r. o zasiłkach rodzinnych i pielęgnacyjnych.

319 Dz.U. 1999 nr 99 poz. 1152: Ustawa z dnia 19 listopada 1999 r. o zmianie ustawy – Kodeks pracy.

320 Dz.U. 1999 nr 60 poz. 636: Ustawa z dnia 25 czerwca 1999 r. o świadczeniach pieniężnych z ubezpieczenia społecznego w razie choroby i macierzyństwa.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lange durch die Mutter erfolgen sollte.[321] Diese Politik förderte die Aufteilung von Care-Arbeit und Erwerbsarbeit anhand von Geschlechtergrenzen massiv.[322] Jedoch wurde dieses Gesetz auf Initiative des Senats kurze Zeit später wieder geändert sodass nur noch 16 Wochen obligatorisch waren. Zudem konnten die letzten beiden Wochen auf Antrag auch von einer anderen betreuenden Person in Anspruch genommen werden. In diesem Kontext ist auch vom Vater und dessen Betreuung die Rede.[323] Dies ändert allerdings nichts daran, dass bis 2004 eine Politik verfolgt wurde, die eine Betreuung durch die Mutter forcierte. Dennoch ist die diesbezügliche Geschlechterpolitik eher als marktorientiert denn als konservativ (im Sinne von familienfördernd) zu bezeichnen. Trotz aller religiöser und familienzentrierter Rhetorik im Sejm blieb Polen bis 2004 das Land in Ostmitteleuropa, das am wenigsten finanzielle Unterstützung – beispielsweise durch ein Erziehungsgeld – für die Betreuung von Kindern leistete.[324] Der Vergleich mit der Tschechischen Republik zeigt, dass dort deutlich höhere Leistungen für einen deutlich größeren Anteil an Eltern gezahlt wurden. Diese wurden zunächst sogar noch ausgebaut, bevor sie im Zuge der einschneidenden Wirtschaftskrise 1997 wieder (etwas) eingeschränkt wurden.[325] Es zeigt sich somit (nicht zum ersten Mal), dass im Sejm oft rein ideologisch argumentiert wurde, ohne dass sich dies in der konkreten Geschlechterpolitik niederschlug.

Im Kontext von Mutterschafts- und Erziehungsurlaub ist schließlich eine Studie von Trine Rogg Korsvik und Marta Warat aus dem Jahr 2016 interessant. Die Forscherinnen untersuchten den öffentlichen Diskurs in Polen und Norwegen in Hinblick auf die Frage, welche Argumente für die Einführung von ›Vätermonaten‹ bei der Kinderbetreuung in beiden Ländern diskutiert wurden. In Norwegen war mit den ›Vätermonaten‹ die Hoffnung verbunden, die Selbstwahrnehmung von Männern zu ändern und dadurch positive gesellschaftliche Aspekte herbeizuführen, wie etwa weniger sexualisierte Gewalt. In Polen hingegen wurde von den Vätern nicht primär erwartet, zu ›besseren‹ Männern zu werden, sondern zu ›besseren‹ Vätern durch eine nähere Beziehung zum Kind, um so die (klassische) Vaterrolle zu stärken. In beiden Ländern wurde in der Debatte die Hoffnung geäußert, dadurch mehr Gleichheit auf dem Arbeitsmarkt herzustellen. Ein spezifisch polnisches Argument ist schließlich das demografische, da gerade von konservativer Seite mit der Einführung von ›Vätermonaten‹ die Hoffnung verbunden wurde, damit die Geburtenrate zu erhöhen und die ›polnische Nation zu retten‹. Das Ziel war allerdings explizit nicht Geschlechtergleichheit.[326] Auch hier manifestiert sich, dass der

321 Auch viele Internetportale o. Ä., die Daten zu den Themen Mutterschutz und Elternzeit bereitstellen, unterscheiden bis heute nicht zwischen beiden, wobei ein fundamentaler Unterschied besteht.

322 Rogg Korsvik, Trine/Warat, Marta: Framing Leave for Fathers in Norway and Poland: Just a Matter of Gender Equality?, in: *NORA – Nordic Journal of Feminist and Gender Research* Vol. 24 (2/2016), S. 110–125, hier: S. 110.

323 Dz.U. 2001 r. nr 99 poz. 1075: Ustawa z dnia 24 sierpnia 2001 r. o zmianie ustawy – Kodeks pracy oraz ustawy o świadczeniach pieniężnych z ubezpieczenia społecznego w razie choroby i macierzyństwa.

324 Saxonberg/Szelewa: Continuing Legacy, S. 364f.

325 Wolchik: Reproductive Policies, S. 76.

326 Korsvik/Warat: Fathers, S. 120f.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

polnische Geschlechterdiskurs bereits seit der Teilungszeit immer mit dem nationalen Diskurs verbunden ist. In dem Moment, in dem auch über Väter im Kontext der Kinderbetreuung diskutiert wird, werden diese Teil des Diskurses. Der Unterschied ist allerdings der, dass bei Vätern von ›Hoffnung‹ (auf eine Beteiligung bei der Kinderbetreuung) und bei Müttern von ›Pflicht‹ die Rede ist.

Neben den privaten gab es in Polen auch nach 1990 weiterhin staatliche Kinderbetreuungseinrichtungen. Mit einem Anteil von 5,3 % an Kindern unter drei Jahren, die diese besuchten, lag Polen 2004 beim Beitritt zur Europäischen Union auf dem letzten Platz.[327] Dies setzte sich bei den Kindern zwischen drei und fünf Jahren fort, wo die Quote mit 37,1 % ebenfalls am niedrigsten war.[328] Ein Vergleich mit Tschechien zeigt, dass dort die Quote für unter Dreijährige mit 9,1 % ebenfalls niedrig war (wenn auch höher als in Polen), bei den Kindergartenkindern ab drei Jahren allerdings auf 87,6 % anstieg.[329] Deutlich höher lag die Quote in der ehemaligen DDR. Zwar sank auch dort der Anteil der betreuten Kinder, lag aber noch immer bei 36,1 % für unter Dreijährige (in Westdeutschland war die Quote 5,2 %) und bei den Drei- bis Sechsjährigen bei deutlich über 80 % für Gesamtdeutschland.[330] Die Gründe für die niedrige Quote in Polen sind aus Sicht der Forschung, dass eine Betreuung durch die Mutter als ›besser‹ betrachtet wurde und zudem billiger war.[331] Auf der Grundlage meiner Analyse der Sejmdebatten und der beteiligten Akteure kann ich diesem Forschungsergebnis nur zustimmen. Vor allem die Mischung aus ›konservativen‹ Geschlechternarrativen, sichtbar in der kaum existenten Diskussion über Betreuungseinrichtungen, und fiskalpolitischen Überlegungen, war es, die einen Ausbau staatlicher Betreuungseinrichtungen verhinderte.[332] Der Geschlechterdiskurs und die fehlende Infrastruktur zur Kinderbetreuung führten in Polen dazu, dass weiterhin die Mutter für Care-Arbeit verantwortlich war.[333] Die daraus folgende *double burden* erlaubte es Frauen nicht, gleichberechtigt auf dem Arbeitsmarkt zu partizipieren.[334] Keck und Saraceno kommen in ihrem Vergleich der Auswirkungen von Geschlechterpolitik auf Care- und Erwerbsarbeit in der Europäischen Union zu dem Schluss:

327 Jappens/Van Bavel: Child care, S. 92.

328 Zwar stieg sie nach 2004 langsam wieder an, lag bei einem europaweiten Vergleich 2016 aber abgeschlagen auf dem letzten Platz. Polen war das einzige Land in der Europäischen Union, in dem weniger als 50 % der Kinder zwischen drei und sechs Jahren eine Betreuungseinrichtung besuchten. In der Mehrheit der Länder lag die Quote hingegen über dem Ziel der EU von 90 %.

329 Saxonberg/Szelewa: Continuing Legacy, S. 357.

330 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: OECD Early Childhood Policy Review 2002–2004. Hintergrundbericht Deutschland. Berlin 2004, S. 62.

331 Saxonberg/Szelewa: Continuing Legacy, S. 358.

332 Wachowksa bestätigt dies, wenn sie betont, dass die Betreuung durch die Mutter die »günstigste und beste« sei. Poseł Urszula Wachowka: 73. Sitzung Sejm.

333 Korsvik/Warat: Fathers, S. 113.

334 Saxonberg/Szelewa: Continuing Legacy, S. 354.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

»Poland has one of the shortest effective leaves, but also one of the lowest levels of childcare and elderly care coverage through services. It also offers no incentives for a gender rebalancing of childcare.«[335]

2002 wurde schließlich (letztlich auf Druck der EU) ein Gesetz verabschiedet, das die Ernennung eines bzw. einer Bevollmächtigten für Gleichstellung gesetzlich verankerte. Dieses Amt sollte dazu dienen, Diskriminierungen aufgrund von ›Rasse‹, ethnischer Herkunft, Religion, Alter, Weltanschauung und sexueller Orientierung (und Geschlecht als separater Kategorie) zu bekämpfen und die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern. Bezeichnenderweise kommt eine soziale Diskriminierung hier nicht vor.[336] Zwar war es auch vor 2002 nicht mehr erlaubt gewesen, eine Stelle beispielsweise nur für Frauen auszuschreiben, faktisch waren geschlechterspezifische Stellenbesetzungen aber – wie ich noch zeigen werde – weiterhin an der Tagesordnung. Allerdings wurde an der Sejmdebatte zum Thema Gleichstellung deutlich, dass die Frage nach den Ursachen geschlechterspezifischer Diskriminierungen keinesfalls einheitlich beantwortet wurde. Während vor allem Abgeordnete aus dem linken und liberalen Lager diese anhand der (diskriminierenden) Zuschreibung bestimmter stereotyper Eigenschaften und Fähigkeiten als gegeben sahen[337], war für andere (aus dem konservativen, aber auch aus dem liberalen sowie linken Lager) klar, dass die Ungleichbehandlung biologisch und aufgrund der ›natürlichen‹ Rollenverteilung begründet (und legitimiert) sei.[338] Dass diese Fragen bis heute in Polen (und keineswegs nur dort) diskutiert werden, zeigt die Persistenz dieser Narrative. Hinzu kommt, dass es in Polen weiterhin sehr einfach war, Arbeitsschutzregelungen zu umgehen; dies betraf auch schwangere Frauen oder Mütter.[339] Zudem scheiterte 2005 ein Gesetz zur Gleichstellung auch im vierten Anlauf und somit endgültig.[340] Die vielfache Rede von der ›Würde der Frau‹ oder die Debattenbeiträge über die Verlängerung des ›Mutterschutzes‹ usw. die betonten, dass die bestehenden Gesetze jede Frau und vor allem jede Mutter vor Diskriminierung schützten (bzw. behaupteten, es gäbe eine solche nicht), spiegelten sich daher nicht in den Realitäten des polnischen Arbeitsmarktes wider.

Es ist auffällig, wie weit der Sejmdiskurs und die geschlechterpolitische Realität im Polen der 1990er und frühen 2000er Jahre letztlich auseinanderlagen. Gerade die betont familienfreundliche Rhetorik der politischen Rechten schlug sich nicht in umfassenden finanziellen Leistungen für Mütter oder Familien nieder, obgleich diese immer

335 Keck, Wolfgang/Saraceno, Chiara: Towards an integrated approach for the analysis of gender equity in policies supporting paid work and care responsibilities, in: *Demographic Research* Vol. 25 (11/2001), S. 371–406, hier: S. 395.

336 Dz.U. 2002 nr 96 poz. 849: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 25 czerwca 2002 r. w sprawie Pełnomocnika Rządu do Spraw Równego Statusu Kobiet i Mężczyzn.

337 Poseł Elżbieta Łukacijewska: 39 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 8, 9 i 10 stycznia 2003 r., S. 80.

338 Poseł Elżbieta Kruk: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4, i 5 marca 2004 r., S. 449–452.

339 Saxonberg/Szelewa: Continuing Legacy, S. 369.

340 Saryusz-Wolska, Magdalena: Jak politycy mówią, S. 36.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wieder gefordert und versprochen wurden. Vielmehr wurde hier auf vermeintliche Erfolge wie den Rückgang von (legalen) Schwangerschaftsabbrüchen oder die (kurzzeitige) Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs verwiesen. Faktisch betrieben die polnischen Regierungen jedoch eine äußerst (neo)liberale Familienpolitik, die von geringen Leistungen geprägt war und deren Folgen im nächsten Abschnitt noch zu diskutieren sein werden. Es ist kein Zufall, dass vor dem Hintergrund der ökonomischen und fiskalpolitischen Krise der 1990er Jahre sowie des dominanten neoliberalen Diskurses Maßnahmen wie die Einschränkung des Schwangerschaftsabbruchs umgesetzt wurden, die den Staat (monetär) nichts kosteten. Das dadurch entstandene Modell wird in der Sozialforschung als »familism by default« bezeichnet, d. h. eine Kombination aus einem minimalen staatlichen Betreuungsangebot und geringer staatlicher Unterstützung für die private Kinderbetreuung.[341] Letztlich handelt es sich also um ein Modell, das Kinderbetreuung als rein private Angelegenheit behandelt. Zwischen 2004 und 2009 konnten innerhalb der Europäischen Union neben Polen auch Länder wie Griechenland und Italien (und einige Jahre zuvor auch Deutschland) zu dieser Kategorie gezählt werden.[342]

Diese Diskrepanz zwischen Rhetorik und Politik war lagerübergreifend. So verhielt sich das linke und linksliberale Lager in geschlechterpolitischen Fragen reaktiv. Vonseiten der SLD und ihrer Ableger kamen kaum Vorschläge für eine progressive Familienpolitik oder eine Lösung des Problems der *double burden*. Geschlechterpolitisch vertraten sie grundsätzlich eine neoliberale Politik, die an ähnliche Trends in anderen Ländern anknüpfte, wie *New Labour* im Vereinigen Königreich unter Tony Blair, die Demokraten unter Bill Clinton oder in abgeschwächter Form die SPD unter Gerhard Schröder. Damit ist gemeint, dass geschlechterpolitisch vor allem die individuelle Diskriminierung betrachtet und beendet werden sollte, die strukturelle Ebene aber kaum eine Rolle spielte.[343] Frauen in Polen sollten die Möglichkeit zur uneingeschränkten beruflichen Selbstverwirklichung erhalten – *biznesmenka* (Geschäftsfrau) sein –, gleichzeitig aber blieb das ›Betreuungsproblem‹ ungelöst bzw. wurde in die individuelle Verantwortlichkeit verschoben. Dazu passt die Forderung nach dem Ende jeglicher geschlechterspezifischen Berufsverbote vonseiten der SLD oder einem kurzen obligatorischen Mutterschaftsurlaub. Zeitgleich wurden sozialpolitische Forderungen wie die nach einem Ausbau staatlicher Kinderbetreuung oder einem (geschlechterunabhängigen) Erziehungsgeld nicht umgesetzt. Es fand eine diskursive Aufwertung der *double burden* statt, die sich auch sozial manifestierte. Damit entstand im Neoliberalismus der 1990er und 2000er Jahre ein

341 Daneben existieren drei weitere Kategorien: *Supported familism* beispielsweise in Tschechien, Ungarn und Deutschland, die wenig staatliche Betreuung anbieten, aber dafür lange (und finanziell stark geförderte) Elternzeiten; *service defamilisation* in Spanien und den Niederlanden, d. h. ein großes Betreuungsangebot und eine kurze Elternzeit, sowie *optional defamilisation* in den skandinavischen Ländern, die lange Elternzeiten und ein großes Betreuungsangebot vorweisen.

342 Floridi, Ginevra: Daily grandchild care and grandparents' employment: A comparison of four European childcare policy regimes, in: *Ageing and Society* Vol. 42 (2/2022), S. 448–479, hier: S. 459.

343 Immerhin investierten Länder wie die Bundesrepublik ab Ende der 1990er Jahre deutlich mehr in Kinderbetreuung als Polen. Dies wurde allerdings überwiegend mit dem Arbeitskräftemangel begründet.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

neu akzentuiertes *Matka Polka*-Ideal.[344] Dieses wurde im Zuge des Systemwechsels ›privatisiert‹, d. h., es stand nun weniger die politische Funktion (im Sinne der Bewahrung der polnischen Nation) im Vordergrund als die möglichst perfekte Erfüllung aller Alltagsaufgaben in Beruf und Familie[345] – ein Ideal, das sich perfekt in die neoliberale Optimierung aller Lebensbereiche einfügte und von vielen Frauen auch übernommen wurde.[346]

Allerdings konnte der Begriff *Matka Polka* in den 1990er Jahren nun auch in abwertender Weise gegen Frauen verwendet werden, beispielsweise für eine (allzu) religiöse Frau oder eine Mutter mit ›zu vielen‹ Kindern.[347] Gerade liberale Feministinnen verwendeten ihn eher negativ, verkörperte er aus ihrer Sicht doch eine in der »öffentlichen Sphäre ›passive‹ polnische Frau.«[348] Die genannten Veränderungen vollzogen sich vor dem Hintergrund des fortschreitenden Transformationsprozesses der 1990er Jahre. Im Bereich der Erwerbsarbeit herrschte nun ein Mehr an individuellen Entfaltungsmöglichkeiten (und Risiken). Zugleich wurde die Care-Arbeit weitgehend in den privaten Verantwortungsbereich verschoben, d. h. der Spielraum – vor allem für erwerbstätige Frauen – wurde kleiner.

Auch in anderen Bereichen bleibt das Fazit ambivalent. So wurde mit dem Systemwechsel einerseits die Selbstbestimmung über den weiblichen Körper in Bezug auf die Reproduktion stark eingeschränkt, andererseits erhielten Pol:innen im Laufe der 1990er Jahre erstmals in größerem Umfang Zugang zu Verhütungsmitteln. Schließlich ist als Endpunkt dieser Untersuchung der Beitritt zur Europäischen Union nicht zu unterschätzen. Neben vielen anderen Veränderungen stand Pol:innen nach 2004 nunmehr prinzipiell der Weg offen, ihr Land (vergleichsweise leicht) zu verlassen – sei es dauerhaft oder temporär, beispielsweise für einen Schwangerschaftsabbruch.[349] Zudem war nun ein größerer Vergleichsmaßstab vorhanden. So betont Zdzisława Janowska, wie ungläubig sie gewesen sei, als sie in Skandinavien Politikerinnen gesehen habe, die das Parlament leiteten und deren Mann als ihre Begleitperson fungierte. Dies habe ihre Perspektive noch einmal stark verändert.[350]

5.3 Frauen als Verliererinnen des Transformationsprozesses? Geschlecht als sozioökonomischer Platzanweiser im ›Postsozialismus‹

Für die vergleichende Analyse der sozioökonomischen Situation polnischer Frauen und Männer im ersten Jahrzehnt der sogenannten Dritten Polnischen Republik gibt es ab den frühen 1990er Jahren eine Fülle von Daten, sei es vonseiten der polnischen Statistikbehörde GUS (Główny Urząd Statystyczny) oder von internationalen Organisationen wie

344 Vgl. Stolarek, Joanna: Matka Polka – Das Frauenbild in Polen. URL: https://forumdialog.eu/2018/05/04/matka-polka-das-frauenbild-in-polen/ [Abgerufen: 03.04.2023].

345 Jabłkowska/Saryusz-Wolska: Mutter Polin, S. 376.

346 Seiler: Weiblichkeit, S. 267.

347 Mishtal, Joanna: The politics of morality: The church, the state, and reproductive rights in postsocialist Poland. Athens (US) 2015, S. 177f.

348 Kowalski: Feminismus, S. 311f.

349 Schätzungen zufolge handelt es sich um mehrere zehntausend Fälle jährlich.

350 Janowska: Transkript, S. 9f.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der International Labour Organization (ILO) oder der Weltbank. Hinzu kommen Daten, die von Eurostat im Auftrag der Europäischen Union seit 1995 im Zuge des Beitrittsprozesses erhoben wurden. Ich werde im Folgenden – wo dies möglich ist – auf nach einer einheitlichen Methode erhobene Daten der ILO, von Eurostat und der Weltbank zurückgreifen, um damit eine Vergleichbarkeit der Situation in Polen mit anderen Staaten zu gewährleisten. Hierfür eignen sich insbesondere die Zahlen der ILO, da Polen dort bereits seit 1919 Mitglied ist, deren Standards in der Volksrepublik implementiert waren und sich diese Organisation stets um eine Vereinheitlichung der Daten bemühte. Hinzu kommen Statistiken vonseiten des GUS, die Vergleiche zwischen Geschlechtern, Altersgruppen usw. innerhalb Polens erlauben und in den 1990er Jahren i. d. R. ebenfalls nach internationalen Standards erhoben wurden.

Generell ist dabei jeder Datensatz als Quelle zu behandeln, d. h. nicht einfach als vermeintlich objektives Faktum zu interpretieren. Im Kontext dieser Studie bedeutet dies vor allem die Frage nach der Art der Datenerhebung sowie danach, warum welche Daten (nicht) erfasst wurden. Dies zeigt sich beispielsweise an Erhebungen zur Frage, ob häusliche Gewalt gegen Frauen als akzeptabel angesehen wird. Während die Weltbank solche Daten für sogenannte Entwicklungsländer erhebt, fehlen sie für europäische Staaten, da diese scheinbar bereits ›zivilisiert‹ bzw. nach einem zum Maßstab erklärten ›westlichen Idealmodell‹ entwickelt sind. Bezüglich Geschlechterfragen lag bei diesem Vorgehen die Annahme zugrunde – die insbesondere in der ›neoliberalen Hochphase‹ der 1990er Jahre verbreitet war –, dass die ›westlichen‹ Staaten die meisten Probleme in Bezug auf Geschlechtergleichheit bereits gelöst hätten. Aufschlussreich für den Untersuchungszeitraum ist die Tatsache, dass dieses Narrativ gerade in Polen deutliche Parallelen zur Behauptung der PZPR aufweist, die ›Geschlechterfrage gelöst zu haben‹. Zudem stellte gerade das Thema der häuslichen Gewalt im Geschlechterdiskurs des Sejm eine weitgehende Leerstelle dar.

Generell finden sich gerade für die ostmitteleuropäischen Staaten nur wenige Daten zu geschlechterspezifischen Fragen für die 1990er Jahre. Dies ändert sich erst, als der Beitritt zu Europäischen Union im Jahr 2004 näher rückt und Geschlechterfragen auch international mehr in den Fokus rücken.[351] Ferner suggerieren viele dieser Zahlen ein bestimmtes Narrativ oder legen eine Kausalität nahe, die bei genauer Betrachtung nicht gegeben ist, weshalb sie immer kritisch analysiert und interpretiert werden müssen. Wie bei der Analyse des Diskurses dürfen nicht allein die erhobenen Daten die Erzählung bestimmen; vielmehr müssen auch die nicht erhobenen Daten berücksichtigt werden.

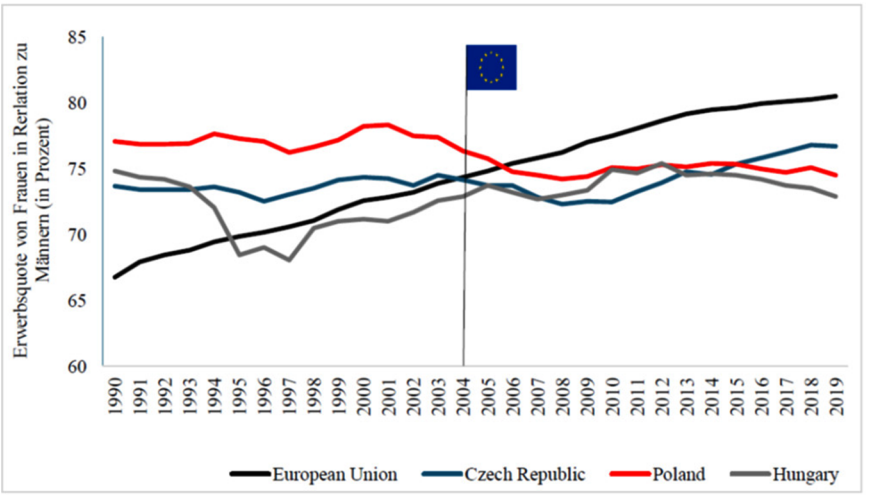
Im Folgenden werde ich zunächst Statistiken zu Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit, aufgeschlüsselt nach Bildung, Alter, Geschlecht sowie Stadt/Land, analysieren. Hinzu kommen die Fragen, wer in welchen Sektoren arbeitet und ob sich hier Verschiebungen ergeben, sowie die Entwicklung des Gender Pay Gap. Diese Daten geben einen ersten Hinweis darauf, wie und ob sich die diskursive Vergeschlechtlichung von Arbeit im Sejm in der ersten Dekade des postsozialistischen Staates sozioökonomisch, d. h. ›realgeschichtlich‹, niederschlug.

351 Dies ist nicht zuletzt dem Arbeitskräftemangel in vielen Staaten ›des Westens‹ geschuldet und hat oft wenig mit Emanzipation als ideellem Wert zu tun.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - (cc) BY-NC

Ich möchte zu Beginn das Verhältnis von erwerbstätigen Frauen zu erwerbstätigen Männern zwischen 1990 und 2019[352] betrachten (siehe Abb. 5). Dabei bietet es sich an, drei ostmitteleuropäischen Transformationsstaaten miteinander sowie mit dem europäischen Durchschnitt zu vergleichen, um die Situation in Polen besser einordnen zu können.

Abbildung 5: Erwerbsquote von Frauen im Verhältnis zur Erwerbsquote von Männern in Prozent (modellierte ILO-Schätzung).



Quelle: World Bank: World Development Indicators database. Ratio of female to male labor force participation rate (%) (modeled ILO estimate). Poland, Hungary, Czechia, European Union (average). Based on data obtained from International Labour Organization, ILOSTAT. URL: https://data.worldbank.org/indicator/SL.TLF.CACT.FM.ZS?end=2019&locations=PL-HU-CZ-EU&start=1990&view=chart [Abgerufen: 23.10.2023].

Jedoch möchte ich mit dieser Statistik Männer nicht zum Maßstab für Frauen machen. Vielmehr soll sie etwas anderes verdeutlichen: Noch 1990 waren Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen Vorreiter bei der Einbeziehung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt; selbst in Anbetracht aller bereits diskutierten Probleme. Bereits eine vorsichtige Interpretation der Daten lässt den Schluss zu, dass in dieser Hinsicht alle drei Staaten weit über dem Durchschnitt der Europäischen Union lagen und damit einen durchaus beachtlichen Modernisierungserfolg des Staatssozialismus repräsentierten.[353] Wurden Frauen bereits ab Mitte der 1970er Jahre zunehmend als Care-Arbeiterinnen konstruiert, so blieb doch ihre (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit bis zum Ende der Volksrepublik die Norm. Zugleich wird deutlich, dass Polen und Tschechien zwischen 1990 und 2004

352 Auch wenn der Endpunkt dieser Arbeit das Jahr 2004 ist, habe ich, wo dies sinnvoll erschien, die Daten bis 2019 oder länger weitergeführt.

353 Peters: Schocktherapie, S. 47.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

keine ›Fortschritte‹ und Ungarn ›Rückschritte‹ zu verzeichnen hatten. Damit fielen sie gegenüber dem Durchschnitt der Europäischen Gemeinschaft (ab November 1993 der Europäischen Union) zurück, wo der Anteil arbeitender Frauen im Verhältnis zu Männern um ca. 8 % angestiegen war. Ist Geschlechtergleichheit das Ziel – und das ist sie laut den Regeln der Europäischen Union[354] –, so wurden diese Staaten diesbezüglich von Vorreitern zu Nachzüglern der Modernisierung; ein Eindruck, der sich noch verstärkt, betrachtet man die Statistik bis Ende 2018. Anders ausgedrückt führte der geschlechterspezifische Transformationsprozess in Polen und Ostmitteleuropa zu einer relativen Zurücksetzung von Frauen gegenüber Männern.[355] Auch wenn hier keine einfachen Kausalzusammenhänge bestehen, so ist doch davon auszugehen, dass sich der konservative Geschlechterdiskurs im Sejm zunächst geschlechterpolitisch manifestierte und sich schließlich negativ auf die Erwerbstätigkeit von Frauen auswirkte. Dafür spricht auch, dass der Sejm nicht über die sinkende Erwerbsquote von Frauen diskutierte, vielmehr scheint es, als sei die Erwerbstätigkeit von Frauen kein Ziel der Abgeordneten gewesen (wenn auch mit Ausnahmen). Im Gegenteil herrschte bei vielen Politiker:innen die Überzeugung, dass gerade bei Müttern die Erwerbsquote tendenziell zu hoch gewesen sei. Eine ähnliche Argumentationslinie findet sich auch in der Tschechischen Republik.[356]

Aufschlussreich ist diesbezüglich auch die weitere Aufschlüsselung der Daten nach Stadt/Land, nach Sektoren sowie nach Alter, um eine stärker intersektionale Perspektive zu gewinnen.[357] Für das Jahr 2004 zeigt sich beispielsweise, dass sich die Erwerbsquote von Frauen zwischen ländlichen und urbanen Räumen nicht oder nur marginal unterschied. Männer auf dem Land weisen hingegen eine um 4 bis 5 % höhere Erwerbstätigkeit auf.[358] Das ist damit zu erklären, dass oftmals nur der Bauer, nicht aber die Bäuerin erwerbstätig gemeldet war, d. h. die Frau letztlich eine unbezahlt (und vielfach unversichert) mitarbeitende Person war.[359] Polinnen auf dem Land waren generell stärker benachteiligt, nicht zuletzt, da sie ökonomisch oftmals völlig von ihrem Ehemann abhängig waren. Allerdings fehlt es immer noch an Studien und Daten zu diesem Problemfeld.[360]

Bei einer Betrachtung der Kategorie Alter finden sich nur wenige Überraschungen. Im Alter zwischen 35 und 54 Jahren ist der Unterschied der Erwerbsquote zwischen Polin-

354 Mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags in der Europäischen Union am 1. Mai 1999 wurde ›Gender Mainstreaming‹ in der EU rechtlich verbindlich für alle Mitgliedsstaaten festgeschrieben. Die Gleichstellung der Geschlechter sollte fortan auf allen gesellschaftlichen Ebenen und von allen Beteiligten umgesetzt werden.

355 Eine Entwicklung, die Małgorzata Fuszara bereits 1993 beklagt hatte. Vgl. Fuszara, Małgorzata: Prace Kobiet, in: *Pełnym Głosem* Vol. 1 (1993), S. 83–91.

356 Wolchik: Reproductive Policies, S. 71.

357 Diese findet sich bis zum heutigen Tag noch zu selten in der Forschung zum Systemwechsel in Polen, obwohl diese Lücke bereits lange bekannt ist. Vgl. Charkiewicz, Ewa: Czy Matka Polka może być uboga?, in: *Recykling Idei* Vol. 11 (2008), S. 62–68.

358 Główny Urząd Statystyczny: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2005. Warszawa 2005, S. 230.

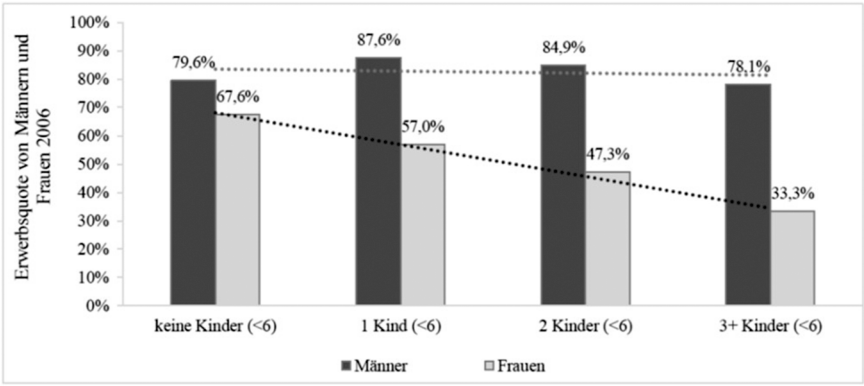
359 Reading: Polish Women, S. 45.

360 Ebd., S. 47.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nen und Polen am geringsten, d. h. nach dem ›Ende der Kinderbetreuungsphase‹ (noch 2004 war bei den meisten Pol:innen die Familienplanung vor dem 30. Lebensjahr abgeschlossen) und bevor das unterschiedliche Rentenalter (Frauen: 59, Männer: 64) relevant wurde. Dass die Erwerbsquote bei Frauen bis 35 so niedrig lag, zeigt erneut, dass sich die ihnen im parlamentarischen Diskurs zugeschriebene Verantwortung für Care-Arbeit auch realiter niederschlug.[361] Dies zeigt auch Abbildung 6, die verdeutlicht, dass sich die Erwerbsquoten von Männern und Frauen in Haushalten ohne Kinder unter sechs Jahren um ungefähr 12 % unterschieden.[362]

Abbildung 6: Erwerbsquote in Abhängigkeit vom Geschlecht und der Kinderzahl im Jahr 2006 in Polen.



Quelle: International Labour Organization: Prime-age employment-to-population ratio by sex, household type and presence of children (%) – Labour Force Sample Survey. Czechia, Hungary, Poland. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 13.11.2023].

Während die Erwerbsquote bei Männern in Haushalten mit einem Kind von knapp 80 % auf fast 88 % anstieg, Männer also ihrer normativen Pflicht als ›Ernährer‹ nachkamen, sank sie bei Frauen um mehr als 10 % auf 57 % . Dieser Trend setzt sich mit der Anzahl der Kinder fort, sodass die Erwerbsquote von Polinnen bei drei oder mehr Kindern nur noch 33,3 % gegenüber 78,1 % bei den Männern betrug, d. h. es bestand ein Unterschied von ca. 45 %. Die Differenz stieg also mit der Anzahl nicht schulpflichtiger Kinder, was erneut auf die (diskursive und geschlechterpolitische) Verantwortlichmachung von Frauen für Care-Arbeit zurückzuführen ist. Dafür spricht auch, dass bei einer sozialwissenschaftlichen Befragung aus dem Jahr 2004 jeweils über 95 % der befragten Frauen mit

361 Fuszara: New Gender Relations, S. 266.

362 Die ILO untersucht hier allerdings die sogenannte *prime-age population*, d. h. die Bevölkerung im Alter von 25 bis 54 Jahren. Dies schränkt zwar nicht die Aussagekraft des Geschlechtervergleichs ein, erlaubt aber keinen direkten Vergleich mit Erwerbsquoten, die beispielsweise die Bevölkerung ab 15 Jahren einbeziehen.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Kindern angaben, dass sie beispielsweise »für die Körperpflege«, »Arztbesuche«, »Kindergeburtstage«, »Pflege bei Krankheit« usw. verantwortlich seien; die jeweiligen Partner,[363] die ebenfalls befragt worden waren, stimmten diesen Aussagen jeweils zu über 90 % zu.[364] Ebenso deutlich spiegeln sich diese Geschlechterkonstrukte bei Alleinerziehenden wider. So steigt bei alleinerziehenden Vätern die Erwerbsquote gegenüber anderen Männern, wenn ein Kind unter sechs Jahren im Haushalt lebt, bei Frauen sinkt sie hingegen stark. Auch hier wird die Konstruktion vermeintlicher Männer- und Frauenrollen im Bereich der (Care-)Arbeit deutlich. Interessant wäre diesbezüglich, wer die Kinder der Alleinerziehenden tatsächlich betreut. Meine Vermutung ist, dass alleinerziehende Väter deutlich weniger Zeit für die Kinderbetreuung aufwenden als alleinerziehende Mütter und vielfach andere Frauen diese übernehmen. Jedoch sind alleinerziehende Männer nicht nur eine diskursive Leerstelle in den Debatten des Sejm, sondern fehlen auch in den Daten weitgehend.

Vergleicht man die Zahlen in Polen mit denen aus der Tschechischen Republik und aus Ungarn, so zeigt sich, dass zumindest an der Moldau die Unterschiede noch deutlich größer waren. Hier lag die Erwerbsquote von Frauen mit einem Kind lediglich bei rund 32 % und sank ab dem zweiten auf 16 %, gegenüber 93 % bzw. 94 % bei den Männern – ein Unterschied von über 75 %. Ähnlich sah es in Ungarn aus, mit dem Unterschied, dass hier ab dem zweiten Kind auch die Erwerbsquote von Männern sank. Dieser Vergleich verdeutlicht, dass keineswegs alle sogenannten Transformationsstaaten gleichermaßen vom Rückgang der Erwerbstätigkeit von Müttern betroffen waren und in Polen (ähnlich wie in der ehemaligen DDR) die Erwerbstätigkeit von Müttern weiterhin keine so große Ausnahme war, wie es die Sejmdebatten vielfach suggerierten.[365] Der Geschlechterdiskurs im polnischen Parlament schlug sich sozial nieder, allerdings weniger als in anderen postsozialistischen Staaten. Gerade im Vergleich mit der (weitgehend atheistischen) Tschechischen Republik zeigt dies, dass religiöse Begründungen gegen eine Frauenerwerbstätigkeit in den Lebensrealitäten der 1990er Jahre möglicherweise nur ein Faktor unter vielen waren und letztlich eine begrenzte Rolle spielten.

Dass die Verteilung von Care-Arbeit einen Einfluss auf den Umfang von Erwerbsarbeit hat, zeigt sich noch bei einer weiteren Kenngröße: dem Anteil der Beschäftigten in Teilzeit. Lag dieser 1997 für Frauen in Polen noch bei 19,7 %, so stieg er bis 2004 auf 30,6 % an. Bei den Männern hingegen lag der Anteil 1997 bei 10 % und stieg bis zum EU-Beitritt 2004 auf 17 % an, zudem lag deren Quote konstant unter derjenigen der Frauen.[366] Auch hier ist die unterschiedliche Verteilung von Care-Arbeit als eine Ursache zu vermuten. Grundsätzlich zeigt sich, dass die diskursive Aufwertung weiblicher Care-Arbeit

363 Es wurden ausschließlich heterosexuelle Paare befragt.

364 Duch-Krzystoszek, Danuta/Titkow, Anna: Niejednoznaczny status pracy domowej kobiet, in: Joanna Piotrowska / Agnieszka Grzybek (Hg.): Kobiety dla Polski. Polska dla Kobiet. 20 lat transformacji 1989–2009. Raport. Warszawa 2009, S. 35–62, hier: S. 45.

365 ILO: Presence of children.

366 International Labour Organization: Incidence of part-time employment by sex – Poland. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 01.11.2023].

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - (cc) BY-NC

und die teilweise Verdrängung von Frauen aus dem Erwerbsmarkt zwei Seiten derselben Medaille darstellten.[367]

Schließlich stellt sich die Frage, in welchen (Arbeitsmarkt)Sektoren Pol:innen beim Beitritt zur Europäischen Union 2004 arbeiteten, d. h. ob weiterhin eine geschlechterspezifische Arbeitsmarktsegregation bestand bzw. wie sich diese im Zuge des Transformationsprozesses veränderte. Ich möchte die Zahlen für drei Bereiche vergleichen, da sie einerseits symptomatisch für die Geschlechtersegregation stehen und andererseits hier verlässliche und weitgehend vergleichbare Daten für den gesamten Untersuchungszeitraum vorliegen. Die Bereiche sind Industrie, Bildung und Erziehung sowie Gesundheit und Soziales. In der ersten Kategorie stieg der Männeranteil von 63,5 % im Jahr 1983 auf 68 % im Jahr 2004 an. Dies lag vor allem daran, dass in der Krise der 1990er Jahre – wie bereits zwischen 1980 und 1982 beobachtet – der Anteil aller Industriearbeiter:innen sank, der von Frauen aber bedeutend schneller als der von Männern, was vor allem auf den Zusammenbruch der Textilindustrie zurückzuführen ist. In den beiden anderen Sektoren zeigen sich ebenfalls Verschiebungen. Im Bereich Bildung und Erziehung stieg der Frauenanteil von rund 73,8 % im Jahr 1983 auf 76,6 % im Jahr 2004. Der Bereich Gesundheit und Soziales ist der am stärksten ›feminisierte‹ Sektor; hier sind die Verschiebungen von 76,9 % im Jahr 1983 zu 81,6 % im Jahr 2004 ebenso deutlich.[368]

Aus diesen Daten lassen sich zwei Schlüsse ziehen. Zum einen ging die ›Feminisierung‹ bestimmter Branchen, die ›weiblich‹ konnotiert waren und sind, d. h. im weitesten Sinne mit Care-Arbeit assoziiert wurden, nicht zurück, sondern intensivierte sich in der langen Zeit der Transformation. An dieser Stelle sei an den Redebeitrag von Bolesław Machnio (PSL) erinnert, der 1996 betonte, dass Krankenschwestern »nicht des Geldes wegen« arbeiteten, sondern aus »Herzblut«.[369] Auch die ›Maskulinisierung‹ von Branchen wie der (Schwer)Industrie schritt tendenziell voran, was erneut den parlamentarischen Geschlechterdiskurs widerspiegelt, der in ›Männerberufen‹ eine Bedrohung für »Leben und Gesundheit« der Frau sah.[370] Interessant ist, dass über einen Zeitraum von 34 Jahren, in dem ein Systemwandel und damit einhergehend eine völlige Umgestaltung der Wirtschaft stattfanden, die Tendenz zu geschlechterspezifischen Berufen (und ihre Konnotation als männlich bzw. weiblich) bestehen bleibt. Dies bedeutet nicht, dass keine neuen Sektoren hinzukamen, es also keine Verschiebungen gab. So wuchs etwa der ebenfalls stark feminisierte Tourismussektor im Zuge der Transformation stark.[371] Dies ändert allerdings nichts am Befund, dass die sektorale Geschlechtersegregation die Persistenz von Geschlechternormen anzeigt und Geschlecht weiterhin als Platzanweiser in der Transformationsgesellschaft fungierte. Dabei war der Platz von Frauen in der nun marktwirtschaftlich organisierten Arbeitswelt strukturell gefährdeter als der von Männern. Dies zeigt nicht zuletzt eine Analyse der geschlechterspezifischen Verteilung von Arbeitslosigkeit, die nach 1990 im Zuge der sogenannten Schocktherapie zu einem

367 Seiler: Weiblichkeit, S. 63.

368 Daten für 1983: ILO: Women, S. 140f. Daten für 2004: Eigene Berechnung nach GUS: Rocznik Statystyczny 2005, S. 241f.

369 Poseł Bolesław Machnio: 80. Sitzung Sejm, S. 96f.

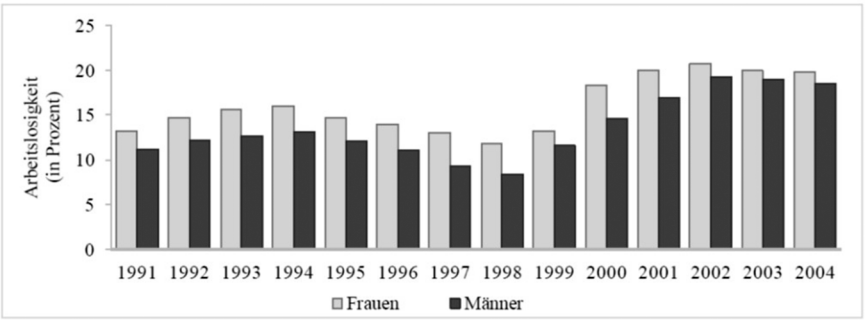
370 Vgl. beispielsweise Poseł Kazimierz Kapera: 62. Sitzung Sejm, S. 123f.

371 GUS: Rocznik Statystyczny 2005, S. 141.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Massenphänomen wurde. Dabei wird deutlich, dass Männer in der ersten Dekade des postsozialistischen Polens seltener von Arbeitslosigkeit betroffen waren als Frauen (siehe Abb. 7).

Abbildung 7: Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern in Prozent für die Jahre 1991–2004 in Polen.[377]



Quelle: International Labour Organization: Unemployment, male/female (% of male/female labor force) (modeled ILO estimate) – Poland. Aufbereitete Daten der Weltbank. URL: https://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.TOTL.ZS?locations=CZ [Abgerufen: 15.03.2023].

Am größten waren die Unterschiede ab Mitte der 1990er Jahre bis Anfang der 2000er Jahre, bevor sich die Lücke bis 2004 merklich verkleinerte; bei insgesamt höherem Niveau. Diese konstant höhere Arbeitslosenquote von Frauen ist insofern bemerkenswert, als zugleich ein deutlich höherer Anteil von Polinnen bereits in der sogenannten stillen Reserve[372] war, als dies bei Polen der Fall war, d. h. es also aus verschiedenen Gründen bereits aufgegeben hatte, überhaupt nach Arbeit zu suchen (was die Bedingung ist, als arbeitslos gezählt zu werden). Anders ausgedrückt wäre die Arbeitslosigkeit unter Frauen im Verhältnis zu Männern noch deutlich höher, wenn alle potenziell erwerbswilligen Personen gezählt worden wären. Die OECD geht für Polen (allerdings für das Jahr 2020) davon aus, dass für diese Feminisierung der ›stillen Reserve‹ vor allem kulturelle Gründe sowie fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten verantwortlich waren.[373] Dieses Problem wurde als solches weder in den Sejmdebatten adressiert, noch wurden zu seiner Lösung politische Maßnahmen auf den Weg gebracht. Das Thema Frauenarbeitslosigkeit war weitgehend eine diskursive Leerstelle, die Polinnen im ersten Jahrzehnt des postsozialistischen Polens ganz real zu spüren bekamen. Zugleich machte der parlamentarische Geschlechterdiskurs Frauen zu Arbeitskräften zweiter Wahl;[374] gleiches galt in

372 Als ›Stille Reserve‹ werden Personen bezeichnet, die grundsätzliche bereit wären, Arbeit aufzunehmen, sich aber nicht arbeitslos melden, da sie beispielweise keine Chance sehen, eine Stelle zu finden oder sich um die Betreuung von Kindern kümmern (müssen).

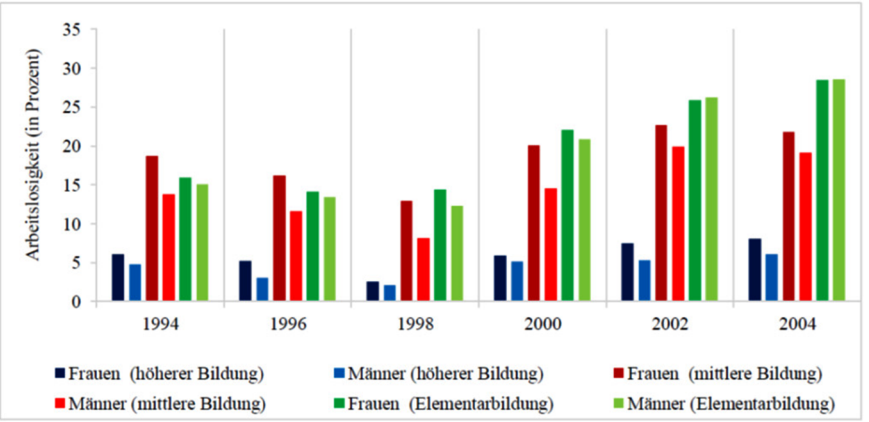
373 OECD: Drivers of economic inactivity in Polish regions. OECD Reviews on Local Job Creation. URL: https://doi.org/10.1787/483a6a25-en [Abgerufen: 01.11.2023], S. 117f.

374 Eugenisz Januła findet dies auch völlig natürlich, da Frauen seines Erachtens für Kinder verantwortlich und damit nicht so flexibel seien. Poseł Eugeniusz Januła: 109. Sitzung Sejm, S. 123f.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - (cc) BY-NC

der Wahrnehmung vieler Unternehmen.[375] Dies führte dazu, dass Frauen besonders in Krisenzeiten tendenziell als Erste entlassen und als Letzte eingestellt wurden, und resultierte darin, dass Frauen deutlich länger arbeitslos waren als Männer.[376] Dabei zeigen sich erneut Parallelen zu 1980/81, die unter den Bedingungen eines staatssozialistischen Systems allerdings keine offene Arbeitslosigkeit und die damit einhergehenden individuellen und gesellschaftlichen Kosten nach sich zog. Schließlich sei diesbezüglich noch angemerkt, dass die bevorzugte Entlassung von Frauen keineswegs nur auf Widerspruch stieß. So befürworteten noch 2004 rund 42 % aller Männer und zumindest 35 % der (verheirateten) Frauen eine Bevorzugung von Männern auf dem Arbeitsmarkt in Krisenzeiten, womit Polen unter den europäischen Staaten vor Griechenland auf dem vorletzten Platz lag (an der Spitze lag Schweden mit durchschnittlich nur 5 % Zustimmung).[377]

Abbildung 8: Arbeitslosigkeit nach Bildungsgrad und Geschlecht (1994–2004) in Polen.



Quelle: International Labour Organization: Unemployment rate by sex and rural/urban areas (%) – Poland. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 02.11.2023].

Neben den genannten war die Arbeitslosigkeit im ersten Jahrzehnt des marktwirtschaftlichen Polens noch von anderen Faktoren bestimmt, insbesondere vom Bildungsgrad. Es lohnt sich deshalb die Arbeitslosenquote in Abhängigkeit von Geschlecht und Bildungsgrad genauer zu betrachten, um eine erweiterte, stärker intersektionale Perspektive zu gewinnen und zudem die ›Gruppe der Frauen‹ nicht als monolithische Kategorie zu analysieren (siehe Abb. 8).

Betrachten wir zunächst die Arbeitslosigkeit unter Menschen mit sogenannter höherer Bildung, d. h. mit einem abgeschlossenen Studium. Hier zeigt sich, dass Män-

375 Dies betonte auch Karolina Przybylska, die zu Beginn und erneut Ende der 1990er Jahre als Beraterin im Arbeitsministerium einen tiefen Einblick in die Thematik hatte: Przybylska: Transkript, S. 6f. Vgl. dazu auch: Zok: Poland.

376 Główny Urząd Statystyczny: Rocznik Statystyczny Pracy. Warszawa 2017, S. 360.

377 Duch-Krzystoszek/Titkow: Niejednoznaczny status pracy, S. 39.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ner konstant seltener von Arbeitslosigkeit betroffen waren als Frauen. In ökonomischen Hochphasen (wie 1998) nähern sich die Zahlen an, während die Unterschiede in Schwächephasen (wie 2002) größer werden, d. h. auch gut ausgebildete Frauen werden in Krisenzeiten[378] bevorzugt entlassen, sind realiter nachgeordnete Angestellte. Gleichwohl sind Polinnen mit Hochschulabschluss konstant von einer geringeren Arbeitslosigkeit betroffen als alle anderen Frauen und Männer mit geringerer Bildung. Etwas anders gestaltet sich der Befund für Personen mit Elementarbildung, definiert als Absolvierung der staatlicherseits obligatorischen Schulpflicht. Auch hier sind bis ins Jahr 2000 Frauen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen, wobei die Unterschiede ebenfalls von der ökonomischen Lage abhängen. Nach 2002 sind in dieser Gruppe Polen allerdings leicht stärker betroffen als Polinnen. Generell weist die Studie für Polinnen eine konstant hohe Arbeitslosigkeit auf. Die größten Geschlechterunterschiede finden sich in der mittleren Gruppe, d. h. bei Personen mit einer weiterführenden schulischen oder beruflichen (Aus)Bildung, aber ohne Studium. Hier liegt die Quote der Frauen nach 1990 konstant höher als die der Männer. Ausfällig ist außerdem, dass Frauen in dieser Gruppe bis 1998 die höchste Arbeitslosigkeit überhaupt aufwiesen – noch höher als bei Personen mit Elementarbildung –, d. h. relativ am stärksten benachteiligt wurden. Insgesamt ist festzuhalten, dass arbeitslose Frauen deutlich besser (aus)gebildet waren als Männer.[379] Dazu passt die vielfache Abwertung von ›Frauenarbeit‹ in den parlamentarischen Debatten. Auch meine Interviewpartnerin Karolina Przybylska sah vor allem in diesem Punkt eine Diskriminierung von Frauen. Sie betont: »Wir mussten dreimal so hart und dreimal so gut arbeiten. Um gleichberechtigt zu sein, mussten wir dreimal besser sein.«[380] Diese Aussage wird durch eine weitere Statistik der ILO bestätigt, die Daten dazu erhob, ob Arbeitnehmer:innen Stellen besetzten, die zu ihrer Qualifikation passten oder ob sie für ihren Beruf über- bzw. unterqualifiziert waren. Dabei erwies sich, dass 2004 in Polen knapp 500.000 Männer und fast 760.000 Frauen für ihre Arbeit überqualifiziert waren (und das, obwohl es deutlich mehr erwerbstätige Männer als Frauen gab). Umgekehrt waren mehr als 1 Million Männer, aber nur gut 800.000 Frauen für ihren Beruf unterqualifiziert.[381] Wurden Männer bereits im Geschlechterdiskurs als bessere ›Arbeiter‹ konstruiert, so zeigt sich diese Bevorzugung von Polen gegenüber Polinnen auch auf dem Arbeitsmarkt, wo offenbar häufig eher ein unterqualifizierter Mann als eine qualifizierte

378 Schwächephase bedeutet in diesem Kontext nicht zwangsläufig einen Rückgang des BIP, vielmehr kam es gerade in den Jahren vor dem EU-Beitritt 2004 zu eine ›Anpassungskrise‹. So verbieten die Wettbewerbsbedingungen der EU beispielsweise eine dauerhafte Förderung defizitärer Sektoren oder Unternehmen durch den Staat, was in Polen im Zuge der Implementierung dieser Regeln bereits vor 2004 zu zahlreichen Insolvenzen geführt hatte.

379 Fuszara: New Gender Relations, S. 269.

380 »Musiałyśmy trzy razy więcej pracować i trzy razy lepsze. Żeby być równym. Trzeba było być trzy razy lepszym.« Przybylska: Transkript, S. 9.

381 International Labour Organization: Employment by sex, status in employment and ›educational mismatch‹, statistical approach (thousands) based on LFS – EU Labour Force Survey. Poland, Hungary, Czech Republic. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 03.11.2023].

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Frau eingestellt wurde.[382] Vergleicht man diese Zahlen mit Ungarn und der Tschechischen Republik, so wird deutlich, dass es sich um ein polnischen Phänomen handelt. An der Donau war das Geschlechterverhältnis ausgeglichen und an der Moldau sogar umgekehrt – so stellten Tschechinnen die Mehrzahl der Unter- und Tschechen der Überqualifizierten.[383]

Die Statistik lässt folgende Schlüsse zu: Frauen waren in allen Gruppen und über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg benachteiligt, jedoch auf unterschiedliche Weise. Relativ zu Männern traf die Diagnose vor allem auf Frauen mit mittlerer Bildung zu, absolut genauso auf die Gruppe mit Elementarbildung. Überdies zeigt sich allerdings, dass neben Frauen auch schlecht ausgebildete Männer stark von der sogenannten ›Transformationskrise‹ betroffen waren. Die Marktwirtschaft wirkte sich also tendenziell zum Vorteil akademisch ausgebildeter und zum Nachteil anderer Pol:innen aus. Ein weiterer Erklärungsfaktor für die Arbeitslosigkeit war das Alter. Insgesamt war die Gruppe der unter 24-Jährigen am stärksten, die der über 55-Jährigen am wenigsten von Arbeitslosigkeit betroffen, wobei junge Frauen und solche mittleren Alters deutlich stärker in der Gruppe der Arbeitslosen vertreten waren als Männer. Erst ab 55 Jahren ändert sich dieses Verhältnis, was vor allem am niedrigeren Renteneintrittsalter der Frauen (59 Jahre) liegt, die ab diesem Alter auch nicht mehr arbeitslos werden konnten. Trotzdem ist bemerkenswert, dass über den gesamten Zeitraum hinweg (1992–2004) jüngere Polinnen gegenüber Polen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen waren als ältere.[384] Dass dies vor allem Personen im gebärfähigen Alter betrifft, lässt vermuten, dass Arbeitgeber:innen hier schlichtweg nach Geschlecht diskriminierten, um das ›Risiko‹ einer Schwangerschaft zu vermeiden. Dafür spricht auch eine Studie aus dem Jahr 2000, die untersuchte, welche Fragen Bewerber:innen bei Vorstellungsgesprächen gestellt wurden. Sie zeigt, dass knapp 27 % der Männer, aber 54 % der Frauen gefragt wurden, ob sie Kinder hätten. Noch deutlicher zeigt sich der Unterschied bei den Kinderplänen. Kein einziger Mann, aber 12,3 % der Frauen wurden nach ihren diesbezüglichen Plänen gefragt; ähnlich sah die Verteilung im Übrigen bei der Frage nach Heiratsplänen aus.[385] Die sozialen Folgen der Behauptung vieler Sejmabgeordneten, Frauen würden nicht diskriminiert bzw. ›höher geachtet als Männer‹, welche letztlich ein Gleichstellungsgesetz verhinderte, spiegeln sich in solchen Praktiken wider.

Als letzter Faktor bietet sich erneut der Vergleich zwischen Stadt und Land an. Hier zeigt sich, dass die Arbeitslosigkeit in ländlichen Gebieten nach 2005[386] generell etwas höher lag als in urbanen Räumen. Dabei waren die Unterschiede bei den Männern eher

382 Auch bei den Abgeordneten des Sejm zeigt sich dieses Muster. So gab es dort kaum Politikerinnen ohne Hochschulabschluss. Anders bei den Politikern, wo eine solche Karriere scheinbar auch ohne selbigen möglich war. Fuszara: New Gender Relations, S. 260.

383 ILO: Educational mismatch.

384 International Labour Organization: Labor force participation by sex and age (population ages 15+). – Poland. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 02.11.2023].

385 Lisowska, Ewa/Sawicka, Janina: Kobiety i gospodarka, in: Joanna Piotrowska /Agnieszka Grzybek (Hg.): Kobiety dla Polski. Polska dla Kobiet. 20 lat transformacji 1989–2009. Raport. Warszawa 2009, S. 7–23, hier: S. 15.

386 Für den Zeitraum vor 2005 sind keine vergleichbaren Daten verfügbar.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gering, bei den Frauen hingegen deutlicher ausgeprägt. So lag das Stadt-Land-Gefälle bei Ersteren 2005 bei 0,5 %, bei Letzteren hingegen bei 2,7 %.[387] Weitere Daten ließen sich anführen, anhand derer sich die Benachteiligung von Frauen auf dem polnischen Arbeitsmarkt zeigt, beispielsweise ihren sichtlich höheren Anteil bei den Unterbeschäftigten, d. h. bei Personen, die gerne mehr arbeiten würden.[388] Letztlich weisen diese Statistiken alle in dieselbe Richtung: In der Tendenz waren jüngere Menschen auf dem Land ohne Hochschulabschluss von Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung betroffen. Geschlecht wirkte hier in allen Kategorien als ›Multiplikator‹, d. h., während sich z. B. der Bildungsgrad absolut am stärksten auf die Arbeitslosigkeit auswirkte, waren Frauen innerhalb der Gruppe konstant stärker davon betroffen als Männer. Zugleich hatte eine gut ausgebildete Frau in einer urbanen Region deutlich bessere Chancen, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten, als ein Mann mit Elementarbildung in der Provinz. Damit möchte ich verdeutlichen, dass Geschlecht in der gesamten Zeit der Transformation als Platzanweiser fungierte, aber zugleich nur ein – wenn auch wichtiger – Erklärungsfaktor unter anderen war und es somit weder die weibliche noch die männliche Geschichte der langen Transformation geben kann.

Wurden bisher vor allem Daten analysiert, die stark in Richtung einer Benachteiligung von Frauen auf dem polnischen Arbeitsmarkt weisen, gibt es einen Faktor, der vor allem Ökonom:innen zu der Ansicht verleitet, dass Frauen, verglichen mit Männern, vom Systemwechsel in Polen und Ostmitteleuropa profitiert hätten: den Gender Pay Gap.[389] Elizabeth Brainerd und Michał Grajek kommen zu dem Schluss, dass Frauen aufgrund ihrer höheren Bildung durch den Übergang zur Marktwirtschaft bessergestellt wurden. Beide begründen dies mit dem in Polen – im Vergleich mit anderen europäischen und außereuropäischen Staaten – niedrigen Gender Pay Gap.[390] Tatsächlich ist der (unbereinigte) Gender Pay Gap in Polen auch im internationalen Vergleich niedrig (siehe Abb. 9).

387 ILO: Participation Rural/Urban.

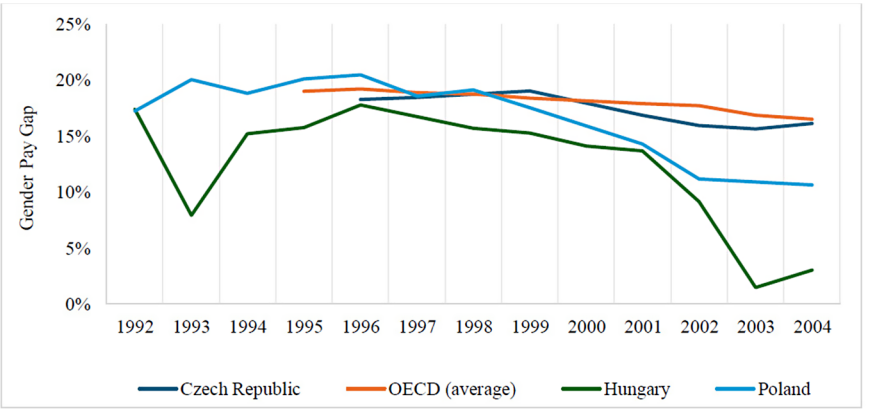
388 International Labour Organization: Time-related underemployment rate by sex and age (%) based on LFS – EU Labour Force Survey. Poland. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 03.11.2023].

389 Die Diskussion darüber, ob ein Gender Pay Gap tatsächlich existiert, die vor allem von Ökonom:innen geführt wird, soll hier nicht noch einmal aufgegriffen werden. Ich orientiere mich vielmehr an der Definition der ILO, die ihn als Unterschied zwischen dem Monatsgehalt von Frauen und Männern definiert. International Labour Organization: Understanding the gender pay gap. URL: https://www.ilo.org/actemp/publications/WCMS_735949/lang--en/index.htm [Abgerufen: 09.11.2023].

390 Vgl. Grajek: Pay Gap.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Abbildung 9: Gender Pay Gap in Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und im Durchschnitt der OECD.



Quelle: OECD: Gender wage gap of Employees in Percentage, 1991–2004. URL: https://data.oecd.org/earnwage/gender-wage-gap.htm [Abgerufen: 03.11.2023].

Nimmt man diese Daten als Grundlage, so zeigt sich eine Verringerung des Gender Pay Gaps in Polen um fast 7 % zwischen 1992 und 2004. Das ist deutlich mehr als in Tschechien (Daten ab 1996), mit rund 1 %, und mehr als im Durchschnitt aller OECD-Staaten, mit ca. 2,5 % (Daten ab 1995). Nur in Ungarn ist der Rückgang stärker und die Quote zum Zeitpunkt des Beitritts der Staaten zur Europäischen Union 2004 noch deutlich geringer. Der Übergang vom Staatssozialismus zur Marktwirtschaft ging in Polen also tatsächlich mit einem Rückgang geschlechterspezifischer Gehaltsunterschiede einher. Zugleich profitierten beispielsweise tschechische Frauen nur in einem sehr geringen Maße (und weit unterdurchschnittlich) von einem Rückgang des Pay Gaps, was darauf schließen lässt, dass die Einführung der Marktwirtschaft diesbezüglich nicht per se nivellierend wirkte.

Die Daten lassen zunächst erneut den Schluss zu, dass Bildung in den 1990er Jahren zunehmend bestimmte, wie ›wertvoll‹ Menschen auf dem Arbeitsmarkt waren. Frauen waren in Polen im Schnitt besser gebildet als Männer und profitierten davon[391] – allerdings deutlich weniger, als dies ihr Bildungsvorsprung eigentlich verlangt hätte.[392] Ein weiterer Faktor, den die bereits genannten ökonomischen Studien bei ihrer Analyse außen vor lassen, ist die Frage, wie sich die Beschäftigung in Polen in den 1990er Jahren entwickelte, d. h. bei welchen Gruppen von Männern und Frauen sie stiegt bzw. sank. Dabei zeigt sich, dass die Geschlechterunterschiede bei der Partizipationsrate in der Gruppe mit hohem und in der Gruppe mit niedrigem Einkommen am geringsten waren und in der ›oberen Mittelschicht‹ im Durchschnitt lagen. Vor allem in der sogenannten unteren

391 Grajek, Michał: Gender Pay Gap in Poland, in: *Economics of Planning* Vol. 36 (1/2003), S. 23–44, hier: S. 40.

392 Mysíková, Martina: Gender Wage Gap in the Czech Republic and Central European Countries, in: *Prague Economic Papers* Vol. 21 (3/2012), S. 328–346, hier: S. 342.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Mittelschicht waren die Unterschiede hingegen enorm. Hier betrug die Partizipationsrate von Frauen 1990 nur 35,6 % gegenüber 78,3 % bei den Männern. Etwas anders stellt sich die Situation dar, betrachtet man die Veränderungen der Partizipationsrate zwischen 1990 und 2004. Hier zeigt sich, dass sich die Geschlechterunterschiede nur marginal zugunsten von Frauen veränderten, mit einer Ausnahme in der Gruppe mit hohem Einkommen. Während hier der Anteil bei den Männern von 72,7 % auf 66,4 % stark sank, wuchs er bei Frauen von 49,4 % auf 51,1 %; d. h., der Unterschied sank von 23,3 % auf 15,3 %.[393] Dies bedeutet, dass vor allem die einkommensstärkste Gruppe der Frauen gegenüber den Männern deutlich stärker partizipierte und damit vom neuen System profitierte, was wiederum erklärt, woher ein großer Teil des Rückgangs beim Gender Pay Gap herrührt, nämlich vom relativen Erfolg einkommensstarker Frauen. Diese Verschränkungen aus sozialen und geschlechterspezifischen Auf- und Abwertungsprozessen, die sich auch bei der Frage der Arbeitslosigkeit zeigten, finden sich allerdings weder im parlamentarischen Diskurs wieder, noch wurden sie geschlechterpolitisch thematisiert. Gleichzeitig spielten sie eine herausragende Rolle. Dies ist ein erneuter Hinweis darauf, dass die Parlamentarier:innen – insbesondere in geschlechterpolitischen Fragen – primär dogmatische Überzeugungen verhandelten, die oft nur weniger mit der tatsächlichen Lage der Menschen in der existierenden Marktwirtschaft des postsozialistischen Polens zu tun hatte. Offenbar war es sowohl auf der politischen Diskursebene wie auch geschlechterpolitisch dienlicher, sich über ideelle oder moralische Argumente und Maßnahmen abzugrenzen als über soziale.

Auch die ILO hat sich ausführlich mit dem Gender Pay Gap beschäftigt, untersucht allerdings die Gruppe der Frauen nur in ihrer Gesamtheit. Sie geht von sechs Faktoren aus, die einen geschlechterspezifischen Gehaltsunterschied begründen: 1. die Unterrepräsentation von Frauen in Führungspositionen, 2. Unterschiede bei der Arbeitszeit, die auf einen höheren Anteil von Frauen bei den Teilzeitbeschäftigten zurückgeht (vor allem Care-Arbeit), 3. ›Auszeiten‹ (ebenfalls vor allem wegen Care-Arbeit), 4. Bildung, 5. feminisierte Arbeitsbereiche (kulturell begründet) und schließlich 6. einen unerklärten Anteil (der hauptsächlich Diskriminierung beinhaltet).[394] Auf Polen bezogen wirkten sich die Punkte 1 bis 3 und 5 bis 6 zuungunsten von Frauen aus, Punkt 4 (Bildung) hingegen zu ihren Gunsten.

Bezüglich der Geschlechtergleichheit im ersten Jahrzehnt des marktwirtschaftlichen Polens machte die Gesellschaft in einigen Bereichen insgesamt (langsame) Fortschritte. So sank beispielsweise der Männeranteil bei den neu berufenen Professor:innen von 6 zu 1 Ende der 1980er Jahre (vgl. Kapitel 4.3) auf 3,8 zu 1 im Jahr 2004 (was zweifelsohne noch immer ein großer Unterschied ist) und bei den Promotionen von 3 zu 1 auf 2 zu 1. Wie beständig patriarchale Muster allerdings gerade in wissenschaftlichen Institutionen blieben, zeigt der Anteil von Frauen in der Polnischen Akademie der Wissenschaften (Polska Akademia Nauk, PAN), der noch 2004 weniger als 2 % betrug (541 Männer und 10

393 World Bank: Labor force participation rate by sex and income group (modeled ILO estimate) % of population ages 15+. Poland. URL: https://genderdata.worldbank.org/topics/employment-and-time-use/ [Abgerufen: 07.11.2023].

394 ILO: Gender pay gap, S. 5.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - (cc) BY

Frauen).[395] Ferner argumentiert Renata Siemieńska, dass in den 1990er Jahren zwar zunehmend Platz für Frauen an den Universitäten entstanden sei, dies aus ihrer Sicht aber vor allem darauf zurückzuführen ist, dass Männer aus der Wissenschaft in besser bezahlte Berufe in der Privatwirtschaft wechselten, sodass damit insgesamt kein ›Mehr‹ an Gleichberechtigung entstand.[396] Allerding ging auch in der privaten Wirtschaft der Anteil an Männern in der Geschäftsführung und im höherem Management bis auf 64,7 % im Jahr 2004 zurück; eine ähnliche Entwicklung zeigt sich in Ungarn und Tschechien.[397] Zugleich blieb ihr Anteil in den höchsten Gremien wie Aufsichtsräten erdrückend hoch.[398] Frauen konnten also in Polen bis 2004 verstärkt in besser bezahlte Bereich vordringen, aber oft nicht in die höchsten. Hier manifestierte sich ein Geschlechterdiskurs, der Frauen über den gesamten Zeitraum nur als komplementäre (zweitrangige) Erwerbstätige betrachtete und zugleich von einer Negation geschlechterspezifischer Diskriminierungen geprägt war. Karolina Przybylska, die Anfang der 1980er Jahre ihr juristisches Studium beendet hatte und daraufhin begann, sich auf Arbeits- und Sozialrecht zu fokussieren, betonte mir gegenüber ihre diesbezüglichen Beobachtungen: »Ein Mann war Chef und [ein Mann war] stellvertretender Chef.«[399]

Demgegenüber war der Anteil von Frauen bei den Angestellten mit niedrigem Einkommen weit überdurchschnittlich. So waren 2004 rund 54,1 % aller Angestellten in der untersten Gehaltsgruppe Frauen,[400] obwohl diese im gleichen Jahr nur rund 45 % aller insgesamt Beschäftigten stellten.[401] Sie waren damit in dieser Kategorie um rund 20 % überrepräsentiert und das bei im Durchschnitt besserer Qualifikation; anders ausgedrückt – sie wurden benachteiligt. Hier zeigt sich grundsätzlich eine Kontinuität zur Volksrepublik, wenn auch nach dem Systemwechsel insgesamt mehr Frauen in höheren Positionen zu finden waren und zugleich mehr von ihnen in Armut abrutschten.[402]

---

395 GUS: Rocznik Statystyczny 2005, S. 423f.

396 Siemieńska, Renata: Kobiety w (męskim) zawodzie naukowca, in: Joanna Piotrowska /Agnieszka Grzybek (Hg.): Kobiety dla Polski. Polska dla Kobiet. 20 lat transformacji 1989–2009. Raport. Warszawa 2009, S. 303–318, hier: S. 309.

397 International Labour Organization: SDG indicator 5.5.2 – Proportion of women in senior and middle management positions (%) based on LFS – EU Labour Force Survey. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 03.11.2023].

398 Gąciarz, Barbara: Women in the Workplace in Poland. From Egalitarian Economic Necessity to Elite Freedom of Choice and the Pervading Inequality in Status, in: *International Journal of Sociology* Vol. 41 (3/2001), S. 68–94, hier: S. 85.

399 Przybylska: Transkript, S. 9.

400 International Labour Organization: Female share of low pay earners (%) – Annual. Poland. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 08.11.2023].

401 International Labour Organization: Employment by sex and age (thousands) – annual. Poland. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 08.11.2023].

402 Vgl. dazu: Krakowińska, Ewa: Społeczne skutki transformacji gospodarki – polska bieda, in: Mirosław Dusza / Kazimierz Ryć (Hg.): Czynniki wzrostu goapodarczego w Polsce 2006. Warszawa 2007, S. 199–232.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Auffällig ist, dass sich viele Daten zum Anteil von Frauen im höheren Management, in der Politik usw. finden, aber kaum zu sozial benachteiligten Frauen usw. Menschen generell. Diese Feststellung spiegelt sich auch im Rahmen des UN-Programms ›Agenda 2030‹ mit seinen 17 Zielen für eine global nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), wo sich unter Punkt 5 Geschlechteraspekte finden. Dort wird das Ziel formuliert: »achieve gender equality and empower all women and girls.«[403] Viele wichtige Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit finden sich hier, nicht zuletzt das Thema Care-Arbeit. Was sich allerdings nicht findet, sind Daten zur (relativen) Armut oder sozialen Deprivation von Menschen. Die Folge ist, dass die ILO, die Daten für viele der sogenannten SDG-Indikatoren zur Verfügung stellt, nur zwei erhebt, die Geschlechtergleichheit und soziale Hierarchie in der Gesellschaft zusammen denken und ›messen‹, nämlich der Anteil von Frauen an allen »Managementpositionen« sowie an allen »höheren Managementpositionen«. Viele weitere finden sich abseits der SGD-Indikatoren, beispielsweise der Anteil der Frauen an allen »Unternehmer:innen«. Bezüglich sozial benachteiligter Frauen findet sich hingegen lediglich die bereits diskutierte Statistik der ILO zum Anteil von Frauen in der untersten Einkommensgruppe in Polen. Angesichts tausender Datensätze in der Datenbank, die Arbeitsmarktbeteiligung und Arbeitslosigkeit nach Aspekten wie Alter, Geschlecht, Bildung, Stadt/Land usw. aufschlüsseln, fällt diese (soziale) Lücke umso stärker auf; ebenso die Tatsache, dass sich Aspekte wie soziale Herkunft, die einen erheblichen Einfluss auf Bildungserfolg, Einkommen etc. haben, nicht in den Statistiken finden. Kurz gesagt manifestierte sich hier eine neoliberale Vorstellung von Gleichberechtigung, die diese über die Beteiligung von Frauen an ›der Elite‹ definierte.[404]

Aufschlussreich ist zudem, dass die ILO zwar den Anteil von Frauen an allen Care-Arbeiter:innen erhob (allerdings liegen bis 2004 mit der Ausnahme der Slowakei keine Zahlen für Ostmitteleuropa vor), jedoch nur der bezahlten, was bedeutet, dass unbezahlte Care-Arbeit nicht erhoben wurde. Dennoch ist ein Blick auf unbezahlte Care- und Hausarbeit in Polen unabdingbar, um die Vergeschlechtlichung von Arbeit zu fassen. Daten dazu finden sich in der »Gender-Datenbank« der Weltbank sowie in einigen Forschungsarbeiten, die sich dieses Themas annehmen. Die Statistik bei Ersterer gibt an, wie viel Tageszeit prozentual für unbezahlte Haus- und Care-Arbeit[405] aufgewandt wurde. Für Polen liegen Zahlen für das Jahr 2004 vor, die zeigen, dass Frauen knapp 20 % ihrer Zeit dafür aufgewendet haben gegenüber 10 % bei den Männern. Absolut bedeutet dies, dass 4,45 Stunden bzw. knapp 2,5 Stunden täglich für unbezahlte Arbeit aufgebracht wurden, wobei die Zahlen konservativ geschätzt sind, d. h., der Geschlechterunterschied in der Tendenz deutlich höher lag. Dafür spricht auch, dass 20 % der Männer angaben, ›nie‹ in

403 Vgl. United Nations (UN): SDG Indicators. Global indicator framework for the Sustainable Development Goals and targets of the 2030 Agenda for Sustainable Development. URL: https://unstats.un.org/sdgs/indicators/indicators-list/ [Abgerufen: 09.11.2023].

404 Zu einer Kritik daran vgl. Fraser, Nancy: Fortunes of feminism: From state-managed capitalism to neoliberal crisis. New York 2013.

405 Zu den Haus- und Betreuungsarbeiten gehören u. a. Essenszubereitung, Geschirrspülen, Reinigung und Instandhaltung der Wohnung, Wäschewaschen, Bügeln, Gartenarbeit, Betreuung von Haustieren, Einkaufen, Installation, Wartung und Reparatur von persönlichen und Haushaltsgegenständen, Kinderbetreuung und Pflege von kranken, älteren oder behinderten Haushaltsmitgliedern.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

irgendeiner Form im Haushalt zu helfen und über ein Drittel dies nur am Wochenende tat.[406] Ähnliche Zahlen liegen z. B. für Litauen vor. Für Ungarn[407] hingegen gibt es nur für die Jahre 2000 und 2010 eine Erhebung, die zeigt, dass dort der Anteil der Frauen an der Hausarbeit – entgegen dem Trend in allen anderen europäischen Staaten, für die Zahlen vorliegen – deutlich stieg. Schlusslicht im europäischen Kontext ist Italien, wo Frauen mit 21,9 % ihrer Tageszeit gegenüber 7,3 % bei den Männern das Dreifache an Zeit aufwandten.[408] Spitzenreiter bei der Verteilung unbezahlter Arbeit ist hingegen Schweden, wo bereits 2001 das Verhältnis bei 17,7 % zu 12,7 % lag, d. h. bei ca. 1,4, und anschließend weiter sank.[409] Vorsichtig interpretiert zeigen die Zahlen, dass Polinnen 2004 noch immer mindestens zwei Drittel aller unbezahlten Arbeit leisteten, wobei davon auszugehen ist, dass der Anteil bei Care-Arbeiten im engeren Sinne noch deutlich höher lag, gaben doch Männer vor allem an, »zu reparieren« o. Ä. Hier schlägt sich die binäre Vorstellung von Arbeit im politischen Geschlechterdiskurs sozial nieder. Zugleich findet sich kein Hinweis darauf, dass Polen hier eine Sonderrolle in Europa generell oder Ostmitteleuropa einnimmt. Interessant wäre ein Vergleich zur Situation in der polnischen Volksrepublik. Bereits diskutierte Zahlen zeigen, dass Polinnen 1976 fast siebenmal so viel Zeit für unbezahlte Arbeit aufwandten als Polen. Leider sind die Zahlen nur bedingt vergleichbar, da sie unterschiedliche Tätigkeiten beinhalten und anders erhoben wurden. Vorsichtig interpretiert würde ich davon ausgehen, dass sich die Verteilung der Care-Arbeit in der langen Zeit der Transformation (allmählich) in Richtung einer paritätischeren Aufteilung zwischen den Geschlechtern verschob und Polen damit dem europäischen Trend folgte. Es bleibt aber auch festzuhalten, dass die Norm, nach der letztlich die Frau die Verantwortung im Haushalt trage, weiterhin dominant war.[410] Spannend, aber im Rahmen dieser Arbeit nicht zu leisten, wäre eine Untersuchung zu den Auswirkungen der sogenannten ›Care-Chains‹, d. h. der Verlagerung der Care-Arbeit an Migrant:innen (meist Frauen) aus ärmeren Ländern. Während beispielsweise Pol:innen bereits in den 1990er Jahren und verstärkt nach dem Schengen-Beitritt 2007 in Westeuropa

406 Duch-Krzystoszek/Titkow: Kobiet, S. 43. Die Zahlen für ›nie‹ reichen hier von 3 % in Schweden bis 56 % in Portugal.

407 Für die Tschechische Republik liegen keine Zahlen vor.

408 Zahlen für 2003.

409 World Bank: Proportion of time spent on unpaid domestic and care work (% of 24 hour day). URL: https://genderdata.worldbank.org/indicators/sg-tim-uwrk/?gender=gender-gap&year=2004 [Abgerufen: 07.11.2023].

410 Duch, Danuta: O władzy w rodzinie. Prace w domu a równość związku, in: Małgorzata Fuszara (Hg.): Kobiety w Polsce na przełomie wieków. Nowy kontrakt płci? Warszawa 2002, S. 125–146, hier: S. 143.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

(vor allem Deutschland)[411] die Lücken der privaten Pflege schlossen[412], füllten wiederum Ukrainer:innen diese in Polen.[413]

Schließlich möchte ich noch einige Worte zum Thema Armut ergänzen. Die sogenannte Transformationskrise in Polen ging mit einer enormen relativen[414] und absoluten Armut einher. Während erstere zu Beginn der 2000er Jahre auf knapp 24 % anstieg,[415] waren in der ersten Dekade des neuen Staats auch viele Menschen von absoluter Armut betroffen. Beispielsweise stieg die Zahl der Obdachlosen (die es in der PRL so nicht gab) in den 1990er Jahren auf bis zu 300.000 Menschen an,[416] womit sich die Situation deutlich dramatischer als in Ungarn oder Tschechien darstellte.[417] Armutsbetroffen waren dabei weit überdurchschnittlich Frauen.[418]

Die Interpretation dieser Zahlen und der geschlechterspezifischen Auswirkungen des Systemwechsels ist keineswegs banal. Wie sehr sie vom eigenen wissenschaftlichen Ansatz und damit letztlich den eigenen (epistemologischen und politischen) Überzeugungen abhängig ist, zeigt sich bereits an der vorhandenen Forschung. So kommen Historiker:innen wie Philipp Ther[419] und Małgorzata Fidelis[420] zu einer kritischen Bewertung der Folgen des Transformationsprozesses für Frauen[421]; ebenso einschlägige kulturwissenschaftliche, soziologische, anthropologische oder literaturwissenschaftliche Arbeiten.[422] Ökonom:innen gelangen hingegen eher zu einer positiven Interpretation des Systemwechsels, nicht zuletzt, da sie sie Verteilung von (Care-)Arbeit zwischen den Geschlechtern i. d. R. als individuelle Präferenz und nicht als strukturell bedingte Ungleichbehandlung interpretieren.[423] Aus meiner Perspektive ist letztere Position nicht haltbar, da sie wissenschaftliche Erkenntnisse (sei es aus der Psychologie, den Geistes- oder Naturwissenschaften) zugunsten eines ideologisch bedingten Forschungsdogmatismus ignoriert. Dies kritisieren auch feministische Ökonom:innen wie

411 Auch eine beträchtliche Zahl deutscher Care-Arbeiter:innen, vor allem Krankenpfleger:innen, arbeitet wiederum in der Schweiz.

412 Vor allem in der sogenannten ›Live-in‹-Pflege, d. h. der 24-Stunden-Betreuung (was meist bedeutet, am Arbeitsplatz zu wohnen) pflegebedürftiger Menschen zu i. d. R. vergleichsweise prekären Bedingungen.

413 Vgl. dazu: Lutz, Helma/Pallenga-Möllenbeck, Ewa: Care, gender and migration: Towards a theory of transnational domestic work migration in Europe, in: *Journal of Contemporary European Studies* Vol. 19 (3/2011), S. 349–364.

414 Hier definiert als weniger als 60 % des durchschnittlichen Nettoeinkommens.

415 Ther: Neue Ordnung, S. 281.

416 Ebd., S. 243.

417 Ebd., S. 280.

418 Vgl. dazu vor allem die Arbeiten von Izabella Desperak: Desperak, Izabela: Płeć zmiany. Zjawisko transformacji w Polsce z perspektywy gender. Wydanie drugie zmienione i poprawione. Łódź 2018.

419 Ther: Neue Ordnung, S. 85.

420 Fidelis: Women, S. 249.

421 Wobei die meisten Historiker:innen, beispielsweise Borodziej, dieses Thema schlichtweg übergehen.

422 Vgl. Seiler: Weiblichkeit; Keinz: Polens Andere; Mrozik: Akuszerki transformacji.

423 Vgl. Brainerd: Women in transition.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Friederike Maier, die als Expertin für Arbeitsmarktpolitik und geschlechterspezifische Faktoren in der Ökonomie für die OECD und die EU arbeitete.[424]

Aus den diskutierten Daten lassen sich zwei Schlussfolgerungen ziehen: Zum einen zeigen sich in den sozioökonomischen Daten große Kontinuitäten ausgehend vom staatssozialistischen Polen, insbesondere in den Bereichen Care-Arbeit, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit nach Geschlecht und der Feminisierung bestimmter (mit Care-Arbeit assoziierter) Sektoren. Zum anderen führte der Systemwechsel neben der Kategorie Geschlecht weitere Faktoren der Ungleichheit ein oder verstärkte sie, die im parlamentarischen Diskurs keine Erwähnung finden. Diese waren neben Bildung, Peripherie/Metropole und Alter vor allem soziale Kategorien. Mit anderen Worten war der sogenannte Transformationsprozess mit emanzipatorischen Tendenzen verbunden. Frauen konnten nun stärker in höchste Positionen vorrücken und (nach 2004) theoretisch ohne Einschränkungen in jedem Bereich arbeiten. Frauen mit höherer Bildung und einem hohen Einkommen war es zudem teils möglich, die oftmals marginale staatliche Kinderbetreuung durch eine private zu ersetzen. Trotz alledem blieben sie relativ benachteiligt, und gerade bei Themen wie dem Recht auf Schwangerschaftsabbruch verloren sie einige ihrer früheren Rechte. Umso stärker wirkte sich der Systemwechsel allerdings auf sozial benachteiligte Menschen aus. Betraf dieser zunächst alle Menschen in dieser Gruppe, so wirkte Geschlecht hier umso stärker als Platzanweiser. Frauen ohne Hochschulbildung waren überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit und damit einhergehender Armut betroffen. Da sie sich keine private Kinderbetreuung leisten konnten, tangierte sie der Rückbau staatlicher Betreuungseinrichtungen umso stärker. Gleiches gilt für Schwangerschaftsabbrüche; einerseits, weil Verhütung oftmals eine Frage des Geldes war und ist,[425] andererseits, weil eine wohlhabende Person deutlich leichter eine Reise nach Deutschland oder Tschechien finanzieren konnte, um dort einen Abbruch vornehmen zu lassen. Schließlich waren vor allem alleinerziehende und/oder armutsbetroffene Frauen häufig – und entgegen allen Beteuerungen der Antiabtreibungsfraktion – sich selbst überlassen. Diskurs und Realität lagen hier weit auseinander. Eleonora Zielińska kommt diesbezüglich zu dem Fazit:

> »It is this increasing number of poor women who have been most adversely affected by the inability to obtain a legal abortion for social reasons. And while the law may have forced women to give birth, it did not create effective mechanisms to ensure that government agencies would fulfill their financial obligations and that mothers faced with difficult living conditions could manage to rear their children.«[426]

Letztlich bleibt das Fazit zur Frage, ob Frauen Verlierer:innen des Transformationsprozesses waren, ambivalent. Aus meiner Perspektive hat der neoliberale Modernisierungsdiskurs sein Emanzipationsversprechen nicht gehalten (ebenso wenig wie der sozialistische). Gleichwohl bot er die Möglichkeit vom Staat völlig unabhängiger Feminismen (von liberalen bis kommunistischen Überzeugungen), die die Grundlage dafür stellten, dass

424 Maier: Feministische Ökonomie.

425 Zielińska: Reproductive Rights, S. 46.

426 Ebd., S. 52.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

es im Jahr 2024 eine äußert starke feministische Bewegung in Polen gibt, die nicht zuletzt dazu beigetragen hat, die Regierungszeit der PiS im Oktober 2023 zu beenden. So waren es Polinnen, deren Wahlbeteiligung überdurchschnittlich gestiegen war und die ihre Stimme deutlich häufiger als Männer der Opposition gaben.[427] Zudem gibt es Grund zur Annahme, dass das weitgehende Verbot des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch ein entscheidender Punkt dafür war, dass die PiS die Wahl verlor – eine Interpretation, die auch von Teilen der Partei selbst, etwa von Mateusz Morawiecki geteilt wird.[428]

Schließen möchte ich dieses Kapitel mit der subjektiven Wahrnehmung von Diskriminierung seitens der von mir befragten Polinnen. Dabei zeigt sich ein aufschlussreiches Muster. So betont beispielsweise Zuzanna Kamińska auf die Frage, ob ihr Geschlecht in ihrem Erwerbsleben je eine Rolle gespielt habe:

> »In vielen Museen war die Mehrheit der Arbeitnehmer Frauen. Aber die besten Positionen hatten fast nur Männer. Das war total klar. Aber den großen Unterschied sehe ich auch heute in Deutschland überhaupt nicht. […] Das war so und das ist so. Ich sehe keine großen Unterschiede, wenn es um die Verteilung der Positionen in Großinstitutionen geht.«[429]

Zugleich berichtet sie von »Mobbing«, übergriffigen Professoren oder Gehaltsunterschieden, von denen sie erfuhr. Solche Dinge hätten sich aber »dank des Muts der Frauen« geändert.[430] Schließlich unterstreicht sie, dass Frauen aufgrund fehlender Kinderbetreuung usw. die ersten Opfer des »wilden Kapitalismus« der 1990er Jahre gewesen seien, ist aber zugleich stolz auf das Erreichte und kritisiert Menschen in Ostdeutschland, die noch immer von Sozialtransfers abhängig sind.[431] Was sich bei ihr zeigt, ist ein liberaler Feminismus, der die Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen sieht, aber nicht strukturell, sondern als individuelles Problem interpretiert.

Ähnlich sieht es Alicja Nowak, die negiert, je selbst von strukturellen Diskriminierungen betroffen gewesen zu sein, und als Gegenargument anführt, dass sie sogar einmal mehr als ihre Kollegen verdient habe. Direkt im Anschluss berichtet sie aber davon, wie sie in einem anderen Unternehmen weniger als ihre Kollegen verdient habe. Die Schuld dafür sieht sie allerdings bei sich selbst, da sie nicht für sich eingestanden sei, sondern sich selbst diskriminiert habe (*autodyskryminacja*). Als Problem führt sie an, dass Frauen nach der Geburt eines Kindes zu kämpfen hätten, relativiert dies aber mit der Vermutung, dass dies »für alle Frauen« und »überall« der Fall sei.[432] Anders ausgedrückt ist diese Situation aus ihrer Sicht ›natürlich‹.

---

427 Ptak, Alicja: Poland's election exit poll in charts. URL: https://notesfrompoland.com/2023/10/16/polands-election-exit-poll-in-charts/ [Abgerufen: 27.11.2023].

428 Bill, Stanley: A backlash against the backlash: Poland's failed conservative revolution. URL: https://notesfrompoland.com/2023/11/26/a-backlash-against-the-backlash-polands-failed-conservative-revolution/ [Abgerufen: 27.11.2023].

429 Kamińska: Transkript, S. 2f.

430 Ebd., S. 6f.

431 Ebd., S. 8f.

432 Nowak: Transkript, S. 3.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Befragungen des CBOS aus den Jahren 1993 und 2000 zeigen allerdings, dass eine (größer werdende) Mehrheit der Befragten (Männer wie Frauen) der Meinung ist, dass Frauen auch strukturell schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt hätten; sei es generell beim Finden eines Berufs oder bezüglich der Karrierechancen,[433] wobei dies nicht alle zu stören scheint. So waren im Jahr 2000 zwar 60 % der Frauen (und nur 41 % der Männer) der Ansicht, es solle mehr Frauen in der Regierung geben; zugleich vertraten aber 28 % der Frauen (38 % der Männer) die Meinung, Frauen seien ausreichend oder gar überrepräsentiert (5 % der Frauen und 11 % der Männer). Waren hier die Zustimmungswerte noch recht hoch, so waren hingegen nur noch 52 % der Frauen und 32 % der Männer der Ansicht, es solle mehr Frauen in den Führungspositionen von Unternehmen geben.[434] Es zeigt sich also, dass sich Frauen wie Männer der Benachteiligung Ersterer im Arbeitsmarkt bewusst waren, dass aber nur eine knappe Mehrheit der Frauen und eine Minderheit der Männer praktische Konsequenzen verlangte. Darüber hinaus wird deutlich, dass Polinnen in bedeutend stärkerem Ausmaß Gleichberechtigung wünschten als Polen. Vor allem aber fand bei Frauen in den 1990er Jahren ein viel stärkerer Einstellungswandel statt als bei Männern.[435]

Aus meiner Sicht zeigt sich sowohl in der CBOS-Umfrage als auch in den Interviews die bereits angesprochene Umdeutung des *Matka Polka*-Mythos im Zuge des Systemwechsels. So werden zwar vielfach Diskriminierungen und Benachteiligungen gesehen, im selben Atemzug aber bagatellisiert, indem sie als etwas dargestellt werden, dass ausgehalten, durchgestanden, ertragen werden muss. Die Ansprüche von Frauen an sich selbst (und an andere) sind hoch. Hier vermischt sich meines Erachtens das klassische Ideal der sich aufopfernden Frau mit dem neoliberalen Zwang zur Selbstverwirklichung bzw. -optimierung. Auf die Frage, was sich ihrer Meinung nach für Frauen in Polen nach dem Systemwechsel verändert hat, erwidert meine Interviewpartnerin Paulina Kowalczek:

> »Es wird von Frauen viel mehr erwartet […], dieses ›Matka Polka‹, das war schon immer sehr präsent. Ich glaube, die neuen unbegrenzten Möglichkeiten führten dazu, dass die Frauen endlich mal loslegen wollten, endlich mal beruflich weiterkommen wollten, sich realisieren wollten. Gleichzeitig aber war der Wandel nicht stark genug, um aus den alten Mustern herauszukommen. Was ich beobachte: die Frauen arbeiten das Doppelte, sie haben relativ wenig Unterstützung von ihren Partnern, aber auch vom Staat her, Kindergarten oder so, in Bezug auf die leidige Hausarbeit, aber gleichzeitig auch hohe Anforderungen an dieses ›Sich-realisieren‹, beruflich [zu] realisieren. Dann sollten die tatsächlich auch noch alle perfekt Yoga machen und [es] sich leisten können, einmal im Monat ein teures Wellnesshotel zu bezahlen, damit sie […] perfekt entspannt aussehen […]. Ich nehme die Frauen in Polen [als] sehr gestresst wahr, mit einer mindestens doppelten Belastung.«[436]

433 Fuszara, Małgorzata: Zmiany w świadomości kobiet w polsce w latach dwiewięćdziesiątych, in: Małgorzata Fuszara (Hg.): Kobiety w Polsce na przełomie wieków. Nowy kontrakt płci? Warszawa 2002, S. 13–38, hier: S. 15f.

434 Ebd., S. 21.

435 Ebd., S. 22.

436 Kowalczek: Transkript, S. 6.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Während ich diese Einschätzung teile, möchte ich die verschiedenen individuellen Erfahrungen von Polinnen keinesfalls bewerten. Vielmehr möchte ich hervorheben, dass auch hinter diesen individuellen Erfahrungen, hinter der Aufteilung von (Care-)Arbeit innerhalb von Familien wie auch der Gesamtgesellschaft normative Muster, politische Entscheidungen und sozioökonomische Interessen stehen – und eben keine ›Naturgesetze‹. Insofern ist die polnische Gesellschaft auch nach 1989 eine patriarchale. Zugleich scheint es Frauen oft schneller gelungen zu sein, sich den Herausforderungen und Logiken des neuen Systems anzupassen (gleiches gilt wohl auch für Frauen in Ostdeutschland).

War bis 2004 nur wenig feministische Kritik am Transformationsprozess zu vernehmen, so hat sich das in den vergangenen zwanzig Jahren zunehmend geändert. Der Diskurs löst sich langsam, aber stetig aus den Debatten der 1990er Jahre; auch in geschlechterpolitischer Hinsicht werden neue Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts postuliert. Neue Perspektiven – vor allem aus der queeren Community, von Migrant:innen aus der Ukraine, die besonders von prekären Arbeitsbedingungen betroffen sind – bereichern diesen politischen Diskurs.

https://doi.org/10.14361/9783839452158-177 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -